



Baden-Württemberg – ein Standort im Vergleich



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

Impressum

Baden-Württemberg – ein Standort im Vergleich

Herausgeber und Vertrieb

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Artikel-Nr.

8036 23001

Collage

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

© Kartengrundlage

GfK GeoMarketing GmbH

Karten erstellt mit RegioGraph

© Statistisches Landesamt

Baden-Württemberg, Stuttgart, 2023

Sämtliche Veröffentlichungen sind Werke, Bearbeitungen oder Sammel- bzw. Datenbankwerke im Sinne des Urheberrechtsgesetzes und somit urheberrechtlich geschützt. Der Erwerb einer Veröffentlichung gestattet neben deren Verwendung die Vervielfältigung und Verbreitung – auch auszugsweise – in elektronischer Form sowie in gedruckten Veröffentlichungen mit Quellenangabe. Die Weiterverbreitung von kostenpflichtigen Produkten – speziell von Verzeichnissen – bedarf der vorherigen Zustimmung. Die Genehmigung ist einzuholen unter vertrieb@stala.bwl.de. Alle übrigen (Nutzungs-) Rechte bleiben vorbehalten. Für Thematische Karten gelten besondere Lizenzbedingungen.

2023

Baden-Württemberg – ein Standort im Vergleich



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

Liebe Leserin, lieber Leser,



der Südwesten befindet sich nach wie vor in schwierigem wirtschaftlichem Umfeld. Vor allem die geopolitischen Spannungen und Kriegshandlungen, die anhaltend hohe Verbraucherpreisinflation und dadurch bedingten Kaufkraftverluste sowie das zuletzt steigende Zinsniveau dämpfen die Wirtschaftsaktivität.

Die Ihnen vorliegende Broschüre „Baden-Württemberg – ein Standort im Vergleich“, die nunmehr bereits in 20. Auflage erscheint, beleuchtet die Position des Landes bei wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Themenfeldern im nationalen und internationalen Vergleich.

So lag die Wirtschaftskraft im Südwesten 2022, gemessen am nominalen Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf, kaufkraftbereinigt um 29 % über dem EU-Durchschnitt und somit auf Platz 5 im Ranking unter den 27 EU-Mitgliedstaaten. Nach

Bayern (2,3 %) war Baden-Württemberg (2,6 %) 2022 zwar das Bundesland mit der niedrigsten Erwerbslosenquote. Dennoch werden Fachkräfte verzweifelt gesucht: Auf 100 unbesetzte Berufsausbildungsstellen für Herbst 2023 kamen lediglich 29 unversorgte Bewerberinnen und Bewerber. Bundesweit lag die Stellenangebots-Nachfrage-Relation bei 43.

Gemäß Green-Deal soll Europa bis 2050 klimaneutral werden. Dabei spielen erneuerbare Energien eine wesentliche Rolle. Im Jahr 2021 lag ihr Anteil an der Stromerzeugung Baden-Württembergs bei 36 % und damit knapp unter dem europäischen Durchschnitt (37 %). Führend ist hier Dänemark mit einem Anteil erneuerbarer Energieträger von 79 % vor Österreich (75 %).

Als Schlüsselfaktor für wirtschaftliches Wachstum und Innovation gilt ein hoher Bildungsgrad in der Bevölkerung, insbesondere im Hinblick auf die zunehmende

Globalisierung, Digitalisierung und geforderte Dekarbonisierung der Arbeits- und Lebenswelt. Beim Anteil an Hochqualifizierten lag Baden-Württemberg im Jahr 2022 mit einer Quote von 35,2 % geringfügig über dem Durchschnitt der EU und im bundesdeutschen Vergleich hinter Berlin (48,7 %) und Hamburg (38,1 %) auf Platz 3.

Nach dieser kleinen Auswahl der hier präsentierten Indikatoren, wünsche ich Ihnen eine anregende Lektüre und lade Sie ein, weitere Informationen aus unserem vielfältigen Datenangebot auf www.statistik-bw.de zu entnehmen.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg



Dr. Anke Rigbers

Präsidentin

Stuttgart, im November 2023

Die in 20. Auflage vorliegende Broschüre „Baden-Württemberg – ein Standort im Vergleich“ gibt einen Überblick mit Informationen zu verschiedenen politisch und gesellschaftlich relevanten Themenfeldern wie Bevölkerung und Soziales, Wirtschaft, Einkommen, Arbeitsmarkt, Bildung, Umwelt bis zu öffentlichen Finanzen und geht dabei auf die Frage ein, welche Position Baden-Württemberg hier im nationalen und internationalen Vergleich einnimmt.

Benchmark sind hierbei die Bundesländer und die 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union, wobei das Vereinigte Königreich auch nach dem Austritt aus der EU weiterhin mit ausgewiesen wird. Soweit verfügbar werden auch Daten für die Vereinigten Staaten, Japan, die Schweiz sowie die BRIC-Staaten – Brasilien, Russland, Indien und China – in die Analysen einbezogen.

Entwicklung und Realisierung

■ **Autorinnen und Autoren:** Jan Breitschwert, Gentiana Cacaj-Hajdini, Ruth Einwiller, Eva-Marie Jäkh, Tatjana Kampffmeyer, Janett Leonhardt, Marcel Nesensohn, Katharina Schmidt, Annette Schnetz-Gessler, Inga Schweizer, Martina Stroh, Tobias Teuber, Frank Thalheimer

■ **Repro/Druck:** Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Inhalt

Vorwort	2
Karte: Die Länder der Bundesrepublik Deutschland	8
Karte: Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union	9

Bevölkerung und Soziales

Gebiet und Bevölkerung der Bundesländer	10
Gebiet und Bevölkerung der Europäischen Union und in ausgewählten Ländern	12
Ausländerinnen und Ausländer	14
Tägliche Internetnutzung	16
Einkaufen im Internet	18
Wanderungen zwischen Deutschland und dem Ausland	20
Pro-Kopf-Gesundheitsausgaben	22
Wohnbesitzverhältnisse	24
Krankenhausbetten	26
Straftaten	28
Suizidrate	30

Wirtschaft

Wirtschaftsleistung und Wirtschaftskraft	32
Wirtschaftskraft ausgewählter Regionen der Europäischen Union	34
Wirtschaftswachstum	36

Wirtschaftsstruktur	38
Tourismus	40
Exporte Baden-Württembergs	42
FuE-Intensität	44
Nutzung sozialer Medien durch Unternehmen	46
Inflationsraten	48
Einkommen	
Sparquote	50
Konsumausgaben privater Haushalte	52
Bruttolöhne und -gehälter	54
Arbeitsmarkt	
Erwerbstätigenquote	56
Homeoffice	58
Langzeiterwerbslosigkeit	60
Jugenderwerbslosenquote	62
Erwerbstätigkeit von Müttern	64
Erwerbslosenquote	66
Fachkräftemangel – unbesetzte Ausbildungsstellen	68

Bildung

NEET-Rate.....	70
Hochqualifizierte.....	72
Kleinkindbetreuung.....	74
Promotionsquote.....	76
Absolventinnen und Absolventen im Tertiärbereich in MINT-Fächern.....	78

Umwelt

CO2-Emissionen.....	80
Erneuerbare Energien.....	82
Verschrottete Altfahrzeuge.....	84
Personenbeförderung im Luftverkehr.....	86
Waldfläche.....	88

Öffentliche Finanzen

Schuldenstand der Bundesländer.....	90
Finanzkraftausgleich.....	92

Glossar.....	94
Quellenverzeichnis/Linkliste.....	99

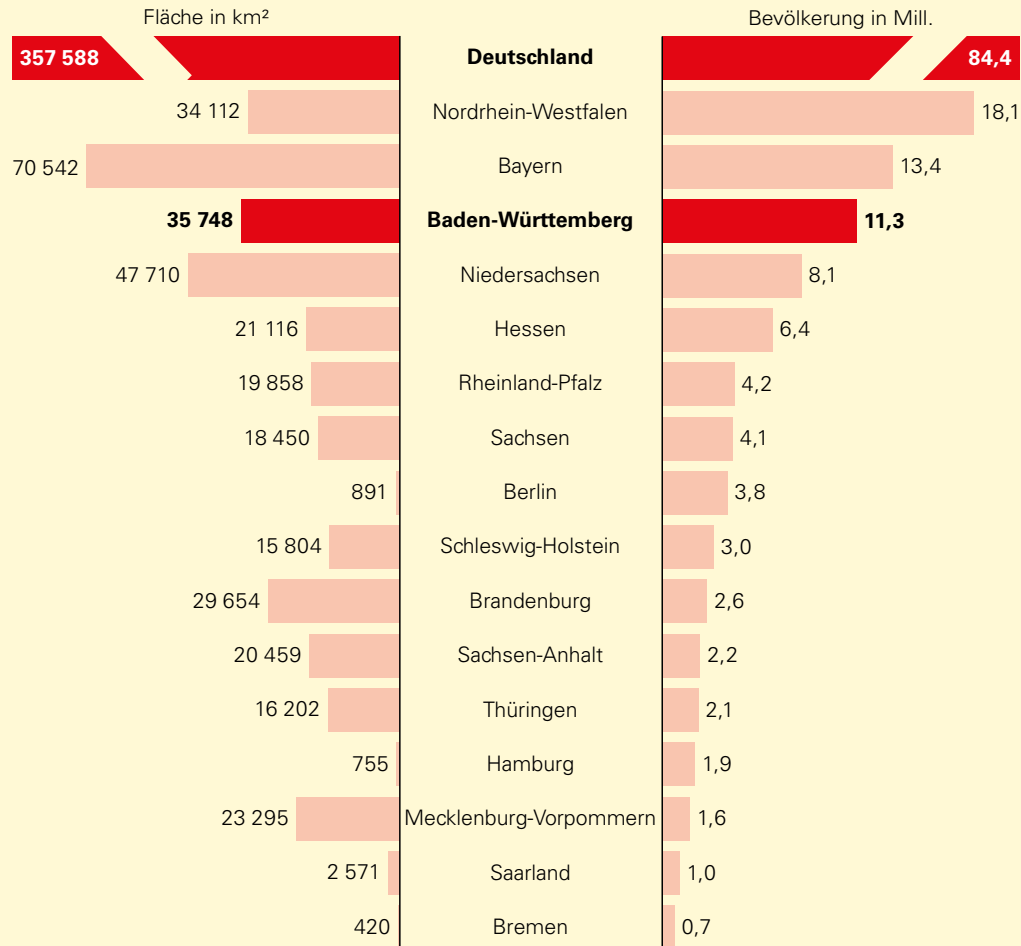
Die Länder der Bundesrepublik Deutschland



Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union



Gebiet und Bevölkerung der Bundesländer



Daten: 2022.

Datenquellen: Statistisches Bundesamt.

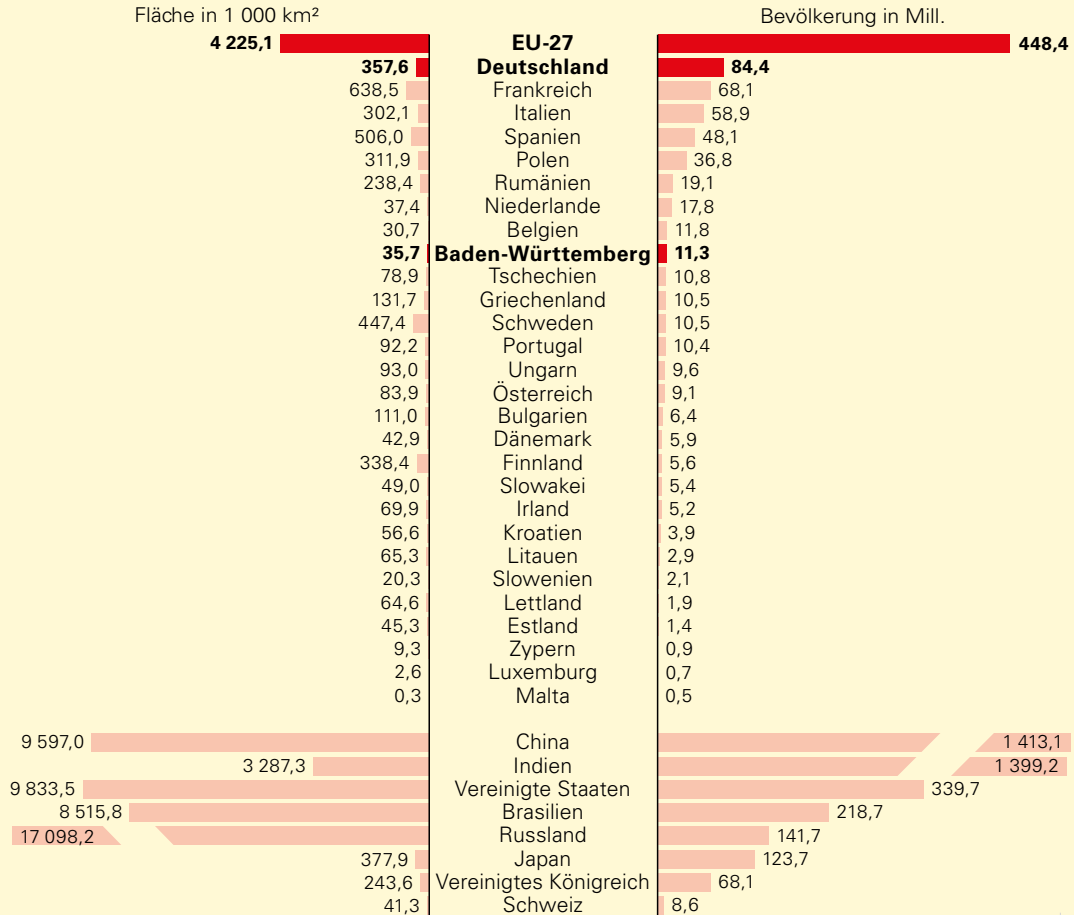
Neuer Bevölkerungsrekord

In Deutschland lebten 2022 rund 84,4 Mill. Menschen, knapp 11,3 Mill. davon in Baden-Württemberg, und damit ein neuer Bevölkerungsrekord. Entscheidend für den Anstieg der Einwohnerzahl war die enorme Zuwanderung, vor allem von Flüchtlingen aus der Ukraine. Der Südwesten belegt den dritten Platz im Ranking der bevölkerungsreichsten Bundesländer, lediglich in Nordrhein-Westfalen (18,1 Mill.) und in Bayern (13,4 Mill.) lebten 2022 mehr Menschen.

Von der Gebietsfläche Deutschlands (357 588 km²) umfasst Baden-Württemberg knapp ein Zehntel. Somit ist der Südwesten das drittgrößte Bundesland (35 748 km²). Nur Bayern mit 70 542 km² und Niedersachsen mit 47 710 km² sind flächenmäßig größer. Das kleinste Bundesland – sowohl von der Gebietsfläche (420 km²) als auch von der Einwohnerzahl (0,7 Mill.) – ist Bremen.

Bremen ist allerdings auf dem dritten Platz im Bundesländervergleich, wenn man die Einwohnerzahl mit der Gebietsfläche ins Verhältnis setzt. 2022 lebten dort 1 632 Personen auf einem Quadratkilometer. Dichter besiedelt sind nur die Stadtstaaten Berlin und Hamburg mit 4 214 bzw. 2 506 Menschen je km². Unter den sogenannten Flächenstaaten, hat Baden-Württemberg bei der Bevölkerungsdichte den dritten Platz mit 316 Menschen je km² inne, hinter Nordrhein-Westfalen und dem Saarland. Insgesamt sind sieben Bundesländer dichter besiedelt als der bundesdeutsche Schnitt von 236 Menschen je km². Die niedrigsten Bevölkerungsdichten gibt es im Nordosten der Bundesrepublik – mit Brandenburg (87) und Mecklenburg-Vorpommern (70) als Schlusslichter.

Gebiet und Bevölkerung in der Europäischen Union und in ausgewählten Ländern



Daten: 2022 bzw. letztes verfügbares Jahr.

Datenquellen: Eurostat, World-Factbook.

Fast jeder zwölfte Quadratmeter der EU entfällt auf Deutschland

In den 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union lebten im Jahr 2022 über 448,4 Mill. Menschen. Somit weist die EU eine größere Bevölkerungszahl auf als die Vereinigten Staaten (339,7 Mill.) und das Vereinigte Königreich (68,1 Mill.) zusammen. Zum Vergleich: in Indien und China lebten 2022 jeweils ca. 1,4 Mrd. Menschen.

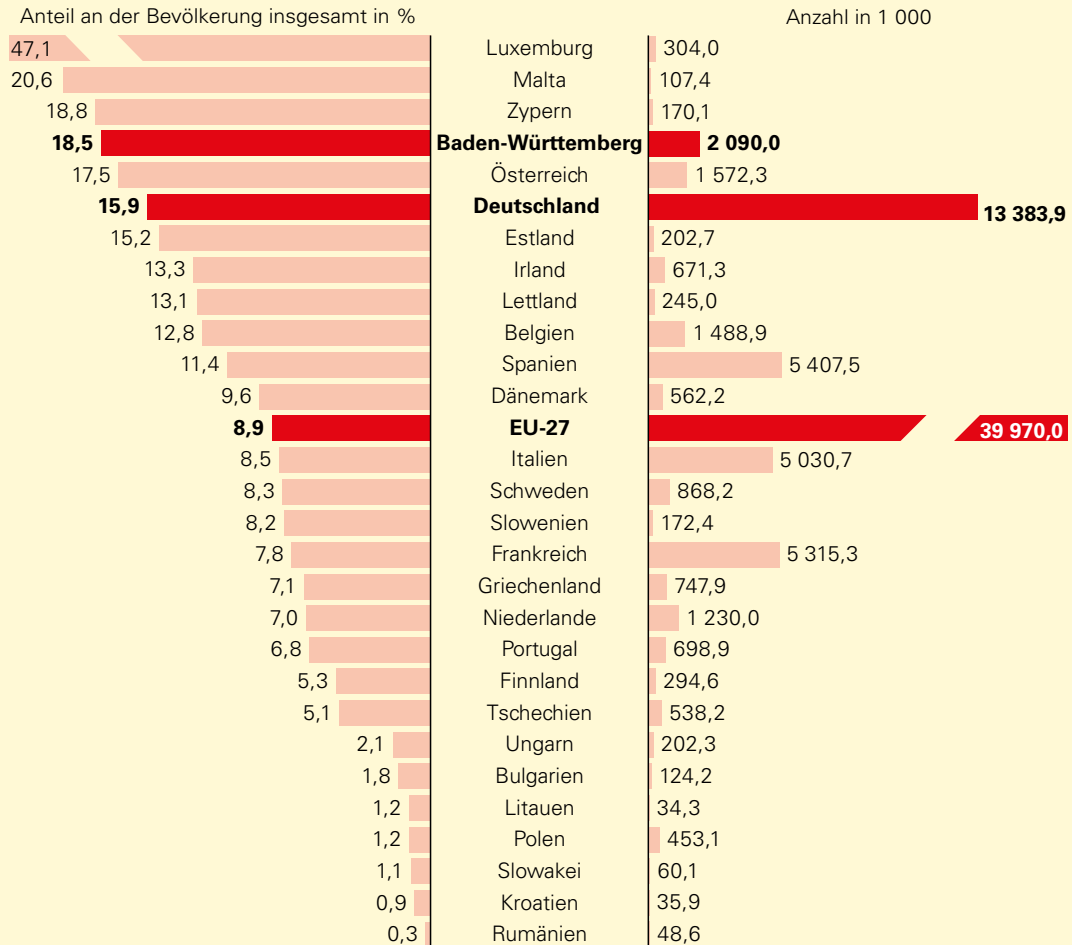
Das bevölkerungsreichste Land der EU ist Deutschland mit 84,4 Mill. Einwohnerinnen und Einwohnern, darauf folgt Frankreich und Italien mit 68,1 Mill. bzw. 58,9 Mill. Wird Baden-Württemberg in diesem Ranking miteinbezogen, stünde der neunte Platz zu Buche (11,3 Mill.). Damit lebten im Südwesten mehr Menschen als beispielsweise in Tschechien, Schweden oder in Portugal. Den Status als flächengrößter Staat der EU hat Frankreich inne, vor Spanien und Schweden. Deutschland rangiert mit

357 588 km² auf dem vierten Platz. Damit entfällt fast jeder zwölfte Quadratmeter der Gebietsfläche der EU (4 225 134 km²) auf Deutschland.

Fünf Mitgliedstaaten sind kleiner als Baden-Württemberg (35 748 km²). Einer davon ist Malta, der sowohl der flächenkleinste (316 km²) als auch der bevölkerungsärmste (0,5 Mill.) Mitgliedstaat der EU ist.

Dagegen hat Malta mit 1 715 Menschen je km² die höchste Bevölkerungsdichte innerhalb der EU. Über dem EU-Durchschnitt von 106 Menschen pro km² liegen sowohl Baden-Württemberg als auch Deutschland mit 316 bzw. 236 Bürgerinnen und Bürger je km². Schweden mit 87 und Finnland mit 70 Menschen je km² kennzeichnen sich durch die geringsten Bevölkerungsdichten innerhalb der EU aus.

Ausländerinnen und Ausländer



Daten: 2022.

Datenquellen: Eurostat, Statistisches Bundesamt.

Erstmals mehr als 2 Millionen Ausländerinnen und Ausländer in Baden-Württemberg

In Baden-Württemberg lebten zum Jahresende 2022 rund 2,1 Mill. Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Dies entsprach einem Anteil von 18,5 % an der Gesamtbevölkerung und stellt einen Anstieg von 1,5 Prozentpunkte im Vergleich zum Vorjahr dar. Damit weist Baden-Württemberg bundesweit nach Hessen (20,2 %) den zweithöchsten Ausländeranteil unter den Flächenländern auf, während in Mecklenburg-Vorpommern lediglich 7 % der Bevölkerung einen ausländischen Pass besitzen.

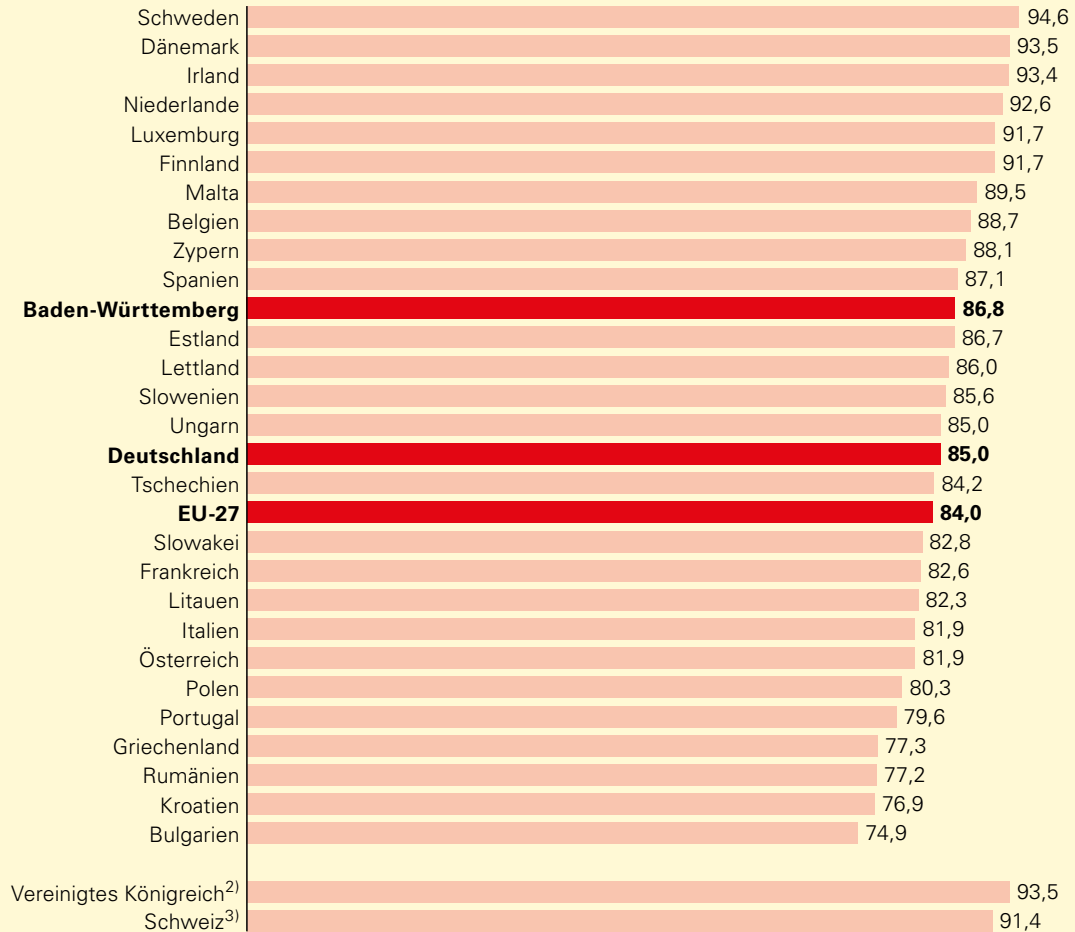
Rund 255 700 der hierzulande lebenden Ausländerinnen und Ausländer stammen aus der Türkei. Mit einem Anteil von 12,2 % an der gesamten ausländischen Bevölkerung ist die Türkei damit die am stärksten vertretene Nationalität. An zweiter und dritter Stelle stehen Italien und Rumänien mit 8,6 % bzw. 8,5 %. Auch deutschlandweit haben die

meisten Ausländerinnen und Ausländer (11,1 %) einen türkischen Pass. An zweiter Stelle folgt die Ukraine mit 8,7 %, nachdem infolge des russischen Angriffskriegs 2022 viele Schutzsuchende aus der Ukraine nach Deutschland kamen.

Mit insgesamt 13,4 Mill. Ausländerinnen und Ausländern, bzw. einem Anteil von 15,9 %, belegte Deutschland 2022 Rang 6 unter den EU-Ländern. Durch die Ansammlung vieler EU-Institutionen und internationaler Unternehmen in Luxemburg haben viele ausländische Arbeitskräfte ihren Wohnsitz dort. Mit einer Ausländerquote von 47,1 % steht das Großherzogtum daher an der Spitze der EU-Länder. Der Südwesten würde sich im EU-Vergleich mit 18,5 % hinter Malta (20,6 %) und Zypern (18,8 %) auf den vierten Platz reihen, während Rumänien und Kroatien mit weniger als 1 % das Schlusslicht bilden.

Tägliche Internetnutzung

Anteil der Bevölkerung¹⁾ in %



Daten 2022. – 1) Bevölkerung in der Altersklasse von 16 bis unter 75 Jahren. – 2) 2020. – 3) 2021.

Datenquellen: Eurostat und Ergebnisse des Mikrozensus (Unterstichprobe MZ-IKT).

Wie sehr prägt die Digitalisierung unser Leben?

Darüber, wie oft Personen im privaten Umfeld das Internet nutzen, informiert jährlich die amtliche Erhebung der privaten Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT). Wir verwenden das Internet beispielsweise zur Kommunikation, Unterhaltung, Informationsbeschaffung oder auch für Online-Einkäufe. Inzwischen werden immer mehr private Aktivitäten online erledigt. Im Jahr 2022 waren im europäischen Durchschnitt bereits 84 % aller Personen im Alter von 16 bis unter 75 Jahren täglich im Internet aktiv.

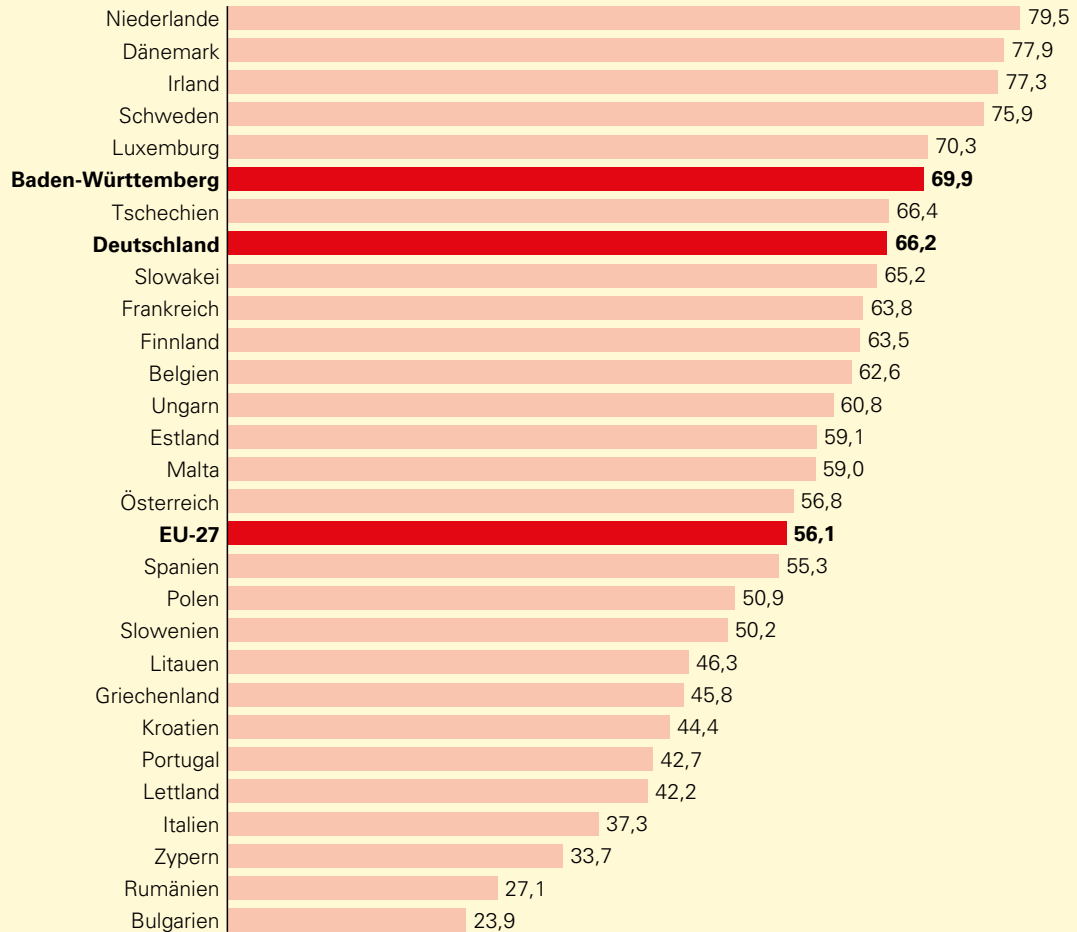
Die tägliche Nutzung des Internets innerhalb der 27 Mitgliedstaaten der EU unterscheidet sich mit einem Anteil von 75 % bis 95 % noch deutlich. Am häufigsten sind Personen in Schweden und Dänemark online. In den osteuropäischen Ländern Bulgarien und Kroatien war der Anteil 2022 am geringsten. In Deutschland und Baden-Württemberg lag der täg-

liche Gebrauch dieses Mediums nur knapp über dem EU-Durchschnitt bei 85 % bzw. 87 %. Im Bundesländervergleich leben die aktivsten Internetnutzerinnen und -nutzer in Berlin (89 %). Am wenigsten wird das Internet in Brandenburg genutzt. Der Bevölkerungsanteil der täglichen Nutzerinnen und Nutzer in der Altersgruppe von 16 bis unter 75 Jahren lag hier 2022 nur bei 76 %.

Die Internetnutzung ist von sozio-demografischen Merkmalen abhängig. Beispielsweise sind jüngere Personen sowie Personen mit einem höheren Bildungsstand häufiger im Internet aktiv. Im EU-weiten Vergleich lag die tägliche Internetnutzung bei den 16- bis unter 25-Jährigen bereits bei 97 % und bei Personen mit hohem Bildungsstand bei 95 %. Im Vergleich hierzu lag in Deutschland die Nutzung des Internets dieser zwei Gruppen 2022 bei 95 % und 93 % sowie in Baden-Württemberg bei 96 % und 93 %.

Einkaufen im Internet

Anteil der Bevölkerung¹⁾ in %



Daten: 2022.– 1) Bevölkerung in der Altersklasse von 16 bis unter 75 Jahren.
Datenquellen: Eurostat und Ergebnisse des Mikrozensus (Unterstichprobe MZ-IKT).

70 % der Bevölkerung bestellen online

Die Ergebnisse des Mikrozensus 2022 zeigen: In Baden-Württemberg wird viel und gerne online eingekauft: 70 % der Bevölkerung zwischen 16 und unter 75 Jahren haben zwischen März und Juni 2022 mindestens einmal Waren oder Dienstleistungen online erworben. Das sind immerhin 5,8 Mill. Personen. Betrachtet man ausgewählte Bevölkerungsgruppen, beispielsweise jüngere Personen, den Personenkreis mit einem hohen Bildungsstand oder Erwerbstätige, so ist der Anteil noch deutlich höher.

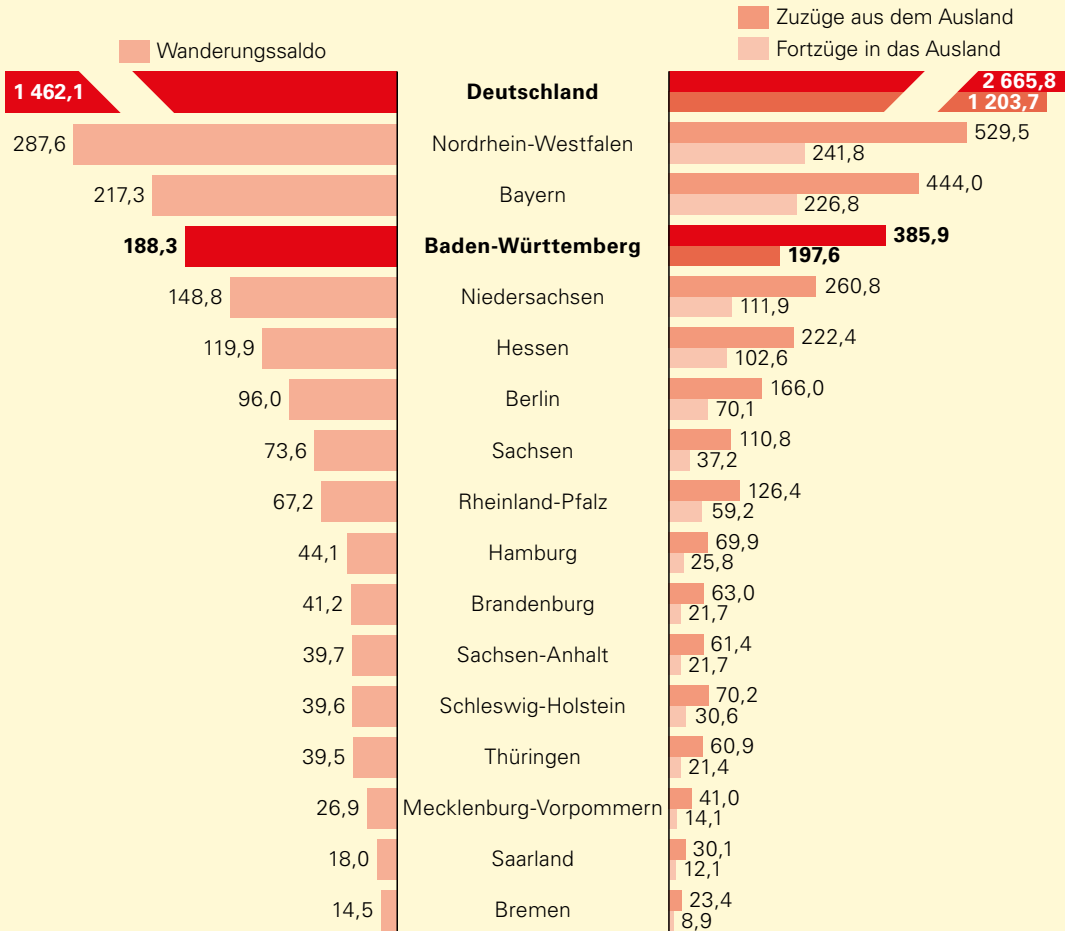
Die Anteile an der Bevölkerung in der EU-27, die 2022 über das Internet eingekauft haben, war sehr unterschiedlich. Im Durchschnitt lag die Quote bei 56 % und umfasste eine Spannweite von 24 % bis 80 %. Besonders verbreitet ist diese Einkaufsart in den Niederlanden (80 %) und in Dänemark (78 %). Baden-Württemberg lag mit einer Quote von 70 %

im EU-Ranking vor Tschechien und Deutschland. Am wenigsten wurde diese Form des Einkaufens in Bulgarien und Rumänien genutzt. Der Kundenanteil, der im Internet bestellte, belief sich hier jeweils auf unter 30 %.

Besonders beliebt war der Kauf von Kleidung, inklusive Sportbekleidung. Dies war mit Abstand die beliebteste Produktgruppe in den 27 EU-Ländern und auch in Baden-Württemberg, die von den Personen zwischen 16 und unter 75 Jahren online bestellt wurde. Die Quote lag hier EU-weit bei 38 %. Mit einer Quote unter 18 % waren neben dem Kauf von Bekleidung EU-weit das Streaming bzw. der Download von Musik, Filmen und Serien sowie das Buchen von Reisen und Urlaubsunterkünften beliebt. Aber auch die Bestellung von Essen bei Restaurants, Fast-Food-Ketten bzw. Catering-Diensten über das Internet lag im Trend.

Wanderungen zwischen Deutschland und dem Ausland

in 1 000



Daten: 2022.

Datenquelle: Statistisches Bundesamt.

Starke Zuwanderung in Baden-Württemberg und Deutschland im Jahr 2022

Im Jahr 2022 sind rund 1,5 Mill. Menschen mehr in Deutschland ein- als ausgewandert. Damit erreichte die Nettozuwanderung einen Rekordwert seit Beginn der Erhebung im Jahr 1950. Baden-Württemberg registrierte 385 900 Zu- und 197 600 Fortzüge und reihte sich mit einem Wanderungssaldo von 188 300 auf Platz 3 der deutschen Bundesländer ein. Auf Platz 1 und 2 lagen Nordrhein-Westfalen und Bayern mit einer Nettozuwanderung von 287 600 bzw. 217 300. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Wanderungssaldo damit sowohl in Deutschland als auch im Südwesten mehr als vervierfacht. Bremen wies mit 23 400 Zuzügen und 8 900 Fortzügen die niedrigste Nettozuwanderung von 14 500 auf.

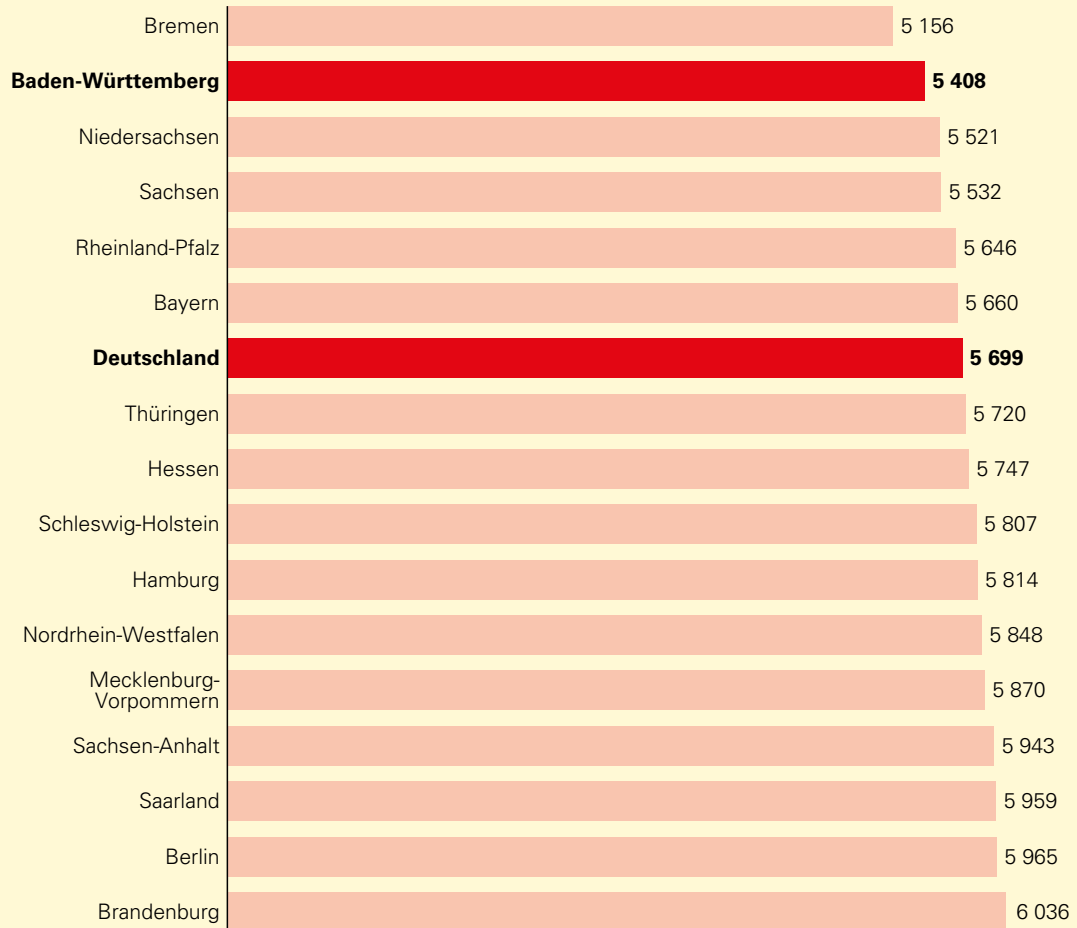
Dieser hohe Anstieg ist vor allem Folge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine. Insgesamt suchten

1,1 Mill. Menschen aus der Ukraine in Deutschland Schutz. Die meisten von ihnen kamen von März bis Mai 2022 nach Deutschland. In der zweiten Hälfte des Jahres nahm die Dynamik stark ab. Bis Ende des Jahres wanderten rund 138 000 Ukrainerinnen und Ukrainer wieder ab, womit allein der Wanderungssaldo von Schutzsuchenden aus der Ukraine rund 960 000 betrug. Davon entfielen rund 131 000 auf Baden-Württemberg.

Auch aus anderen Ländern ist die Nettozuwanderung 2022 im Vergleich zum Vorjahr, wie in den Jahren zuvor auch, deutlich gestiegen: Aus Syrien waren es mit 68 000 rund 63 % mehr Personen als im Vorjahr, aus Afghanistan mit 55 000 74 % mehr und aus der Türkei mit 49 000 sogar ein Plus von rund 160 %.

Pro-Kopf-Gesundheitsausgaben

in EUR



Daten: 2021.

Datenquelle: Arbeitsgruppe „Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder“.

Pro-Kopf-Gesundheitsausgaben im Südwesten vergleichsweise niedrig

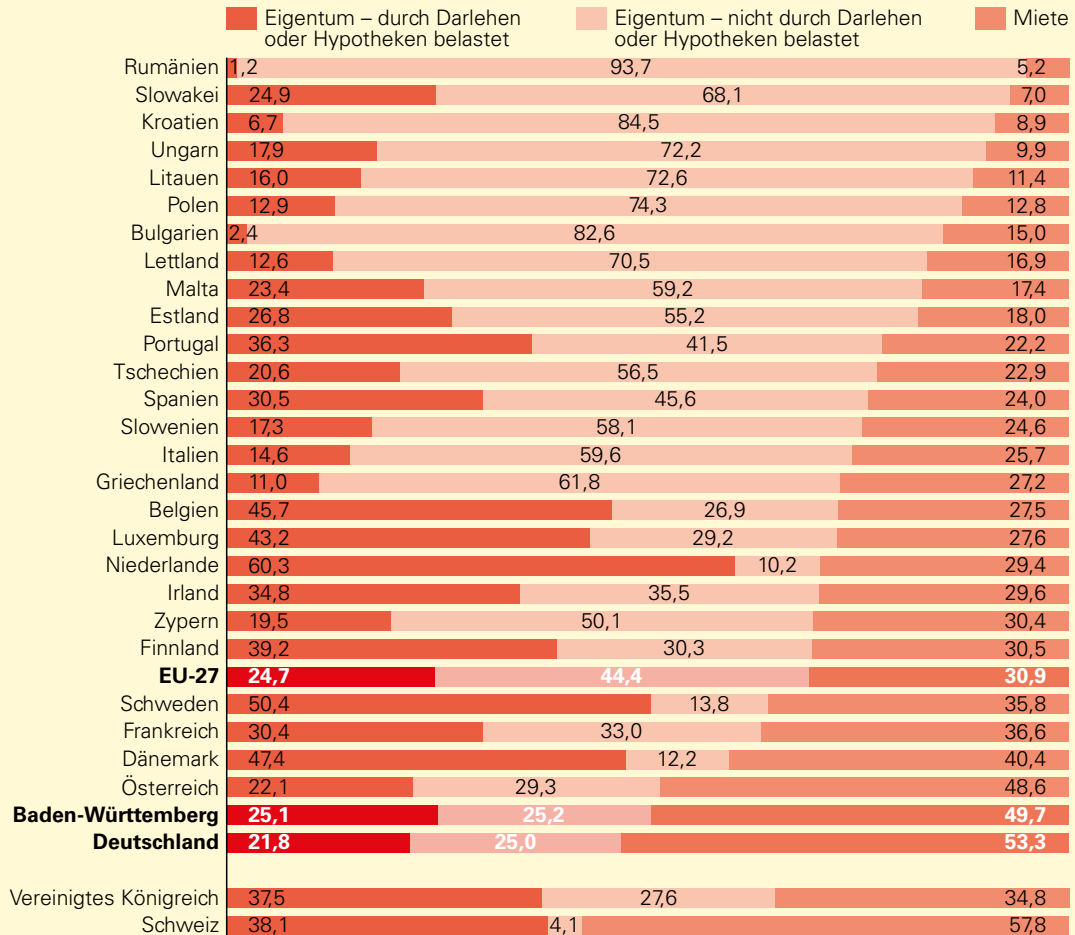
Käufe von Waren und Dienstleistungen, die mit dem Ziel der Prävention, Behandlung, Rehabilitation und Pflege getätigt werden, aber auch Kosten der Verwaltung sowie Investitionen der Einrichtungen des Gesundheitswesens, werden alle zu den Gesundheitsausgaben gerechnet.

Im Jahr 2021 beliefen sich diese in Baden-Württemberg auf knapp 60,1 Mrd. Euro. Somit entfielen auf jeden Einwohner bzw. jede Einwohnerin Baden-Württembergs Gesundheitsausgaben in Höhe von 5 408 Euro. Im Ländervergleich waren die Pro-Kopf-Ausgaben für Gesundheit lediglich im Stadtstaat Bremen mit 5 156 Euro noch niedriger, am höchsten dagegen in Brandenburg mit 6 036 Euro. Der Bundesdurchschnitt betrug 5 699 Euro pro Kopf.

Die Relation zwischen dem Gesamtvolumen der Gesundheitsausgaben und dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) ergibt die Gesundheitsausgabenquote eines Landes – etwa vergleichbar mit dem Teil des Einkommens, den ein Haushalt für Gesundheit aufwendet. Im Bundesdurchschnitt beliefen sich die Gesundheitsausgaben 2021 auf 13,2 % des BIP, demgegenüber fiel die Quote in Baden-Württemberg mit 11,2 % deutlich niedriger aus. Geringere Anteile der Gesundheitsausgaben am jeweiligen BIP konnten in Deutschland nur die Stadtstaaten Bremen mit 9,9 % und Hamburg mit 8,2 % aufweisen. Der mit 19 % höchste Wert wurde 2021 für Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg ermittelt.

Wohnbesitzverhältnisse

Anteile in %



Daten: Daten: 2022 bzw. letztes verfügbares Jahr.

Datenquelle: Eurostat EU-SILC.

Wohneigentum in der EU beliebt

Wohnraum gehört wie Nahrung und Kleidung zu unseren Grundbedürfnissen. Eine Wohnung ist jedoch weit mehr als ein Dach über dem Kopf, sie ist vielmehr auch Lebensraum zur Verwirklichung von individuellen Wünschen. So verwundert es nicht, dass viele Menschen anstreben, in der eigenen Wohnung zu leben. In der Europäischen Union haben sich gut zwei Drittel der Haushalte diesen Traum bereits erfüllt.

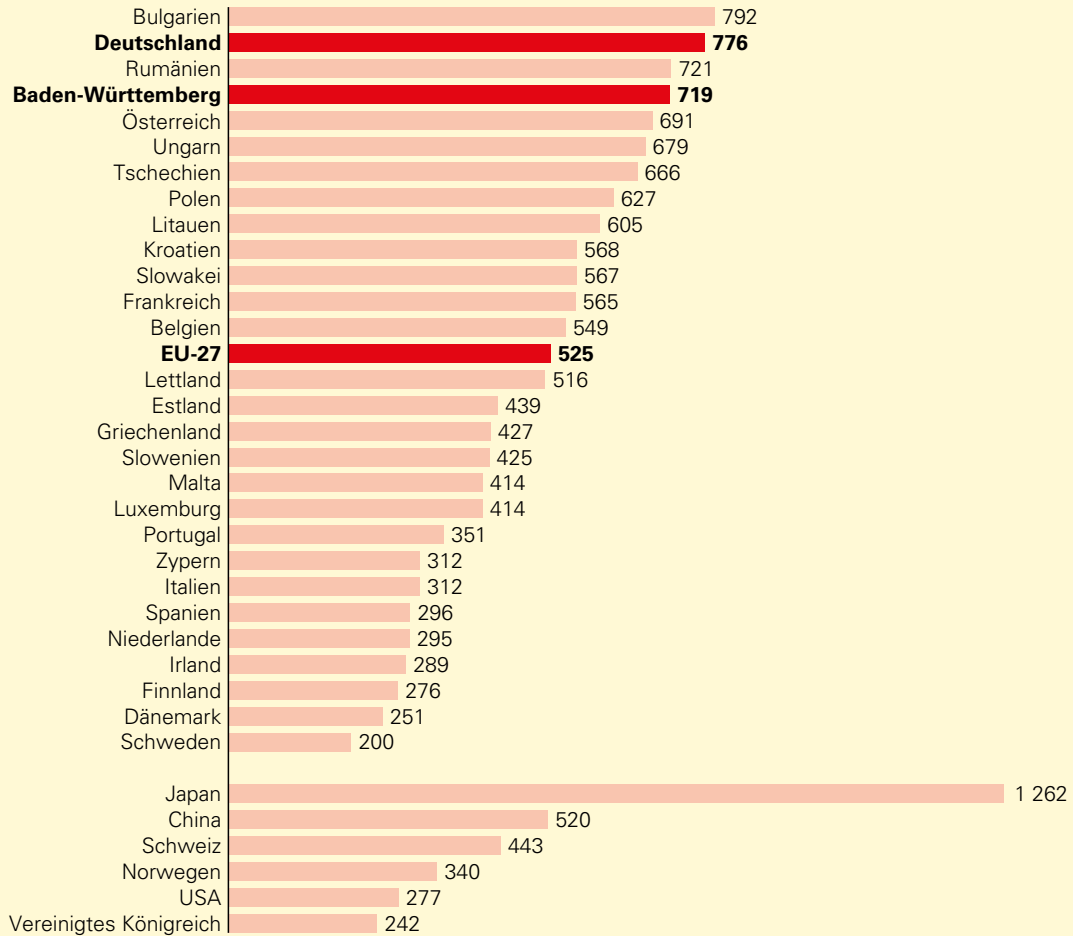
Der Anteil der Haushalte mit Wohneigentum lag 2022 in der EU-27 bei durchschnittlich rund 69 %. Innerhalb der Mitgliedsländer unterscheidet sich dieser Wert allerdings erheblich. Die Spanne liegt zwischen 47 % in Deutschland und 95 % in Rumänien. In Baden-Württemberg lag 2022 der Anteil der Haushalte, die in ihrer eigenen Immobilie wohnen, bei 50 %. Rund 25 % der Haushalte lebten hierzulande in einer eigenen Wohnung, die mit einem Darlehen oder einer Hypothek belastet war. In

Deutschland betrug der Anteil der Haushalte mit einer solchen Belastung 22 %. Im Vergleich der 27 EU-Mitgliedstaaten überstieg damit nur in Deutschland der Anteil der Haushalte, die in einer Mietwohnung lebten, den Anteil der Haushalte, die in ihrer eigenen Wohnung lebten.

Wie in Deutschland lebten 2022 auch in der Schweiz mehr als die Hälfte der Haushalte in einer Mietwohnung. Jedoch war der Anteil nicht wie in Deutschland knapp über der Hälfte, sondern deutlich höher, und zwar bei 58 %. In der Schweiz waren von den eigenen Wohnimmobilien (42 %) nur ein Anteil von 4 % unbelastet von einem Darlehen oder einer Hypothek. Ebenfalls gering ist dieser Anteil in den Niederlanden (10 %), Dänemark (12 %) und in Schweden (14 %), allerdings liegt dort der Anteil der Haushalte mit einer eigenen Wohnimmobilie insgesamt mit 71 %, 60 % bzw. 64 % deutlich höher.

Krankenhausbetten

Aufgestellte Betten pro 100 000 Einwohner/-innen



Daten: 2021.
Datenquellen: OECD, Eurostat.

Hohe Anzahl an Krankenhausbetten

Neben dem ambulanten Sektor ist die stationäre Versorgung in Krankenhäusern eine wichtige Säule des Gesundheitssystems in Deutschland. Zu den Aufgaben der Krankenhäuser gehören neben der Versorgung von Patientinnen und Patienten auch die klinische Forschung sowie die Ausbildung in den Gesundheitsberufen. Auch aufgestellte Betten in Reha- und Vorsorgekliniken werden im Folgenden berücksichtigt.

Die Kennziffer „Krankenhausbetten pro 100 000 Einwohner/-innen“ spiegelt wider, in welchem Umfang Kapazitäten für die vollstationäre Versorgung bereitgestellt werden. 2021 gab es in Baden-Württemberg 719 Krankenhausbetten pro 100 000 Einwohner bzw. Einwohnerinnen. Bundesweit waren es 776 Betten. Da vollstationäre Leistungen allerdings mit erheblichen Kosten einhergehen, wird seit geraumer Zeit eine Verkürzung der durchschnittlichen

Krankenhausverweildauer sowie der Abbau von Überkapazitäten angestrebt. Seit 2000 ist die Anzahl der Krankenhausbetten pro 100 000 Einwohner bzw. Einwohnerinnen in Baden-Württemberg daher um 22,1 % gesunken. In Deutschland verringerte sich die Anzahl im selben Zeitraum um 14,9 %.

Die Gesundheitssysteme der einzelnen EU-Mitgliedstaaten weisen zum Teil erhebliche Unterschiede auf. Dies lässt sich auch an der Anzahl der vorgehaltenen Krankenhausbetten erkennen. Während beispielsweise in Deutschland, Bulgarien und Rumänien mehr als 700 Krankenhausbetten pro 100 000 Einwohner bzw. Einwohnerinnen bereitstehen, kommen in Schweden, Dänemark, Finnland, Irland, Niederlande und Spanien nicht einmal 300 Krankenhausbetten auf 100 000 Einwohner bzw. Einwohnerinnen.

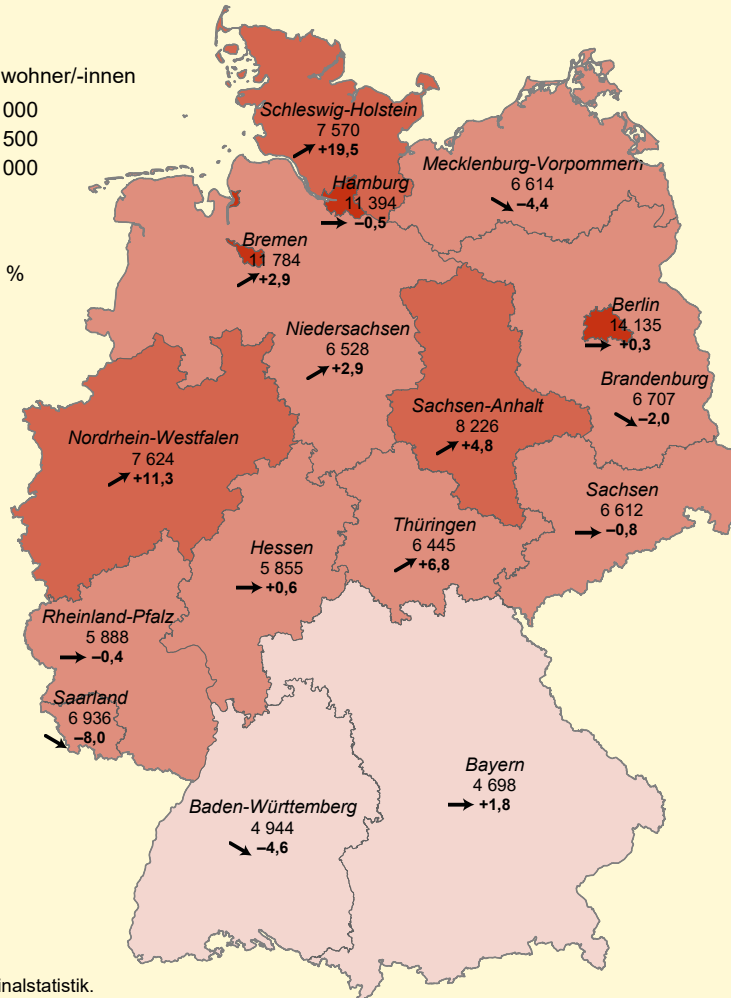
Straftatenhäufigkeit

Häufigkeit je 100 000 Einwohner/-innen

- bis unter 5 000
- 5 000 bis unter 7 500
- 7 500 bis unter 10 000
- 10 000 und mehr

Veränderung zu 2019 in %

- gefallen
- relativ gleich
- gestiegen



Daten: 2019, 2022.
Datenquelle: Polizeiliche Kriminalstatistik.

Im Südwesten lebt man sicher

Obwohl die Zahl der Gesamtstraftaten in Baden-Württemberg 2022 im Vorjahresvergleich um 13,1 % auf rund 550 000 gestiegen ist, liegt sie immer noch um 4,1 % niedriger als 2019, vor Beginn der Corona-Pandemie (573 800). In 2020 und 2021 hatte die Zahl der Straftaten aufgrund der pandemiebedingten Einschränkungen und der damit einhergehenden Reduzierung von Tatgelegenheiten stark abgenommen. Deutschlandweit ist die Zahl der Straftaten 2022 gegenüber 2019 allerdings um 3,5 % auf knapp 5,63 Mill. angestiegen.

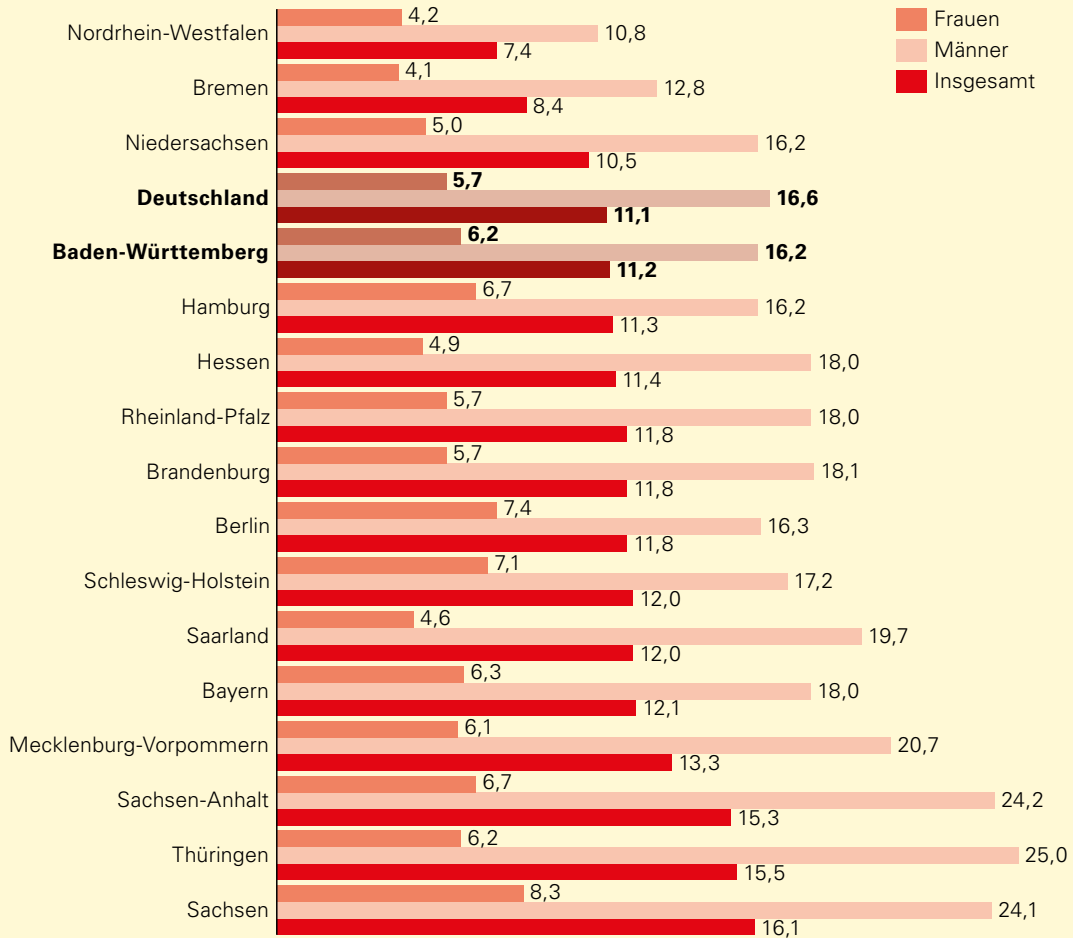
Die Häufigkeitszahl „Straftaten pro 100 000 Einwohner/-innen“ ist ein Indikator für die durch Kriminalität verursachte Gefährdung. Demnach erreichte die Kriminalitätsbelastung im Jahr 2022 im Südwesten mit 4 944 den drittniedrigsten Wert seit 1985, nur in Bayern (4 698) wurden weniger

Straftaten begangen. Hessen (5 855) und Rheinland-Pfalz (5 888) belegten die Ränge 3 und 4. Im bundesweiten Durchschnitt wurden 6 762 Straftaten je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner erfasst. In Berlin wurde mit 14 135 die höchste Häufigkeitszahl gemessen, gefolgt von den beiden anderen Stadtstaaten Bremen und Hamburg mit 11 784 und 11 394 Fällen.

Knapp 45 % aller Straftaten finden im öffentlichen Raum statt. Mit 23,3 % stellen Diebstahlsdelikte darunter den größten Anteil, gefolgt von Vermögens- und Fälschungsdelikten mit 17,2 % und Sachbeschädigungen mit 15,9 %. Aggressionsdelikte im öffentlichen Raum, die das Sicherheitsempfinden der Menschen maßgeblich beeinflussen, lagen 2022 mit einem Anteil von 10,9 % noch unter dem Niveau von 2019.

Suizidrate

je 100 000 Einwohner/-innen



Daten: 2021.

Datenquellen: Statistisches Bundesamt.

Fast drei Viertel der Suizide entfallen auf Männer

Im Jahr 2021 starben in Baden-Württemberg 1 243 Menschen durch Suizid, 37 Personen mehr als im Vorjahr (+3,1 %). Bundesweit blieb die Zahl der Selbsttötungen im Vorjahresvergleich dagegen auf demselben Niveau (+0,1 %). Insgesamt beendeten 2021 in Deutschland 9 215 Personen ihr Leben durch Suizid, etwa 25 Personen pro Tag. Im langfristigen Vergleich hat sich die Zahl der vorsätzlichen Selbsttötungen damit allerdings beträchtlich verringert, 1980 waren es in der Bundesrepublik Deutschland noch rund 50 Menschen pro Tag.

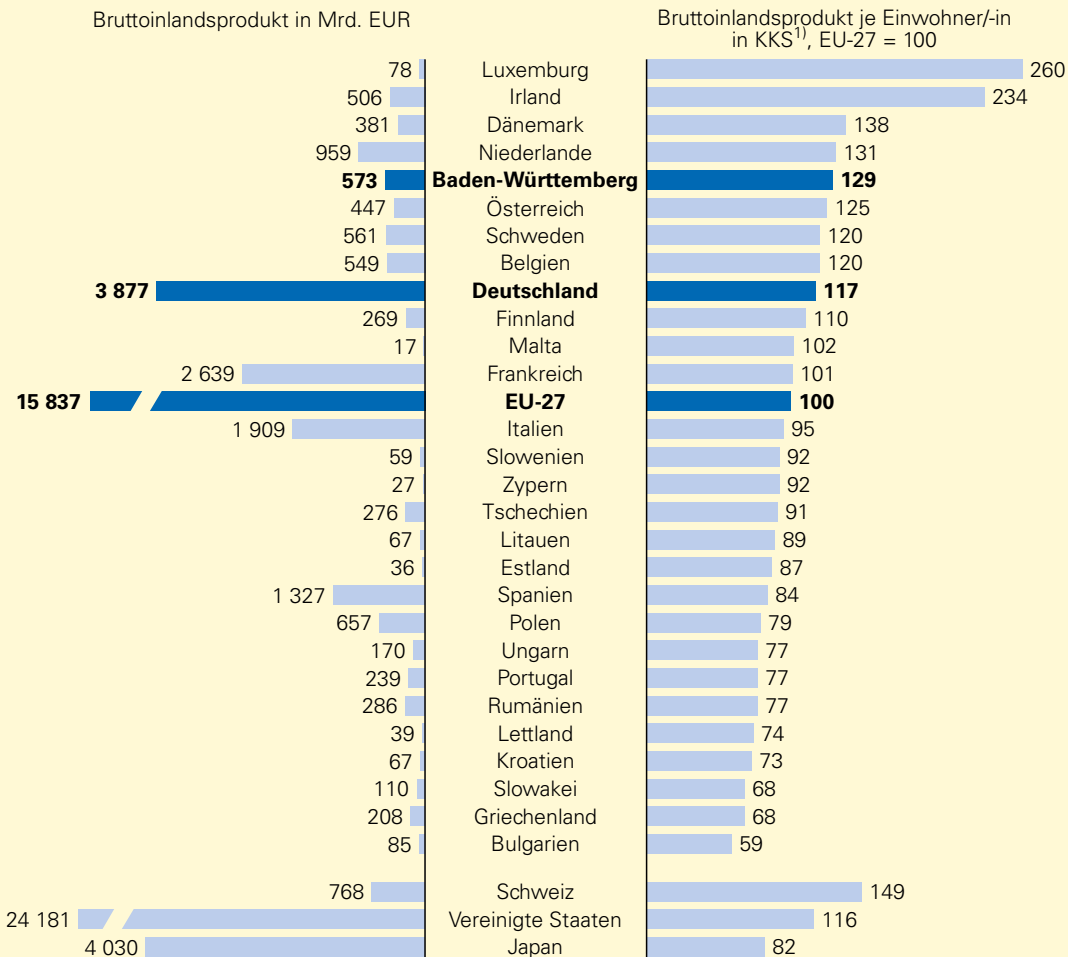
Auffällig ist, dass bundesweit fast drei Viertel (73,8 %) der Selbsttötungen von Männern begangen wurden. In Baden-Württemberg lagen die Anteile der Männer mit 72 % leicht darunter und die der Frauen (28 %) entsprechend höher. Dabei nahmen sich rund 45 % der Männer durch „Erhängen, Strangulation oder

Ersticken“ das Leben und etwa 16 % durch „Vergiften“, während bei den Frauen „Vergiftung“ (34 %) die häufigste Suizid-Methode war, gefolgt von „Erhängen, Strangulation oder Ersticken“ (30,5 %).

Im Vergleich der Bundesländer wurden große Differenzen festgestellt. In Nordrhein-Westfalen lag die Suizidrate 2021 mit 7,4 Selbsttötungen pro 100 000 Einwohner/-innen am niedrigsten. Dahinter folgten der Stadtstaat Bremen mit einer Rate von 8,4 und Niedersachsen mit 10,5. Im Bundesdurchschnitt betrug die Suizidrate 11,1; in Baden-Württemberg lag die Rate mit 11,2 minimal höher. Die höchsten Quoten wurden in Sachsen (16,1), Thüringen (15,5) und Sachsen-Anhalt (15,3) registriert.

Hilfe bei Suizid-Gedanken siehe Glossar.

Wirtschaftsleistung und Wirtschaftskraft



Daten: 2022. – 1) Kaufkraftstandards (künstliche Währung, die internationale Preisniveaunterschiede eliminiert).

Datenquellen: Eurostat, Weltbank, Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“.

Wirtschaftskraft im Südwesten kaufkraftbereinigt 29 % über dem EU-Durchschnitt

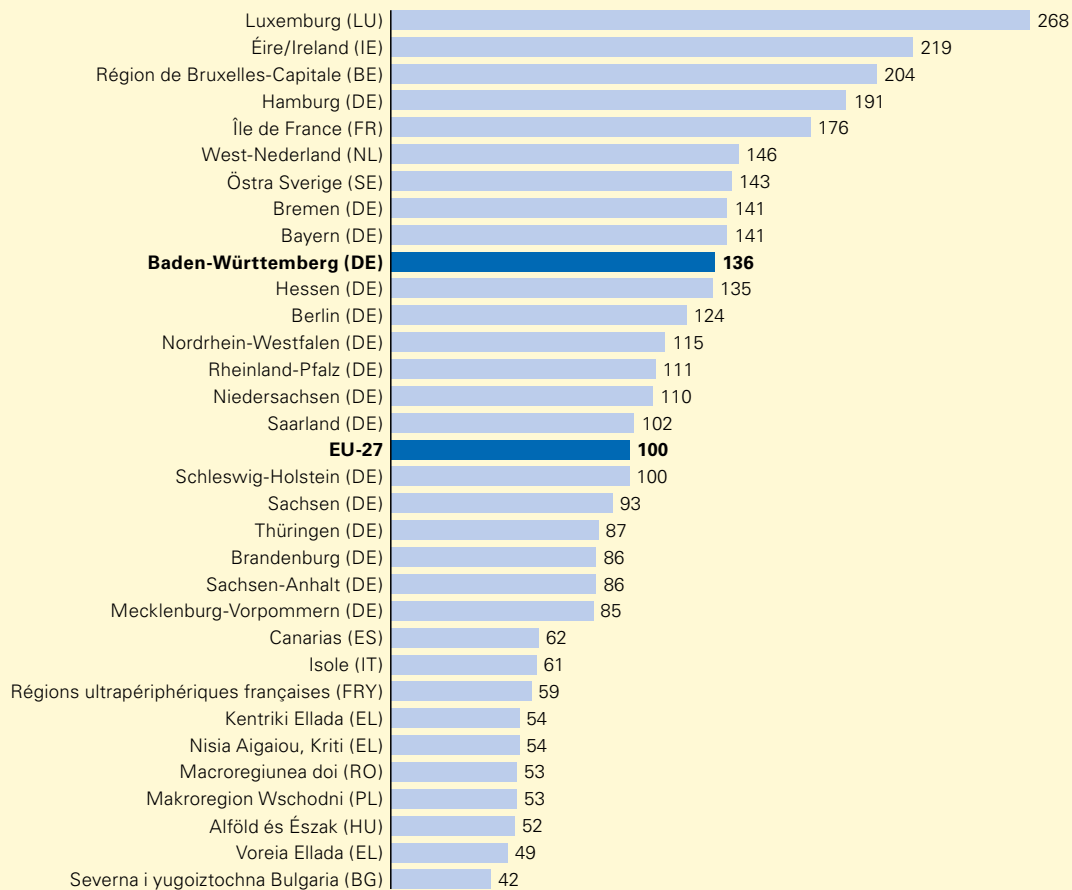
Die Wirtschaftsleistung Baden-Württembergs, gemessen am nominalen Bruttoinlandsprodukt (BIP), lag im Jahr 2022 bei 573 Mrd. Euro. Dabei erwirtschaftete jede Person im Südwesten im Durchschnitt 50 982 Euro. Bundesweit fiel die Wirtschaftsleistung pro Kopf mit 46 260 Euro etwas geringer aus. Im Vergleich zum EU-Durchschnitt in Höhe von 35 280 Euro, lag das deutsche Pro-Kopf-BIP um 31 % höher. Zwischen den EU-Mitgliedstaaten gab es dabei große Differenzen. Auf lediglich 35 % des EU-Durchschnitts belief sich das Pro-Kopf-BIP in Bulgarien. Luxemburg hingegen erwirtschaftete pro Person das 3,4-fache des EU-Durchschnitts.

Berücksichtigt man die jeweilige Kaufkraft in den Ländern, verringern sich die Abweichungen zwischen den Mitgliedstaaten: Von knapp 60 % des

durchschnittlichen EU-Werts des BIP pro Kopf, gemessen in Kaufkraftstandards (KKS), in Bulgarien, bis zum 2,6-fachen des EU-Durchschnitts in Luxemburg, dem Land mit der stärksten Wirtschaftskraft 2022. Deutschland erbrachte ein um 17 % höheres BIP pro Kopf gemessen in KKS. Damit lag Deutschland auf Platz 9 im EU-Ranking. Baden-Württembergs um Kaufkraft bereinigte Wirtschaftskraft pro Person lag um 29 % über dem EU-Durchschnitt und ordnet sich somit auf Platz 5 im Ranking ein. Insgesamt fiel das BIP pro Kopf gemessen in KKS in Ost- und Südeuropa im EU-Vergleich unterdurchschnittlich aus, während die Zentral- und Nordeuropäischen Länder das Ranking anführten. Insgesamt verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr der Abstand zwischen dem Land mit der höchsten und der niedrigsten Wirtschaftskraft.

Wirtschaftskraft ausgewählter Regionen* der Europäischen Union

Bruttoinlandsprodukt je Einwohner/-in in KKS¹⁾, EU-27 = 100



Daten: 2021. – *) NUTS-Ebene 1, die in Deutschland den Bundesländern entspricht. – 1) Kaufkraftstandards (künstliche Währung, die internationale Preisniveauunterschiede eliminiert).

Datenquelle: Eurostat.

Baden-Württemberg 2021 unter den zehn wirtschaftsstärksten EU-Regionen

Baden-Württembergs Wirtschaftskraft erreichte im Vergleich mit den 92 NUTS 1-Regionen der EU, die mit den deutschen Bundesländern vergleichbar sind, 2021 erneut ein hohes Niveau. Das BIP pro Kopf gemessen in Kaufkraftstandards (KKS) lag im Südwesten 36 % über dem EU-Durchschnitt. Der Südwesten lag damit im Ranking der 92 Regionen auf dem 10. Platz.

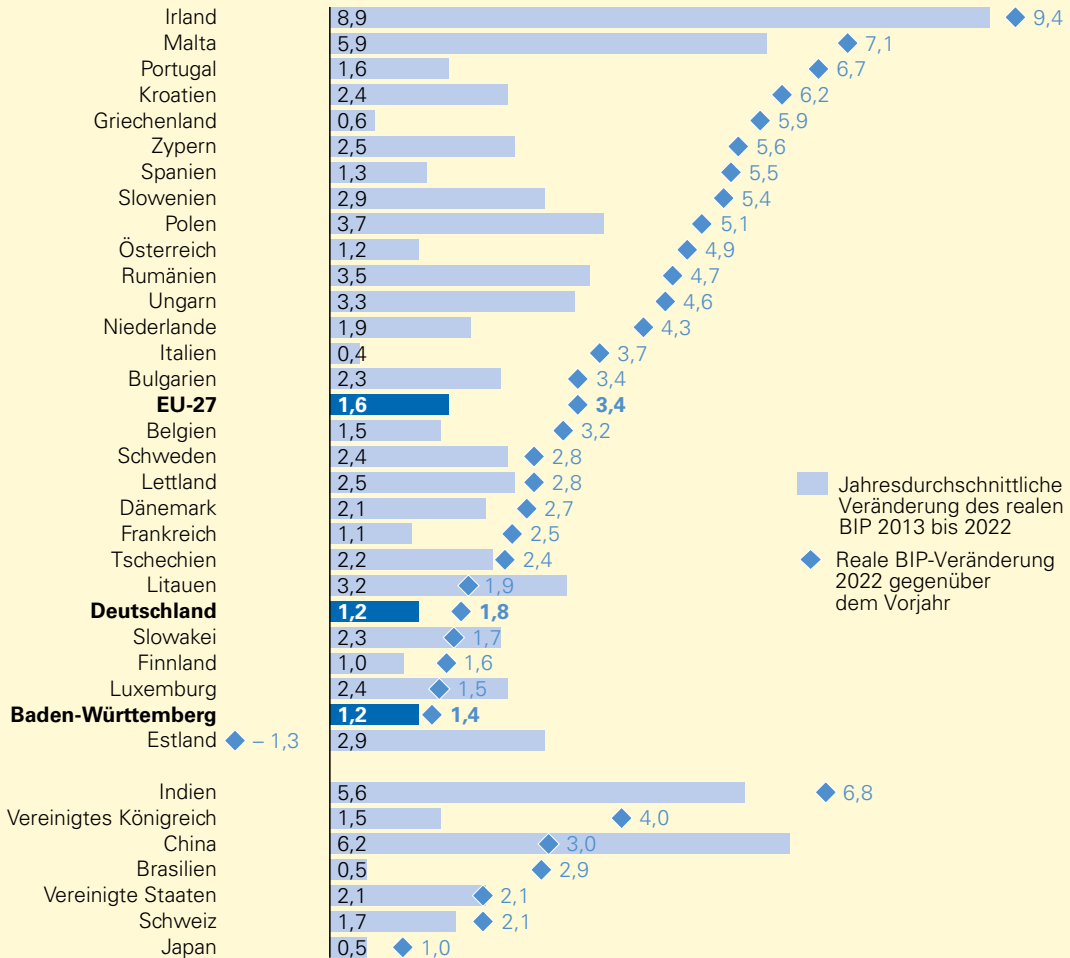
Wie in den Jahren zuvor, war 2021 das Großherzogtum Luxemburg die wirtschaftsstärkste Region der EU. Irland konnte sich weiterhin auf Platz 2 halten, dicht gefolgt von der Region Brüssel-Hauptstadt. Diese drei Regionen übertrafen jeweils die durchschnittliche Wirtschaftskraft der EU um mehr als das Doppelte. Deutschlandweit war weiterhin Hamburg führend. Unter den zehn wirtschaftsstärksten Regionen innerhalb der EU

finden sich außerdem die Bundesländer Bremen, Bayern und Baden-Württemberg. Die ostdeutschen Bundesländer erbrachten zwischen 85 % (Mecklenburg-Vorpommern) und 93 % (Sachsen) der durchschnittlichen EU-Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung gemessen in KKS. Schleswig-Holsteins Wirtschaftskraft lag genau im EU-Durchschnitt.

Die zehn wirtschaftsschwächsten Regionen mit maximal 62 % des EU-Durchschnitts beim BIP pro Kopf in KKS konzentrierten sich auf Ost- und Südeuropa. Weniger als die Hälfte der durchschnittlichen europäischen Wirtschaftskraft erbrachte die bulgarische Region „Severna i yugoiztochna Bulgaria“ mit nur 42 % des kaufkraftbereinigten BIP pro Kopf aller EU-Regionen und die Region „Voreia Ellada“ in Griechenland mit 49 %.

Wirtschaftswachstum

Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) in %



Datenquellen: Eurostat, IWF, Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“.

Baden-Württembergs Wirtschaftswachstum 2022 im EU-Vergleich schwach ausgeprägt

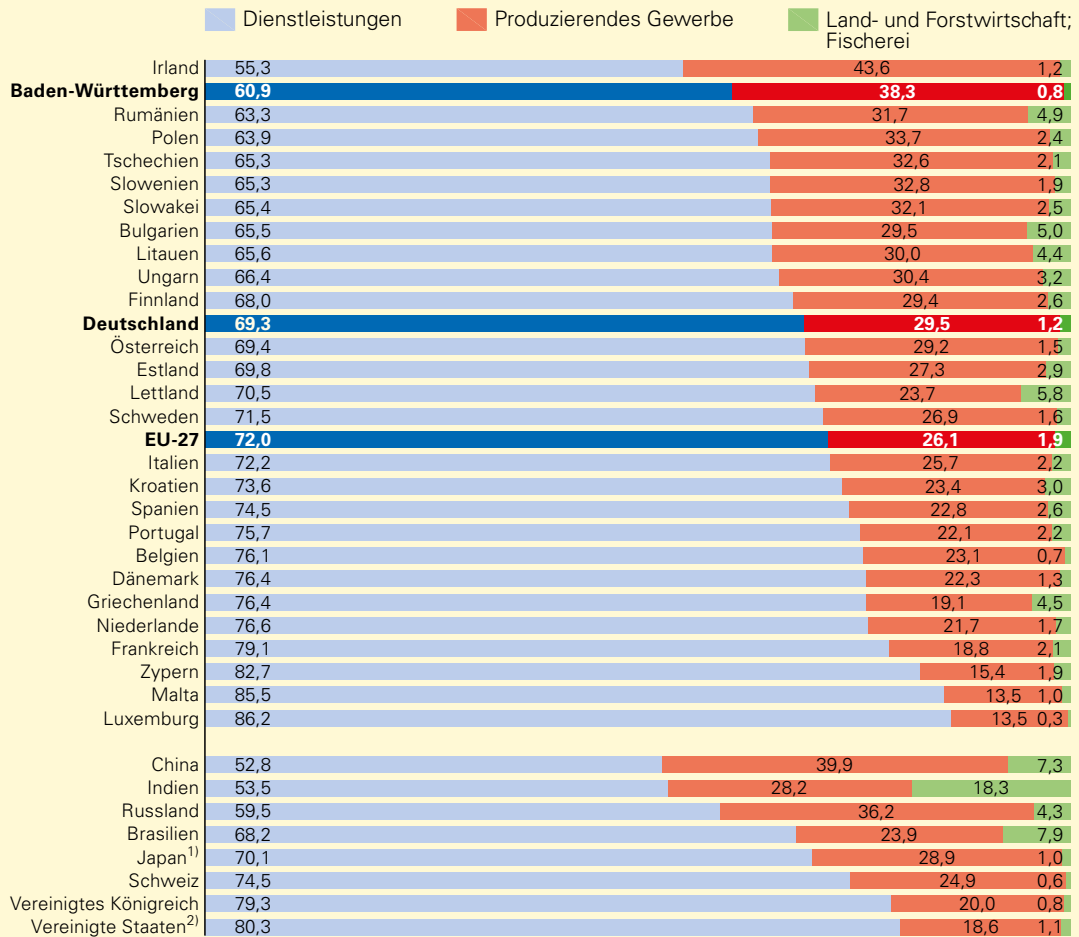
Die gesamtwirtschaftliche Lage war im Jahr 2022 besonders geprägt von den Folgen des Ukraine-Kriegs wie den enormen Energiepreissteigerungen. Dennoch wuchs das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2022 gegenüber dem Vorjahresniveau in fast allen dargestellten Ländern an. Lediglich in Estland ging das Wirtschaftswachstum zurück. Die EU-27-Staaten verzeichneten im Durchschnitt einen Zuwachs von 3,4 % zum Vorjahr. Mit einer Wachstumsrate von 1,8 % wies Deutschland im Ländervergleich ein eher schwaches Wachstum aus. In Baden-Württemberg lag das BIP-Wachstum 2022 bei 1,4 %. Mit einem Zuwachs von 9,4 % führte Irland erneut das Ranking im EU-Ländervergleich an. Auf den Spitzenpositionen dahinter rangieren sich Malta und Portugal auf Platz 2 und 3 ein, gefolgt von weiteren südeuropäischen Ländern. Ein

überdurchschnittlich hohes Wirtschaftswachstum im EU-Vergleich zeigte sich 2022 außerdem in Staaten aus Osteuropa.

In der längerfristigen Betrachtung stieg die durchschnittliche Wirtschaftsleistung über die letzten 10 Jahre hinweg in allen dargestellten Ländern an. Irland und Malta verzeichneten auch auf lange Sicht mit Abstand das höchste Wachstum. Über den Zeitraum der letzten Dekade wuchs dort das BIP durchschnittlich um 8,9 % bzw. 5,9 % an. Langfristig ordnen sich die osteuropäischen Länder im Ranking vor den südeuropäischen Ländern ein. Die Wirtschaft in Baden-Württemberg und Deutschland wuchs von 2013 bis 2022 durchschnittlich um jeweils 1,2 % an. Die EU-Länder verzeichneten langfristig ein Wirtschaftswachstum von 1,6 %.

Wirtschaftsstruktur

Anteile der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung insgesamt in %



Daten: 2022. – 1) 2021. – 2) Anteile der Wirtschaftsbereiche am Bruttoinlandsprodukt.

Datenquellen: Eurostat, Weltbank, Bureau of Economic Analysis, Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“.

Südwesten mit hohem Industrieanteil

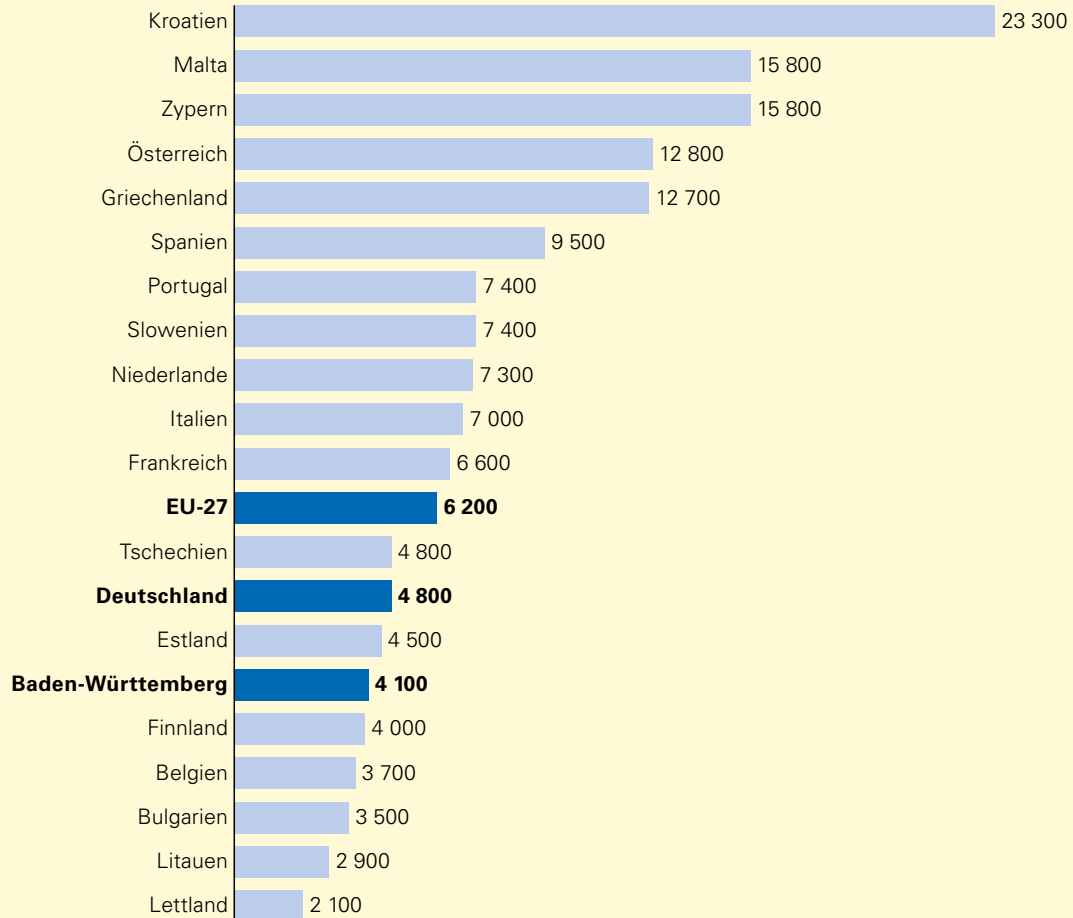
Die Wirtschaftsstruktur einer Volkswirtschaft lässt sich durch die Zusammensetzung der drei Sektoren „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“, „Dienstleistungen“ und „Produzierendes Gewerbe“ beschreiben. Ihre Anteile an der Bruttowertschöpfung (BWS) insgesamt bzw. insbesondere die der einzelnen Wirtschaftszweige, wie zum Beispiel des Verarbeitenden Gewerbes, haben in den verschiedenen Ländern unterschiedlich große Bedeutung. Dank der spezialisierten Ausrichtung, insbesondere im Fahrzeug- und Maschinenbau sowie der Elektrotechnik zeichnet sich Baden-Württemberg seit Jahren durch einen vergleichsweise hohen Industrieanteil aus: 2022 erbrachte das Verarbeitende Gewerbe allein 30,1 % der gesamten BWS. Das Produzierende Gewerbe insgesamt, einschließlich unter anderem mit dem Baugewerbe (5,8 % BWS-Anteil), hat im Südwesten einen Anteil an

der BWS von 38,3 %. Im dargestellten Ranking hat lediglich Irland einen höheren Wertschöpfungsanteil des Produzierenden Gewerbes (43,6 %). Deutschlandweit wurden 29,5 % der BWS aus dem Sektor erbracht.

Alle betrachteten Länder erwirtschafteten über die Hälfte ihrer BWS im Dienstleistungssektor. Besonders stark dienstleistungsorientiert sind Malta und Luxemburg mit jeweils über 85 % der BWS. In Baden-Württemberg liegt der Anteil bei 60,9 %. Auf den Bereich der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei entfällt in einem Großteil der Länder anteilig weniger als 5 % der BWS. Im Südwesten lag der Anteil 2022 bei 0,8 %. Im hier dargestellten internationalen Vergleich erzeugt Indien mit 18,3 % der Wertschöpfung aus diesem Sektor den mit Abstand höchsten Beitrag.

Tourismus

Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben¹⁾ je 1 000 Einwohner/-innen



Daten: 2022. Für Dänemark, Irland, Luxemburg, Ungarn, Polen, Rumänien, Slowakei und Schweden: keine Angaben. – 1) Hotels, Gasthöfe und Pensionen; Ferienunterkünfte und ähnliche Beherbergungsstätten; Campingplätze.

Datenquelle: Eurostat.

Tourismus annähernd auf Vorkrisenniveau

In vielen europäischen Ländern ist der Tourismus ein bedeutender Wirtschaftssektor, der durch die Coronapandemie besonders hart getroffen wurde. Die stark eingebrochenen Übernachtungszahlen konnten sich im Jahr 2022 deutlich erholen und überschritten in Baden-Württemberg zum ersten Mal seit 2 Jahren wieder die 45 Millionen-Grenze. Damit lagen sie im Jahr 2022 nur noch knapp 8 % unter dem Vorkrisenwert von 2019. Im Jahr 2020 musste sich der Tourismus im Land mit lediglich 28 Mill. Übernachtungen begnügen.

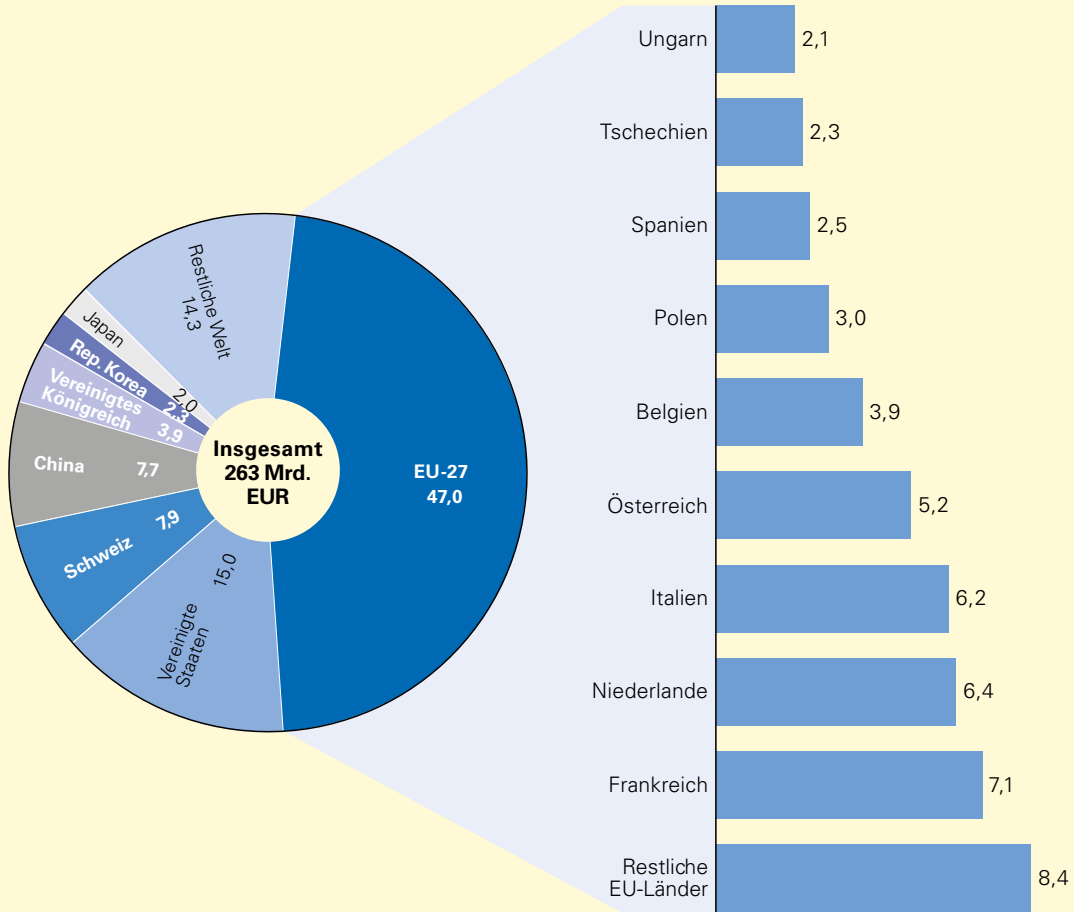
Auch innerhalb Europas stieg 2022 die Motivation zum Reisen wieder. Spitzenreiter bei den Beherbergungen war, wie schon seit Jahren, Kroatien mit rund 23 300 Übernachtungen je 1 000 Einwohnerinnen bzw. Einwohner gefolgt von Malta und Zypern (jeweils

15 800). Deutschland und Baden-Württemberg lagen EU-weit mit Werten von 4 800 bzw. 4 100 auf dem 13. beziehungsweise 15. Platz.

In Deutschland erholte sich 2022 vor allem der Inlandtourismus von der Krise. Auch im Südwesten stieg die Zahl der Übernachtungen von Gästen aus dem Inland gegenüber 2021 um knapp 11 Mill. Aus dem Ausland kamen dagegen lediglich 5 Mill. Gäste mehr. Die meisten ausländischen Besucherinnen und Besucher waren aus der Schweiz, gefolgt von den Niederlanden und Frankreich. Auf Malta, Zypern und in Kroatien betrug die Anteile ausländischer Übernachtungen jeweils über 90 %. Vor der Pandemie lagen diese bei bis zu 95 %. Auch dort machte es sich bemerkbar, dass das Reiseverhalten ins Ausland 2022 noch zurückhaltend war.

Exporte Baden-Württembergs

Anteile in % nach Bestimmungsländern



Daten: 2022, vorläufige Werte. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen möglich.
 Datenquelle: Statistisches Bundesamt.

Exporte in die USA erneut mit Spitzenwert

2022 wiesen die Ausfuhren Baden-Württembergs bereits das 2. Jahr infolge einen Rekordwert auf. Während im Vorjahr ein Wert von 221,2 Mrd. Euro zu Buche stand, konnte dieser in 2022 um 18,9 % auf 263,0 Mrd. Euro nochmals überboten werden. Auch die bundesweiten Exportwerte erhöhten sich 2022 um 14,3 % auf 1 577 Mrd. Euro, was ebenfalls einen neuen Spitzenwert bedeutete.

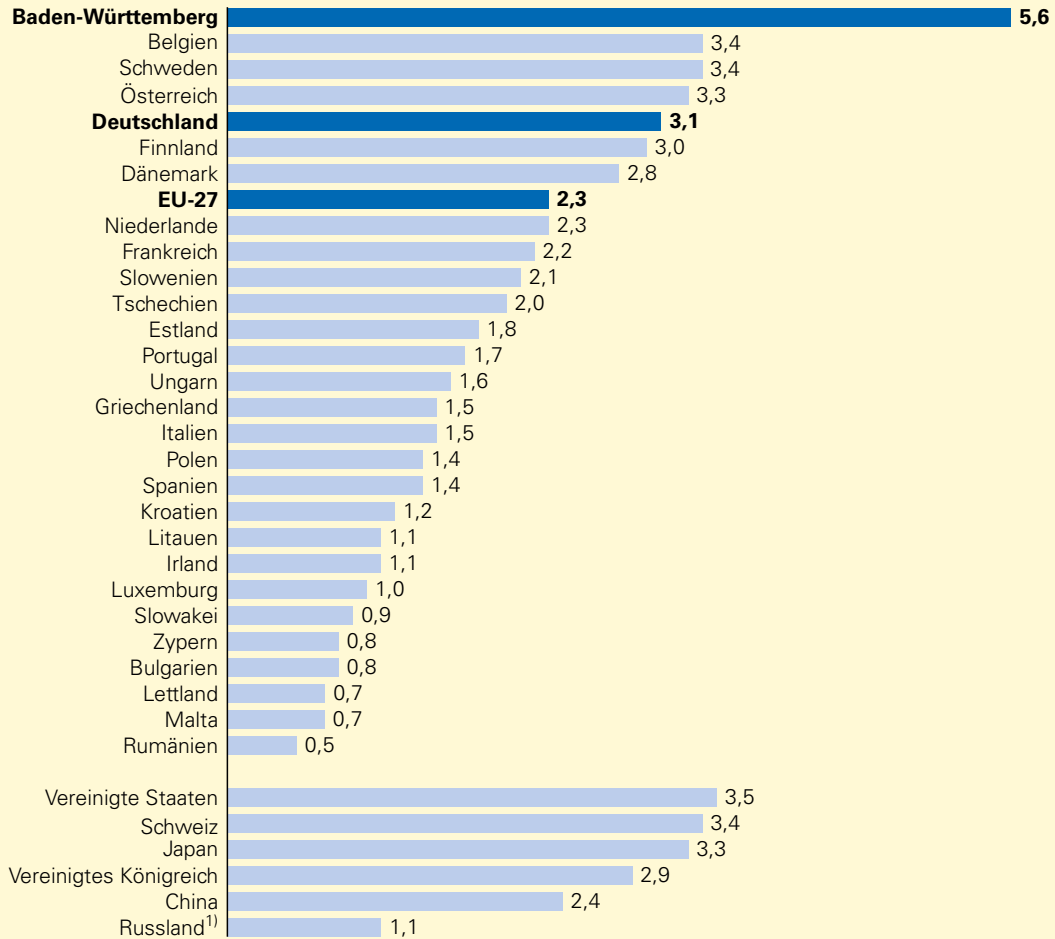
Mit allen wichtigen Handelspartnern war 2022 eine positive Ausfuhrentwicklung Baden-Württembergs gegenüber dem Vorjahr zu beobachten. Die Vereinigten Staaten bauten dabei ihren Spitzenplatz mit einem Handelsvolumen von 39,4 Mrd. Euro weiter aus. Die Schweiz und China belegten den zweiten und dritten Platz mit 20,8 bzw. 20,2 Mrd. EUR. Frankreich folgt auf Rang 4 mit 18,6 Mrd. EUR

und war damit wichtigster Handelspartner innerhalb der EU – gefolgt von den Niederlanden (16,9 Mrd. EUR), Italien (16,3 Mrd. EUR) und Österreich (13,6 Mrd. EUR).

Der Südwesten verzeichnet traditionell drei exportstarke Gütergruppen, welche 2022 zusammen 54,6 % der Gesamtausfuhren ausmachten. Dabei wiesen Kraftwagen und Kraftwagenteile das höchste Exportvolumen auf. Im Vergleich zum Vorjahr steigerte sich die Ausfuhr um 13,6 % auf 55,5 Mrd. Euro. Zur zweitwichtigsten Gütergruppe Baden-Württembergs zählten die Maschinen mit einem Ausfuhrwert von 47,0 Mrd. Euro und einem Zuwachs von 7,4 %. Den dritten Platz beim Exportwert hatten pharmazeutische Erzeugnisse inne. Die Pharma-Branche konnte einen markanten Zuwachs von 39,5 % auf 41,3 Mrd. Euro verbuchen.

FuE-Intensität

FuE-Ausgaben bezogen auf das nominale Bruttoinlandsprodukt in %



Daten: 2021 bzw. - 1) 2020.

Datenquellen: Eurostat, MSTI, Statistisches Bundesamt.

Spitzenplatz bei Forschung und Entwicklung

Baden-Württemberg ist eine der führenden Forschungsregionen in Europa. Mit seinen sehr gut ausgebauten Forschungs- und Entwicklungskapazitäten leistet der Südwesten mehr als ein Viertel der gesamtdeutschen Investitionen in Forschung und Entwicklung (FuE). Hierzulande werden 5,6 % des Bruttoinlandsprodukts in Forschung und Entwicklung investiert. Der Südwesten belegt mit dieser hohen Kennzahl im EU-weiten Vergleich unter den Mitgliedstaaten Platz 1 und international einen Platz im Spitzenfeld.

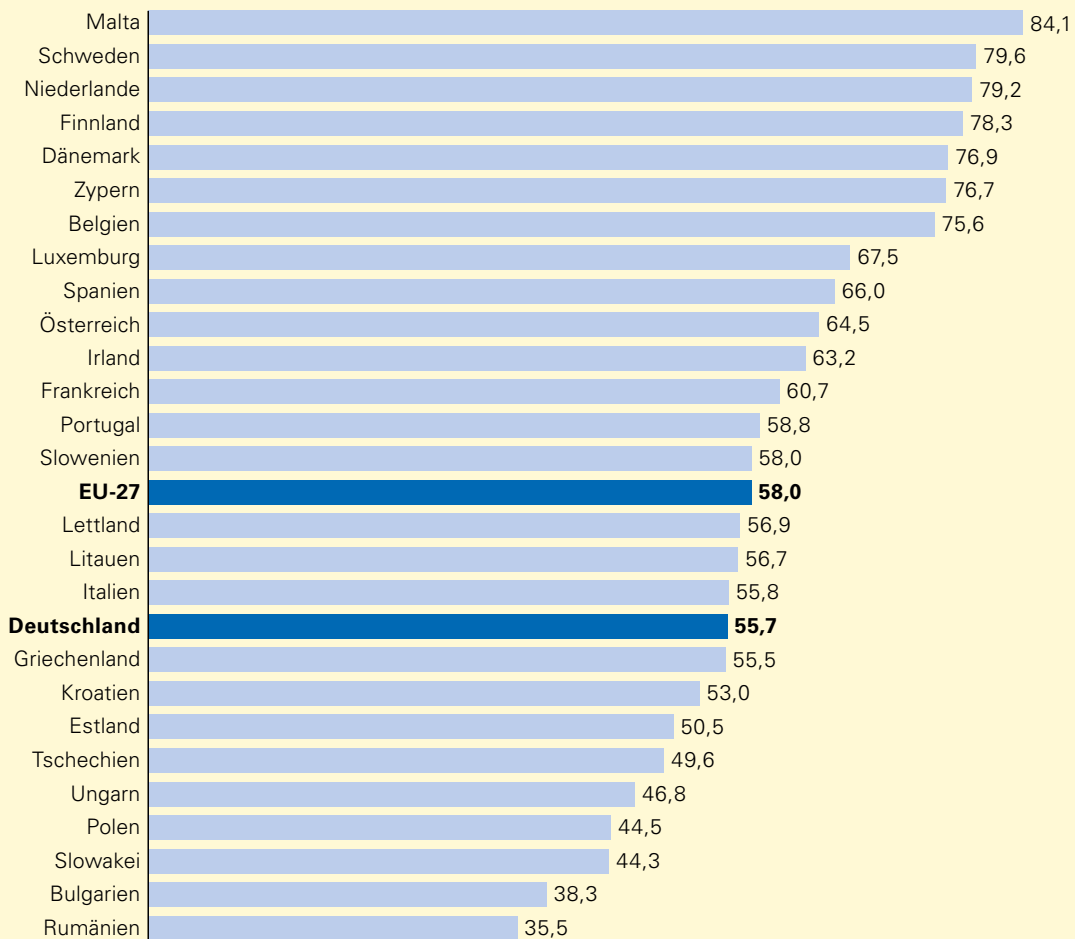
Investitionen in Forschung und Entwicklung (FuE) sind für eine Volkswirtschaft von hoher Bedeutung. Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten bilden die Ausgangsbasis für neue oder verbesserte Produkte, Dienstleistungen und Produktionsprozesse. Die wichtigste Kennzahl zur Beurteilung dieser

FuE-Aktivitäten eines Landes ist die FuE-Intensität. Zur Berechnung dieser Kennzahl werden die FuE-Ausgaben einer Region auf das nominale Bruttoinlandsprodukt der betrachteten Region bezogen.

Im Vergleich der 27 EU-Mitgliedstaaten belegte Belgien 2021 mit einer FuE-Intensität von gut 3,4 % den 1. Platz. Auf dem 2. bis 5. Platz folgten Schweden, ebenfalls mit einer FuE-Intensität von 3,4 %, Österreich (3,3 %), Deutschland (3,1 %) und Finnland (3,0 %). Dänemark lag mit 2,8 % knapp unter der angestrebten Zielmarke von 3 %. Damit hatten 2021 nur fünf der 27 EU-Länder das EU-2020 Ziel erreicht. Betrachtet man die Entwicklung in den führenden Forschungsländern der EU, so zeigte sich in Belgien im Zeitraum 2011 bis 2021 eine deutliche Steigerung dieser Kenngröße (+1,3 Prozentpunkte) hingegen in Finnland ein beachtlicher Rückgang (-0,6 Prozentpunkte).

Nutzung sozialer Medien durch Unternehmen*)

Anteile in %



Daten: 2021. – *) Unternehmen mit 10 bis 249 Beschäftigten.

Datenquellen: Eurostat.

Mehr als die Hälfte der europäischen Unternehmen nutzen soziale Medien

Soziale Medien ermöglichen es den Nutzerinnen und Nutzern, sich im Internet über digitale Medien oder Plattformen zu vernetzen und auszutauschen. Sie werden zur Kommunikation, Interaktion und zur Information verwendet.

In der Europäischen Union wurden im Jahr 2021 von über der Hälfte der Unternehmen mit mindestens zehn Beschäftigten (58 %) soziale Medien eingesetzt, und zwar hauptsächlich zur Entwicklung des Unternehmensprofils und zur Darstellung ihrer Produkte. In großen Unternehmen mit mindestens 250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern werden die sozialen Medien auch gerne bei der Einstellung von Personal verwendet.

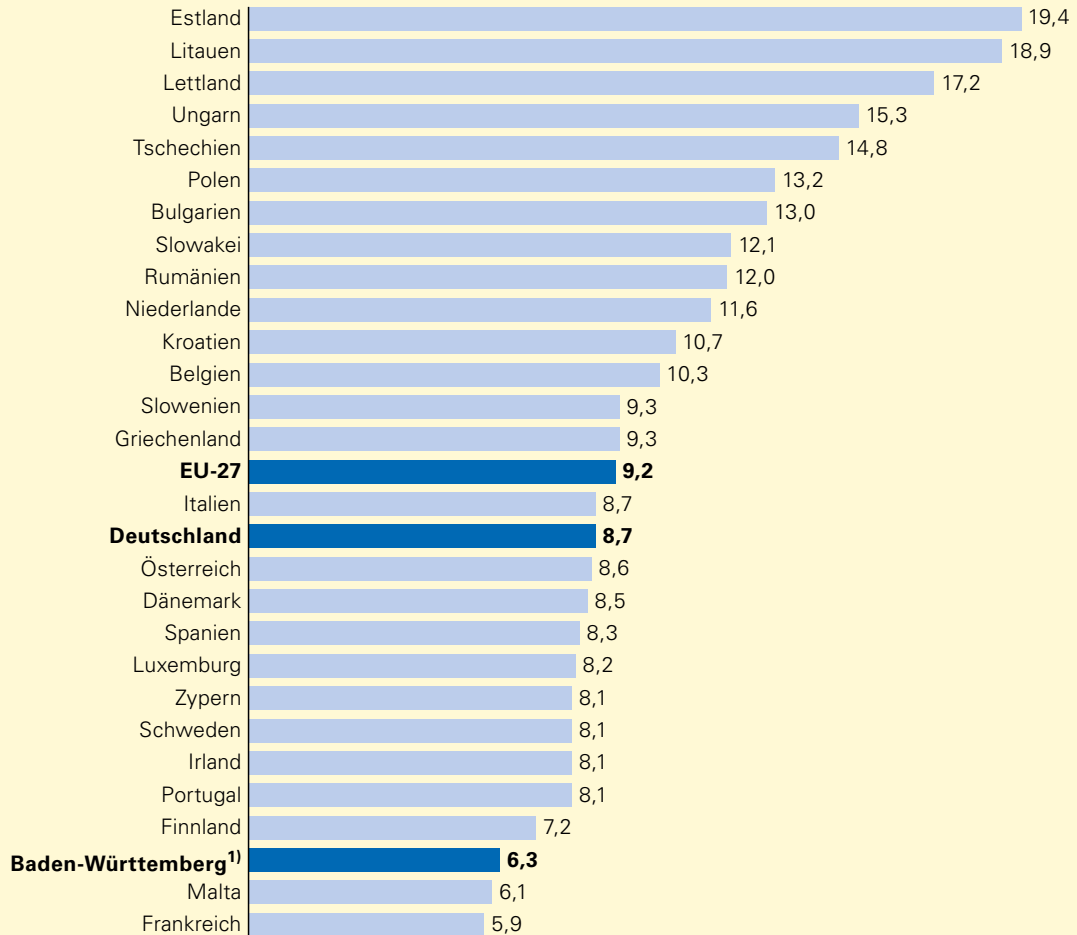
Im Vergleich der EU-Mitgliedstaaten nutzten im Jahr 2021 von den maltesischen Unternehmen mit mindestens zehn Beschäftigten 84 % soziale Medien

und damit am meisten in der EU-27. In rumänischen Unternehmen dieser Größe werden soziale Medien dagegen am wenigsten verwendet (36 %). Die deutschen Unternehmen liegen etwas unter dem europäischen Durchschnitt mit knapp 56 %. Große Unternehmen mit mindestens 250 Beschäftigten verwenden soziale Medien im beruflichen Alltag deutlich häufiger: in der EU-27 durchschnittlich 83 % und deutsche Großfirmen zu rund 85 %. Weit über dem europäischen Durchschnitt liegen schwedische (96 %) und finnische (99 %) Betriebe dieser Größe, wo die sozialen Medien fast überall genutzt werden.

Bei der Betrachtung der Wirtschaftszweige ist zu erkennen, dass in der Europäischen Union die Beherbergungsbetriebe vorrangig soziale Medien verwendeten (87 %) und Unternehmen im Verkehr und Lagerei am wenigsten (43 %).

Inflationsraten

Veränderung des harmonisierten Verbraucherpreisindex in %



Daten: 2022. – 1) Baden-Württemberg: nicht harmonisierter Verbraucherpreisindex.

Datenquellen: Eurostat, Statistische Landesamt Baden-Württemberg.

Sehr hohe Inflation in der Europäischen Union

Der harmonisierte Verbraucherpreisindex gilt als Maß für die Preisstabilität. Im Rahmen der geldpolitischen Strategie der Europäischen Zentralbank (EZB) gelten 2 % Preissteigerung als Ziel.

Während in den Jahren 2014 bis 2016 kaum nennenswerte Preissteigerungsraten in der Europäischen Union zu verzeichnen waren und in Bulgarien, Griechenland, Zypern sowie der Slowakei sogar eine Deflation festgestellt wurde, stiegen die Verbraucherpreise in der EU-27 in den Jahren 2017 bis 2021 mit einer jahresdurchschnittlichen Rate von 1,68 % an. Dies entsprach damit nahezu dem Wert für Preisstabilität der EZB (2 %).

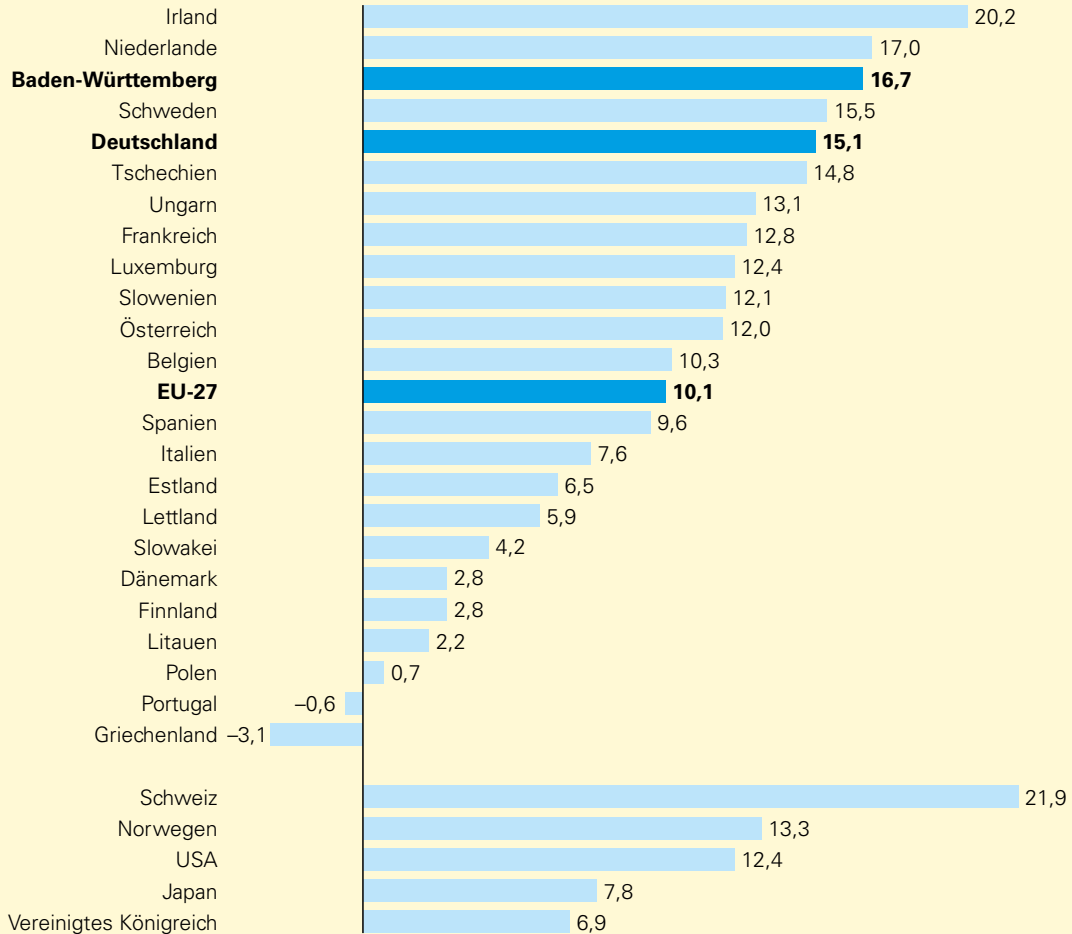
Vor allem infolge des Ukraine Konflikts lag die Inflation in der Europäischen Union im Jahr 2022 bei 9 % und

damit auf einem historischen Höchststand. In Estland (19,4 %), Litauen (18,9 %) und Lettland (17,2 %) stiegen die Verbraucherpreise dabei am stärksten, während Frankreich (5,9 %), Malta (6,1 %) und Finnland (7,2 %) die geringste Preissteigerung verzeichneten. In Deutschland stieg der harmonisierte Verbraucherpreisindex 2022 um 8,7 % und in Baden-Württemberg um 6,3 %. Ein Rückgang des Preisanstiegs auf das Stabilitätsziel der EZB ist 2023 bislang nicht absehbar.

Bei Betrachtung der einzelnen Warengruppen wurde die höchste Preissteigerung im Jahr 2022 in der EU-27 bei Elektrizität, Gas und Kohle festgestellt. Hier gab es den stärksten Anstieg in den Niederlanden und in Estland. Die Preise in den Warengruppen Milch, Käse und Eier sowie Butter sind ebenfalls stark gestiegen, am stärksten in Ungarn.

Sparquote

Anteil des Sparens am verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte in %



Daten: 2021.

Datenquellen: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“, OECD.

Sparfreudige Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger

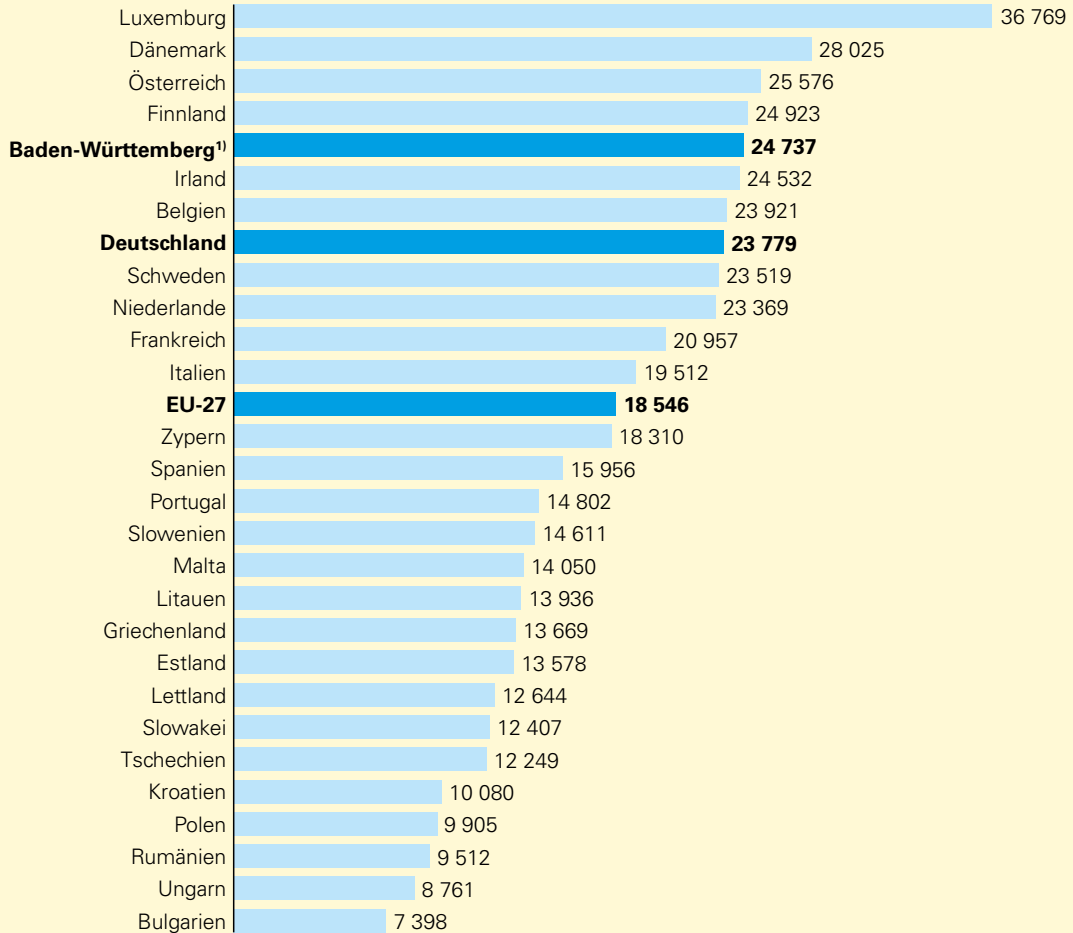
Sparen für spätere Anschaffungen oder für die Altersvorsorge sind beliebte Sparmotive privater Haushalte. Aber auch der Erwerb und die Renovierung der eigenen vier Wände oder die Kapitalanlage sind klassische Spargründe.

In Baden-Württemberg sparten die privaten Haushalte im Jahr 2021 je Einwohnerin und Einwohner im Durchschnitt rund 4 487 Euro. Die Sparquote belief sich auf 16,7 %. Von 100 Euro an Einkommen wanderten somit durchschnittlich knapp 17 Euro in den Sparstrumpf. Im bundesweiten Vergleich war der Südwesten damit 2021 das nach Bayern (16,9 %) sparfreudigste Bundesland. Auf Platz 3 bis 5 folgten Hamburg mit Sparquoten von 15,7 %, Hessen (15,6 %) und Berlin (15,5 %). Am wenigsten legten 2021 bundesweit die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern zur Seite (10,9 %).

Auch im internationalen Vergleich zeigen sich die Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger als besonders sparsam. Nur die privaten Haushalte in Irland und den Niederlanden sowie im Nicht-EU-Land Schweiz sparten mehr. Im EU-27-Durchschnitt lag die Sparquote 2021 bei 10,1 %. Insgesamt unterscheidet sich das Sparverhalten innerhalb der EU-27 erheblich, was durch institutionelle, demografische und sozioökonomische Besonderheiten begründet sein kann. So hat neben der Höhe des Einkommens beispielsweise die Altersstruktur der Bevölkerung Auswirkungen auf deren Umfang des Sparens. Aber auch die in den einzelnen Ländern getroffenen Maßnahmen im Hinblick auf die Altersrenten können das Sparen beeinflussen.

Konsumausgaben privater Haushalte*)

je Einwohner/-in in EUR



Daten: 2022. – *) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck, in jeweiligen Preisen. – 1) Geschätzt, eigene Berechnung.
Datenquellen: Eurostat, AK VGR der Länder.

24 740 Euro pro Kopf für private Konsumausgaben

Im Jahr 2022 hat jede Einwohnerin und jeder Einwohner Baden-Württembergs durchschnittlich annähernd 24 740 Euro für den privaten Konsum ausgegeben. Gegenüber 2020, als die coronabedingten Einschränkungen dazu geführt haben dürften, dass die privaten Haushalte ihr verfügbares Einkommen nicht in gewohntem Umfang ausgaben, hat sich der private Verbrauch pro Kopf 2022 somit um fast 3 130 Euro erhöht, ein Plus von knapp 15 %. War das Vor-Corona-Niveau 2019 im Jahr 2021 noch nicht wieder erreicht, lagen die Konsumausgaben 2022 mit rund 8 % plus nun deutlich darüber.

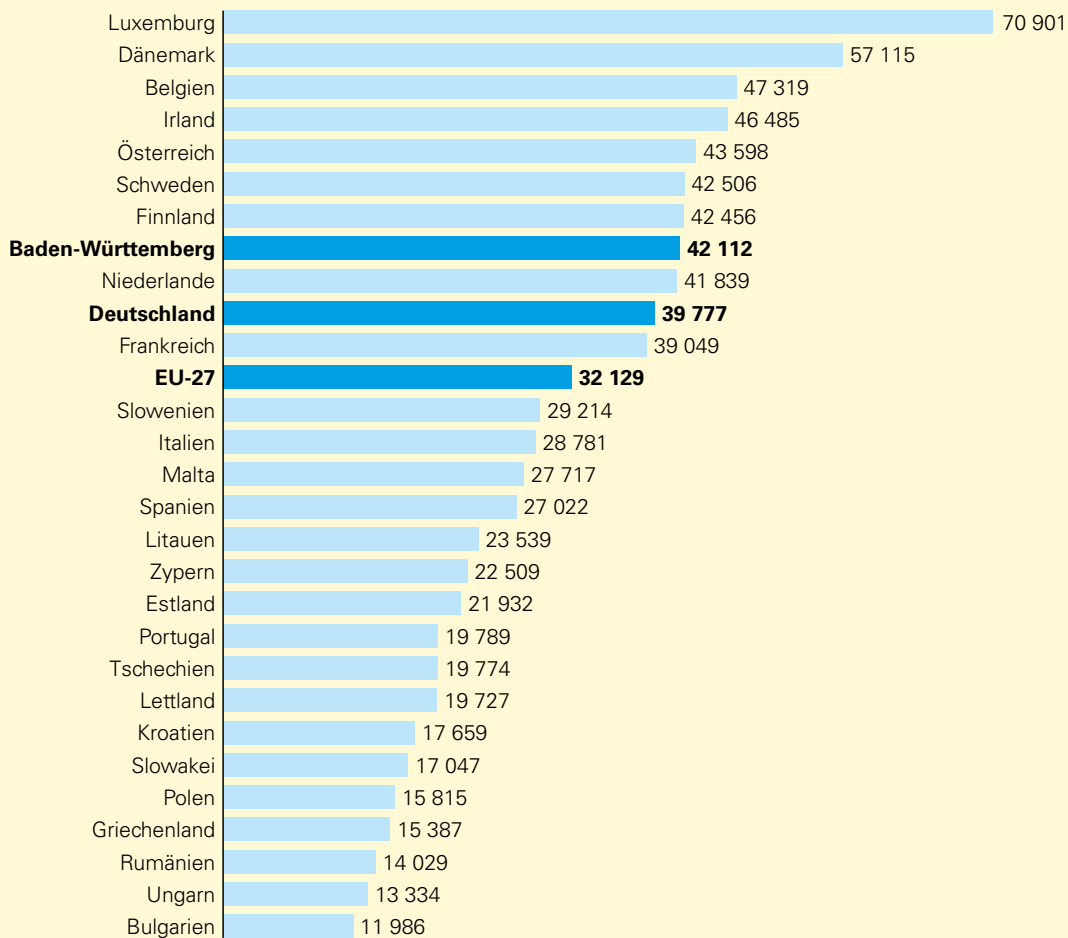
Innerhalb der Europäischen Union unterscheiden sich die privaten Konsumausgaben bezogen auf die Einwohnerinnen und Einwohner in den einzelnen Mitgliedstaaten zum Teil erheblich, wobei der Konsum wiederum wesentlich vom jeweils zur

Verfügung stehenden Einkommen abhängt.

EU-weit belief sich der private Verbrauch pro Kopf 2022 auf rund 18 550 Euro, 19,5 % mehr als 2020. Im EU-Durchschnitt haben die Bürgerinnen und Bürger also rund 6 190 Euro weniger konsumiert als in Baden-Württemberg. Deutlich höher als hierzulande lagen die Konsumausgaben 2022 dagegen in Luxemburg, bei knapp 36 770 Euro pro Kopf im Vergleich der EU-Mitgliedstaaten mit großem Abstand auf Rang 1. Auf dem 2. Platz folgt Dänemark, wo die Menschen durchschnittlich rund 28 025 Euro für Waren- und Dienstleistungskäufe ausgaben. Am unteren Ende im EU-Ranking stehen die osteuropäischen Länder Bulgarien mit lediglich knapp 7 400 Euro und Ungarn mit rund 8 760 Euro, die infolge des niedrigen Einkommensniveaus auch einen vergleichsweise geringen Pro-Kopf-Konsum aufweisen.

Bruttolöhne und -gehälter

je Arbeitnehmer/-in in EUR



Daten: 2022.

Datenquellen: Eurostat, AK VGR der Länder.

Baden-Württemberg bei Verdiensten im Spitzenfeld der EU-Mitgliedstaaten

Das Verdienstniveau bzw. die Höhe der Bruttolöhne und -gehälter bestimmen die Einkünfte aus abhängiger Beschäftigung und prägen somit im Wesentlichen das Einkommen der meisten privaten Haushalte. Regionale Verdienstunterschiede zeigen sich insbesondere beim Vergleich der durchschnittlich pro Kopf gezahlten Bruttolöhne und -gehälter.

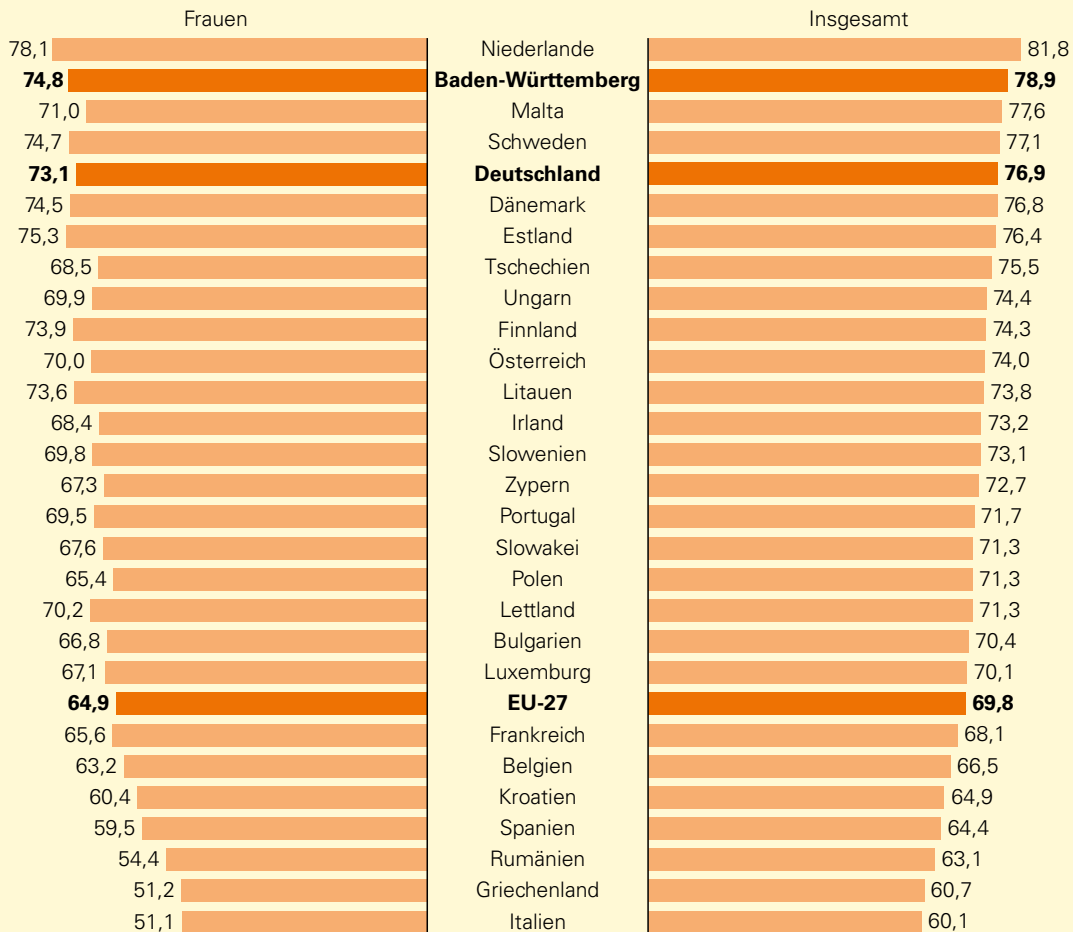
Die in Baden-Württemberg beschäftigten Arbeitnehmerinnen bzw. Arbeitnehmer verdienten im Jahr 2022 im Durchschnitt gut 42 110 Euro. Je nach Wirtschaftsbereich bestanden dabei große Unterschiede: Während zum Beispiel im Verarbeitenden Gewerbe pro Kopf fast 53 250 Euro gezahlt wurden, waren es in den Dienstleistungsbranchen – bei allerdings vergleichsweise hoher Teilzeitbeschäftigung – mit 37 855 Euro deutlich weniger.

Ebenfalls große Unterschiede weisen die Bundesländer beim durchschnittlichen Verdienstniveau auf: Hamburg (48 127 Euro) und Hessen (44 341 Euro) lagen 2022 auf den Rängen 1 bzw. 2, Baden-Württemberg 2022 an fünfter Stelle nach Bayern (42 581 Euro) und Berlin (44 154 Euro), Schlusslichter bildeten Thüringen (34 340 Euro) und Mecklenburg-Vorpommern (34 026 Euro).

Im EU-Vergleich bewegten sich die baden-württembergischen Löhne und Gehälter annähernd 10 000 Euro über dem Durchschnittswert der EU-27 im Spitzenfeld. Insgesamt betrug die Spannweite der im Durchschnitt je Arbeitnehmerin bzw. Arbeitnehmer gezahlten Bruttolöhne und -gehälter in den EU-Mitgliedstaaten rund 58 915 Euro von lediglich knapp 11 990 Euro in Bulgarien bis zu über 70 900 Euro in Luxemburg auf Rang 1 und 57 115 in Dänemark auf dem 2. Platz.

Erwerbstätigenquote

Anteil der erwerbstätigen Personen an der Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahre in %



Daten: 2022.
Datenquelle: Eurostat.

Baden-Württembergische Erwerbstätigenquote liegt über dem EU-Durchschnitt

Erwerbstätigkeit ermöglicht den Menschen ihren Lebensunterhalt zu sichern und ihre Familie zu versorgen, lässt sie am gesellschaftlichen Leben teilhaben und schafft somit Zufriedenheit und Lebensqualität.

Im Jahr 2022 waren in der Europäischen Union insgesamt über 197 Mill. Personen erwerbstätig. Gemessen an der Gesamtzahl der Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren entspricht dies einer Erwerbstätigenquote von 69,8 %. Im Vergleich der Mitgliedstaaten der Europäischen Union war die Erwerbstätigenquote im Jahr 2022 in den Niederlanden mit einem Anteil an der Bevölkerung von 81,8 % am höchsten. Deutschland lag mit einer Erwerbstätigenquote von 76,9 % auf dem vierten Platz in der EU-27 und damit weit über dem europäischen Durchschnitt. Das Schlusslicht in diesem

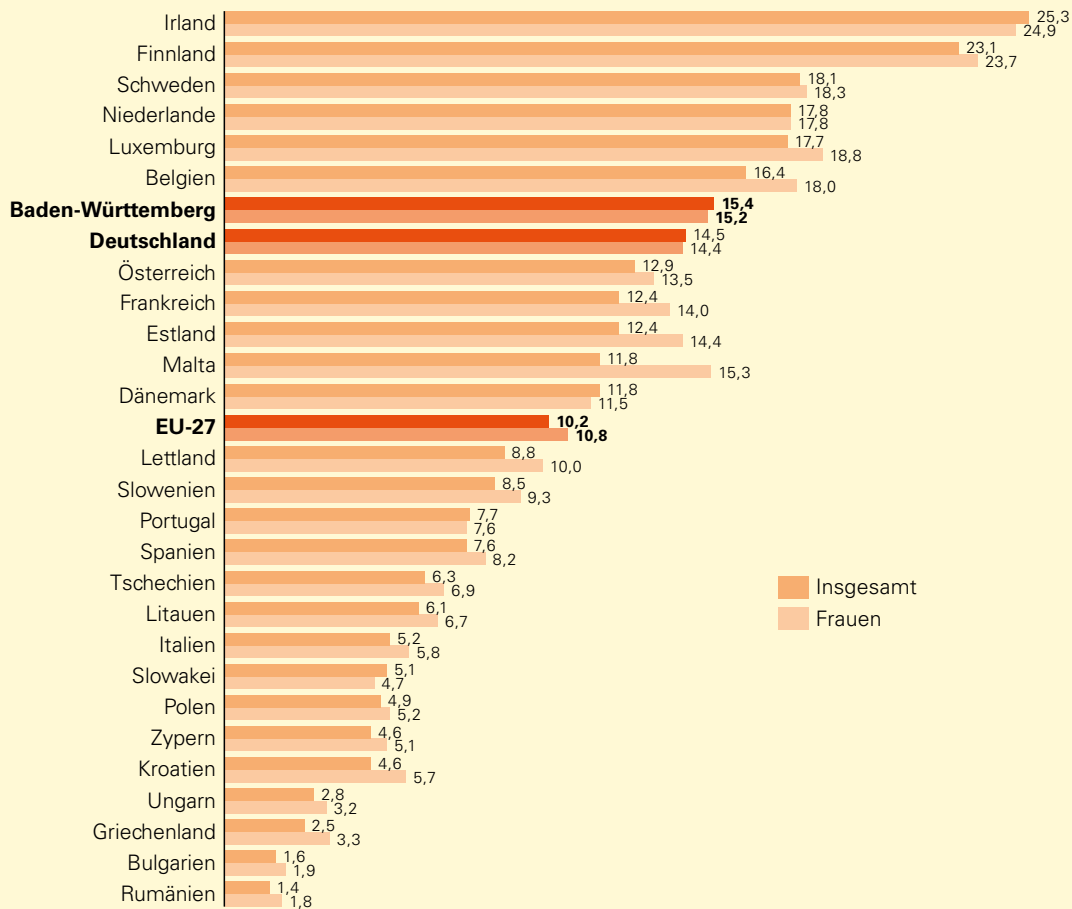
Vergleich ist Italien mit einer Erwerbstätigenquote von rund 60 %.

Die Erwerbstätigkeit von Frauen war 2022 ebenfalls in den Niederlanden mit einer Quote von knapp 78 % am höchsten. In Italien war dagegen lediglich gut die Hälfte der weiblichen Bevölkerung erwerbstätig. Die deutschen Frauen liegen mit einer Erwerbstätigenquote von gut 73 % im oberen Drittel der EU.

Im Bundesländervergleich liegt Bayern mit einer Erwerbstätigenquote von gut 80 % an der Spitze gefolgt von Sachsen (79,1 %) und Baden-Württemberg an dritter Stelle (78,9 %). Bei der Erwerbstätigkeit von Frauen war die Quote in den neuen Bundesländern Brandenburg und Sachsen mit jeweils 76,4 % am höchsten und in Bremen mit etwa 10 Prozentpunkten weniger (66,5 %) am niedrigsten.

Erwerbstätige im Alter von 15 bis 64 Jahren, die regelmäßig*) von zu Hause arbeiten

in % der Erwerbstätigen dieser Altersgruppe



Daten: 2022. – *) Täglich oder mehr als die Hälfte der Arbeitszeit.

Datenquellen: Eurostat, Statistisches Bundesamt.

Homeoffice ist in der Corona-Krise für viele tägliche Realität geworden

Das Homeoffice hat in der Gesellschaft in den letzten Jahren und besonders seit der Corona-Krise stark an Bedeutung gewonnen. Im Corona-Jahr 2020 stieg in Deutschland der Anteil der Erwerbstätigen zwischen 15 und 64 Jahren, die regelmäßig das Homeoffice nutzten, von 5,2 % im Jahr 2019 um beachtliche 8,2 Prozentpunkte auf 13,4 %. Seitdem ist die Zahl um weitere 1,1 Prozentpunkte auf 14,5 % im Jahr 2022 gestiegen. In Baden-Württemberg lag der Anteil 2022 knapp über dem Bundesdurchschnitt bei 15,4 % und verzeichnete damit einen Anstieg von 10 Prozentpunkten seit 2019 (5,4 %).

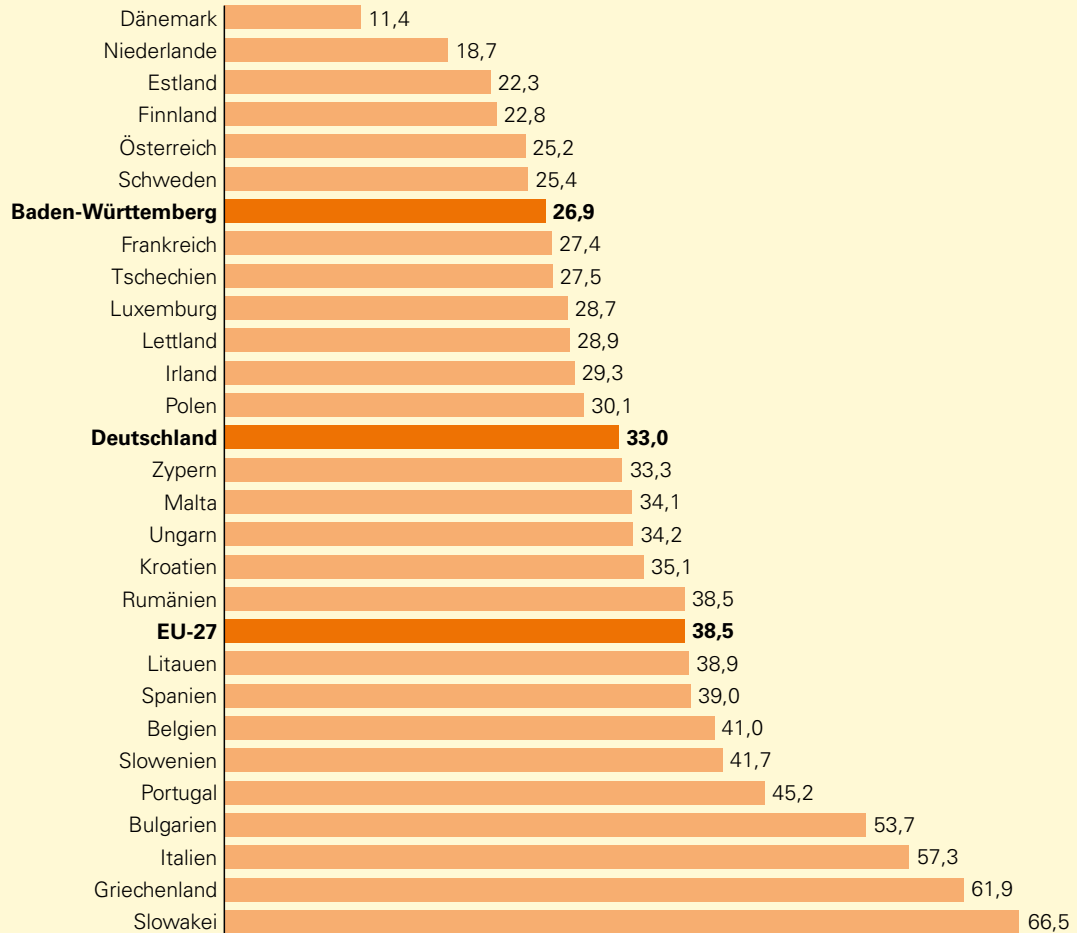
EU-weit hatten in Irland 2022 die meisten Erwerbstätigen ihren Arbeitsplatz für mehr als die Hälfte der Arbeitszeit nach Hause verlagert. Mit einem Anteil von 25,3 % stand Irland an der Spitze des

EU-Rankings. Finnland lag nur knapp darunter und belegte mit 23,1 % den zweiten Rang. Deutschland reihte sich unter den EU-Staaten auf Rang 8, während der Südwesten im EU-Vergleich den siebten Platz einnehmen würde. In den osteuropäischen Ländern Bulgarien und Rumänien arbeiteten dagegen weniger als 2 % der Erwerbstätigen zwischen 15 und 64 Jahren überwiegend von zu Hause.

In den 27 Mitgliedstaaten der europäischen Union arbeiteten 2022 durchschnittlich mehr Frauen als Männer im Homeoffice. Der Anteil der Frauen (10,8 %), die überwiegend von zu Hause arbeiten, überstieg den Anteil der Männer (9,6 %) um 1,2 Prozentpunkte. Nur in Dänemark, der Slowakei, Portugal, Deutschland und den Niederlanden nutzten etwas mehr Männer als Frauen das Homeoffice.

Langzeiterwerbslosigkeit

Anteil der Langzeiterwerbslosen an den Erwerbslosen insgesamt in %



Daten: 2022.
Datenquelle: Eurostat.

Langzeiterwerbslosigkeit in Baden-Württemberg deutlich rückläufig

Personen, die seit einem Jahr oder länger ohne Arbeit sind, gelten als langzeiterwerbslos. Mit fort-dauernder Erwerbslosigkeit sinkt die Chance, eine Anstellung auf dem ersten Arbeitsmarkt zu erhalten. Dabei stellt Langzeiterwerbslosigkeit bereits an sich ein Vermittlungshemmnis dar. Ein Handlungsfeld der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik besteht daher darin, den Betroffenen die Wiedereingliederung ins Erwerbsleben zu ermöglichen.

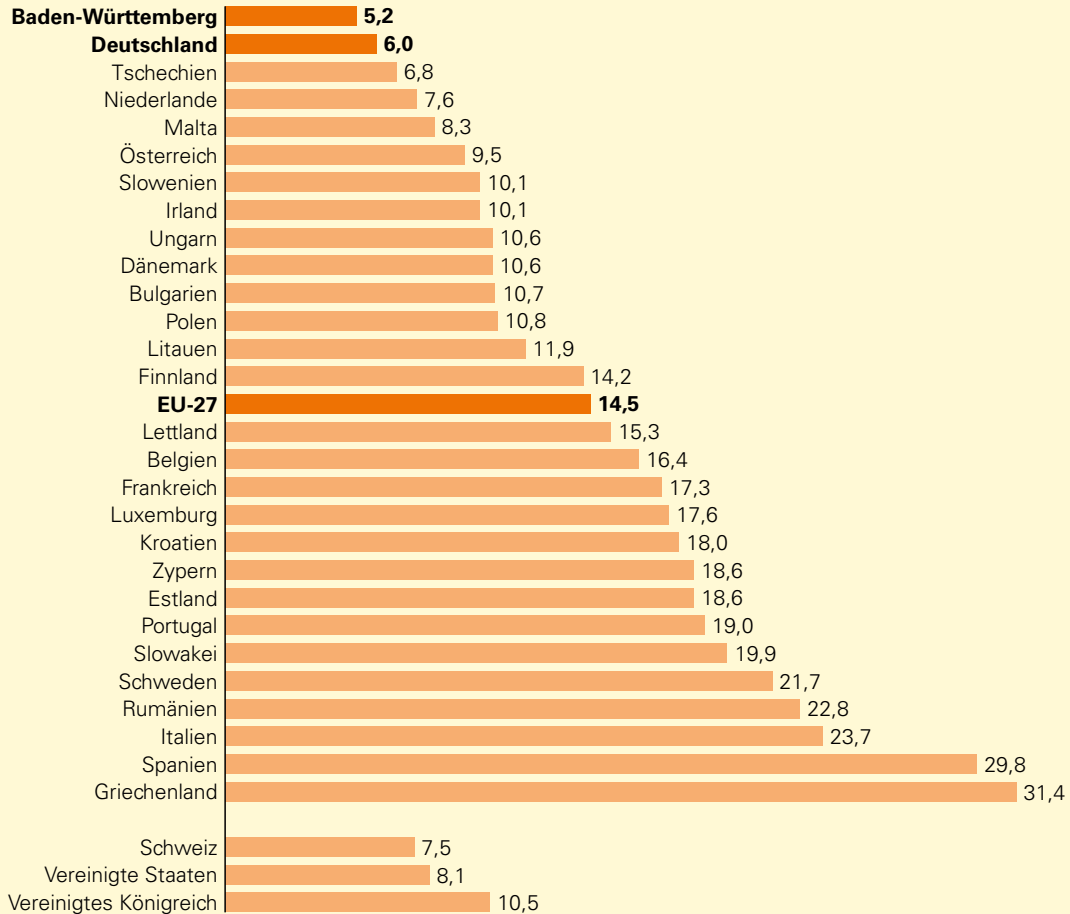
2022 sank die Zahl der Langzeiterwerbslosen in der EU zum Vorjahr auf 5,1 Mill. (-12,9 %). Zuwächse gab es laut EU-Arbeitskräfteerhebung lediglich in Rumänien, der Slowakei und Malta. Mit einem Minus von 908 800 Personen bzw. 15,1 % gegenüber 2019 wurde in der EU, anders als in Baden-Württemberg (+8 400; +23,9 %), erstmalig das Vor-Corona-Niveau unterschritten. Zum Vorjahr fiel die

Zahl der Langzeiterwerbslosen 2022 im Südwesten jedoch überdurchschnittlich um fast ein Fünftel (-19,3 %) auf 43 600. Dies entsprach einem Anteil von 26,9 % an den Erwerbslosen insgesamt und damit dem 7. Platz im EU-Ranking, weit unterhalb des EU-Durchschnitts von 38,5 %. Auch bundesweit lag der Anteil der Langzeiterwerbslosigkeit mit 33,0 % unter dem EU-Wert, allerdings über 6 Prozentpunkte höher als in Baden-Württemberg. Nach Bayern (24,5 %) wurde hier unter allen Bundesländern der niedrigste Langzeiterwerbslosenanteil beobachtet.

In der Slowakei waren 2022 mit dem EU-Höchstwert von 66,5 % fast zwei Drittel der Erwerbslosen seit einem Jahr oder länger ohne Arbeit. Dänemark und die Niederlande waren mit Quoten von 11,4 % und 18,7 % am wenigsten von Langzeiterwerbslosigkeit betroffen.

Jugenderwerbslosenquote

Anteil der Erwerbslosen im Alter von 15 bis unter 25 Jahren
an den Erwerbspersonen dieser Altersgruppe in %



Daten: 2022.

Datenquellen: Eurostat; OECD (Vereinigte Staaten, Vereinigtes Königreich).

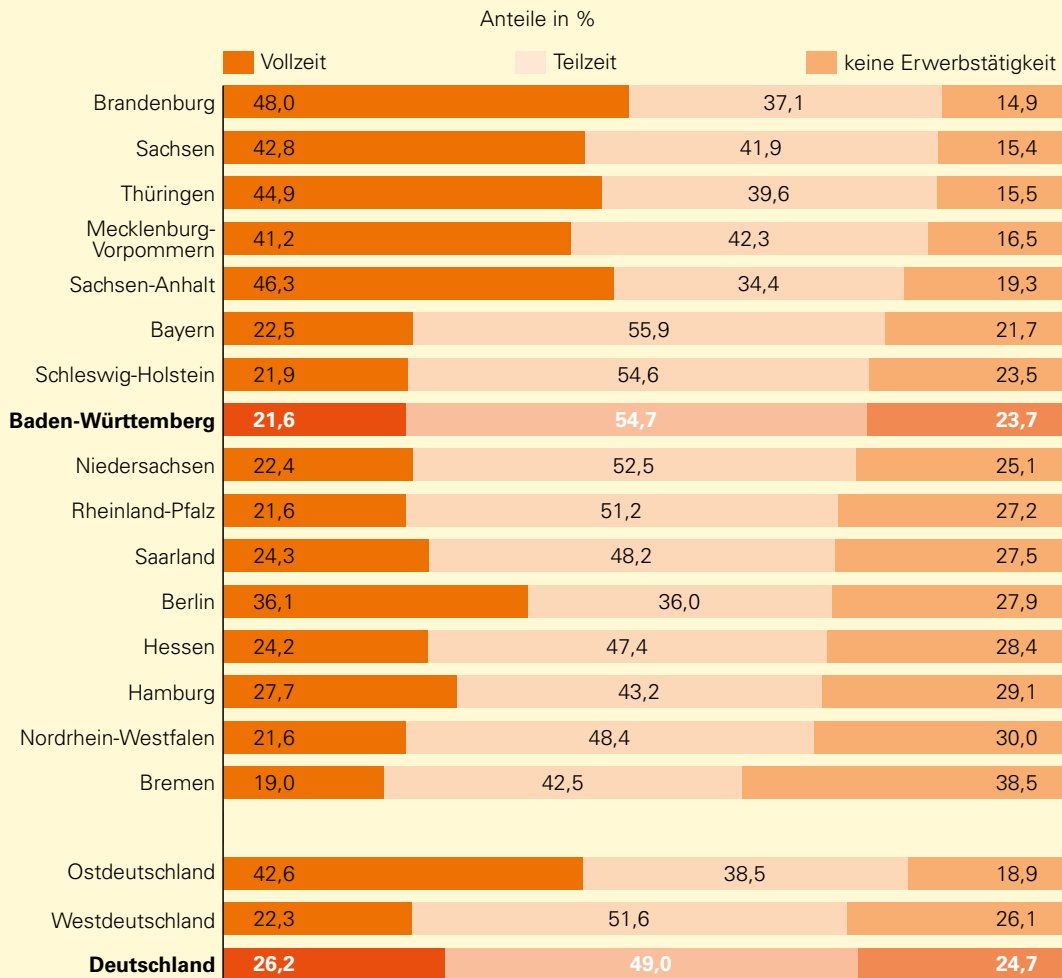
Junge Menschen in Baden-Württemberg EU-weit am geringsten von Erwerbslosigkeit betroffen

Mit 33 900 Menschen im Alter von 15 bis unter 25 Jahren waren 2022 in Baden-Württemberg 4 600 bzw. 11,9 % weniger Jugendliche erwerbslos als im Vorjahr. Innerhalb der EU entsprach dies mit 5,2 % abermals der niedrigsten Jugendberwerbslosenquote. Damit lag der Südwesten auch unter dem bundesweiten Durchschnitt von 6,0 %. Fast drei Mal so hoch wie in Baden-Württemberg lag die Quote im Durchschnitt aller EU-Länder (14,5 %). Nichtsdestotrotz sank die Zahl der jungen erwerbslosen Menschen 2022 gegenüber dem Vorjahr auch in der Europäischen Union insgesamt um 8,7 % auf 2,8 Mill. In acht der 27 Mitgliedstaaten reduzierte sich die Zahl zum Vorjahr nicht. Nachdem das Vor-Corona-Niveau von 2019 im Jahr 2021 in 23 EU-Staaten überschritten worden war, war dies 2022 noch in 17 Ländern der Fall.

Mit 14,5 % lag die EU-Jugenderwerbslosenquote auch im Jahr 2022 nicht nur bedeutend höher als der Anteil in Baden-Württemberg und Deutschland, sondern betrug zudem mehr als das Doppelte des Durchschnitts aller Altersgruppen (6,2 %). Vergleichsweise schwierig blieb der Berufseinstieg primär in den süd-europäischen Regionen, allerdings mit abnehmenden Quoten zum Vorjahr. So verzeichnete Griechenland mit 31,4 % die höchste Jugendberwerbslosenquote innerhalb der EU. In Spanien (29,8 %) und Italien (23,7 %) suchten 2022 ebenfalls viele junge Menschen vergebens einen Arbeitsplatz.

In der Bundesrepublik hatte Baden-Württemberg 2022 mit 5,2 % die niedrigste Jugendberwerbslosenquote hinter Bayern (4,2 %).

Erwerbstätigkeit von Müttern *)



Daten: 2022; Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen. – *) Mütter mit mindestens einem minderjährigen Kind 2022.
Datenquelle: Destatis.

Gut drei Viertel der Mütter im Südwesten sind erwerbstätig

In Baden-Württemberg lebten im Jahr 2022 insgesamt knapp 1,12 Mill. Mütter mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren (kurz: Mütter). Gut drei Viertel davon waren erwerbstätig. Gegenüber dem Vorjahr (74,3 %) ist ihr Anteil im Südwesten um 2 Prozentpunkte auf 76,3 % gestiegen. Bundesweit stieg die Erwerbstätigkeit der Mütter im Vergleich zum Vorjahr um 0,8 Prozentpunkte auf 75,3 %. Innerhalb der Bundesrepublik lag die Bandbreite der Erwerbstätigenquoten von Müttern 2022 zwischen 61,5 % in Bremen und 85,1 % in Brandenburg, wobei große Ost-West-Unterschiede zu beobachten sind. In Ostdeutschland gehen Mütter deutlich häufiger einer Erwerbstätigkeit nach.

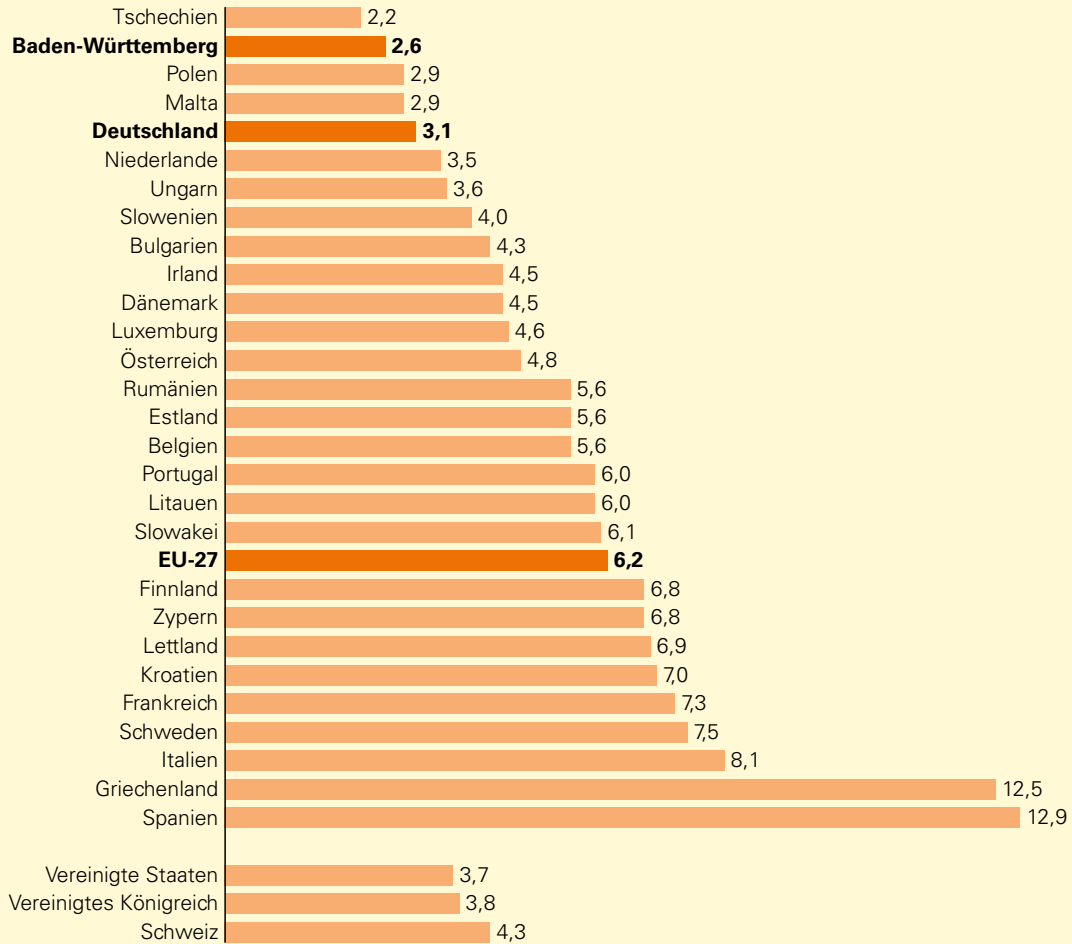
Deutschlandweit arbeitete 2022 fast die Hälfte der Mütter in Teilzeit (49,0 %). Die Vollzeit-erwerbstätigenquote der Mütter wuchs gegenüber dem Vorjahr

um 0,6 %, während die Teilzeiterwerbstätigenquote im gleichen Zeitraum mit einem Zuwachs um 0,1 Prozentpunkte nahezu konstant blieb. 2022 ging in Deutschland fast ein Viertel der Mütter (24,7 %) keiner Erwerbstätigkeit nach, im Vorjahr lag diese Quote noch um 0,8 Prozentpunkte höher.

Auch im Hinblick auf den Arbeitsumfang der Mütter zeigte sich 2022 weiterhin ein großes Ost-West-Gefälle. In Ostdeutschland einschließlich Berlin betrug die Vollzeiterwerbstätigenquote von Müttern 42,6 %, während in Westdeutschland nur gut jede fünfte Mutter einer Erwerbstätigkeit in Vollzeit nachging (22,3 %). Nach Bayern (55,9 %) konnte Baden-Württemberg 2022 mit 54,7 % deutschlandweit die zweithöchste Teilzeiterwerbstätigenquote der Mütter vorweisen.

Erwerbslosenquote

Anteil der Erwerbslosen im Alter von 15 bis unter 75 Jahren an den Erwerbspersonen dieser Altersgruppe in %



Daten: 2022.

Datenquellen: Eurostat; OECD (Vereinigte Staaten, Vereinigtes Königreich).

2022: Erwerbslosigkeit niedriger als im Vorjahr, aber weiter über Vor-Corona-Niveau

Erwerbslosigkeit kann sich nicht nur negativ auf die finanzielle und die psychosoziale Lage der betroffenen Personen auswirken, sondern darüber hinaus auch weitere gesamtgesellschaftliche Folgen haben. Die Erwerbslosenzahlen im europäischen Vergleich beruhen auf Ergebnissen der EU-Arbeitskräfteerhebung und unterscheiden sich methodisch von den Arbeitslosenzahlen der Bundesagentur für Arbeit.

2022 gab es in Baden-Württemberg 162 000 erwerbslose Personen im Alter von 15 bis unter 75 Jahren und damit zwar 30 900 bzw. 16,0 % weniger als im Vorjahr, doch immer noch mehr als 2019 vor Ausbruch der Corona-Pandemie (+12,0 %). Ähnlich entwickelte sich im Südwesten somit auch die Erwerbslosenquote, das heißt der Anteil der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen insgesamt: Gegenüber

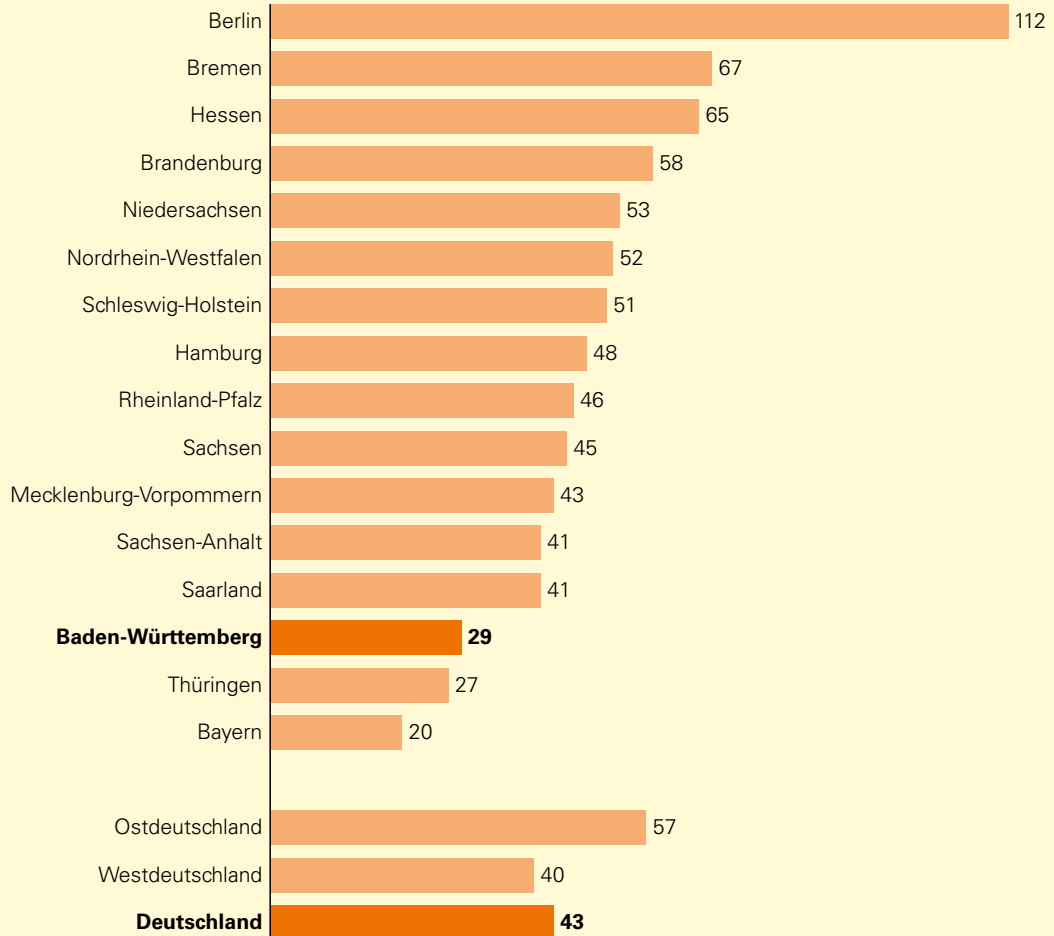
dem Vorjahr sank diese um 0,6 Prozentpunkte auf 2,6 % (+0,2 Prozentpunkte gegenüber 2019).

Mit 2,2 % war Tschechien auch 2022 der einzige der 27 EU-Staaten, der eine niedrigere Quote als Baden-Württemberg verzeichnete. EU-weit waren fast 13,3 Mill. Menschen ohne Arbeit, 1,7 Mill. bzw. 11,3 % weniger als im Vorjahr. Dies entsprach einer Erwerbslosenquote von 6,2 % (Deutschland: 3,1 %). Innerhalb der EU reichte die Spannweite von 2,2 % in Tschechien bis 12,9 % in Spanien.

Bayern war mit 2,3 %, gefolgt von Baden-Württemberg, das Bundesland mit der niedrigsten Erwerbslosenquote. Am höchsten lag diese in den Stadtstaaten Bremen und Berlin (5,4 % bzw. 4,8 %) sowie in Sachsen-Anhalt (4,0 %).

Bewerber-Stellen-Relation

Auf 100 unbesetzte Berufsausbildungsstellen kommen ... unversorgte Bewerberinnen und Bewerber



Daten: Oktober 2022 bis August 2023.
Datenquellen: Bundesagentur für Arbeit.

Fachkräfte verzweifelt gesucht – Bewerbermarkt in der Ausbildung

Der Arbeitskräftemangel betrifft auch den Ausbildungsmarkt. Während die Chancen für Suchende, einen Ausbildungsplatz zu erhalten, sehr günstig stehen, kämpfen Unternehmen mit enormen Schwierigkeiten, die zur Verfügung stehenden Stellen zu besetzen.

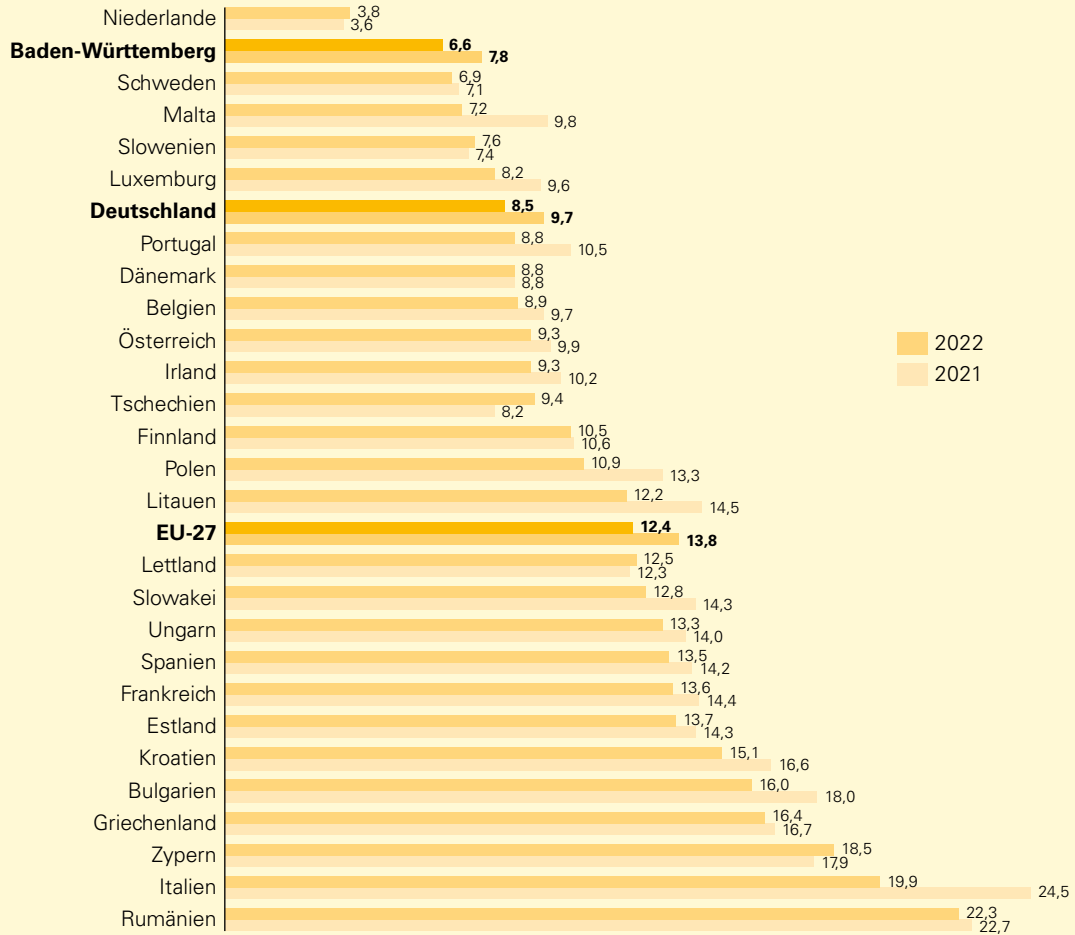
Die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber, die für Herbst 2023 eine Ausbildung in Baden-Württemberg anstreben und sich dafür ab Oktober 2022 bis August dieses Jahres bei der Arbeitsagentur und dem Jobcenter gemeldet haben, ist im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 1 143 bzw. 2,3 % leicht gestiegen. Die Zahl der angebotenen Berufsausbildungsstellen blieb dagegen nahezu konstant (-0,1 %). Im Südwesten standen den 28 741 unbesetzten Ausbildungsstellen nur 8 344 unversorgte Bewerberinnen und Bewerber gegenüber. Damit

kamen hier auf 100 unbesetzte Berufsausbildungsstellen lediglich 29 unversorgte Bewerberinnen und Bewerber; im August 2022 war die Relation mit dem Faktor 30 nur geringfügig höher ausgefallen.

Bundesweit lag die Angebots-Nachfrage-Relation bei 43 Bewerberinnen und Bewerbern je 100 unbesetzte Stellen. Mit Ausnahme von Berlin waren in allen Bundesländern deutlich mehr unbesetzte betriebliche Ausbildungsstellen als Bewerberinnen und Bewerber gemeldet. Das Verhältnis war in Bayern mit 20 Bewerberinnen und Bewerbern auf 100 Stellen für die Unternehmen am problematischsten, gefolgt von Thüringen mit 27 und Baden-Württemberg mit 29. Im Gegensatz dazu fehlten einzig in Berlin betriebliche Ausbildungsstellen, dort kamen auf 100 unbesetzte Berufsausbildungsstellen 112 unversorgte Bewerberinnen und Bewerber.

NEET-Rate

Anteil an der altersgleichen Bevölkerung in %



Daten: 2021 bis 2022.
Datenquelle: Eurostat.

NEET-Rate: Indikator für den Start ins Berufsleben

Die Abkürzung NEET steht für „Neither in Education nor Employment or Training“ und beschreibt den Anteil junger Erwachsener, die weder in Aus- und Weiterbildung noch erwerbstätig sind, an der altersgleichen Bevölkerung.

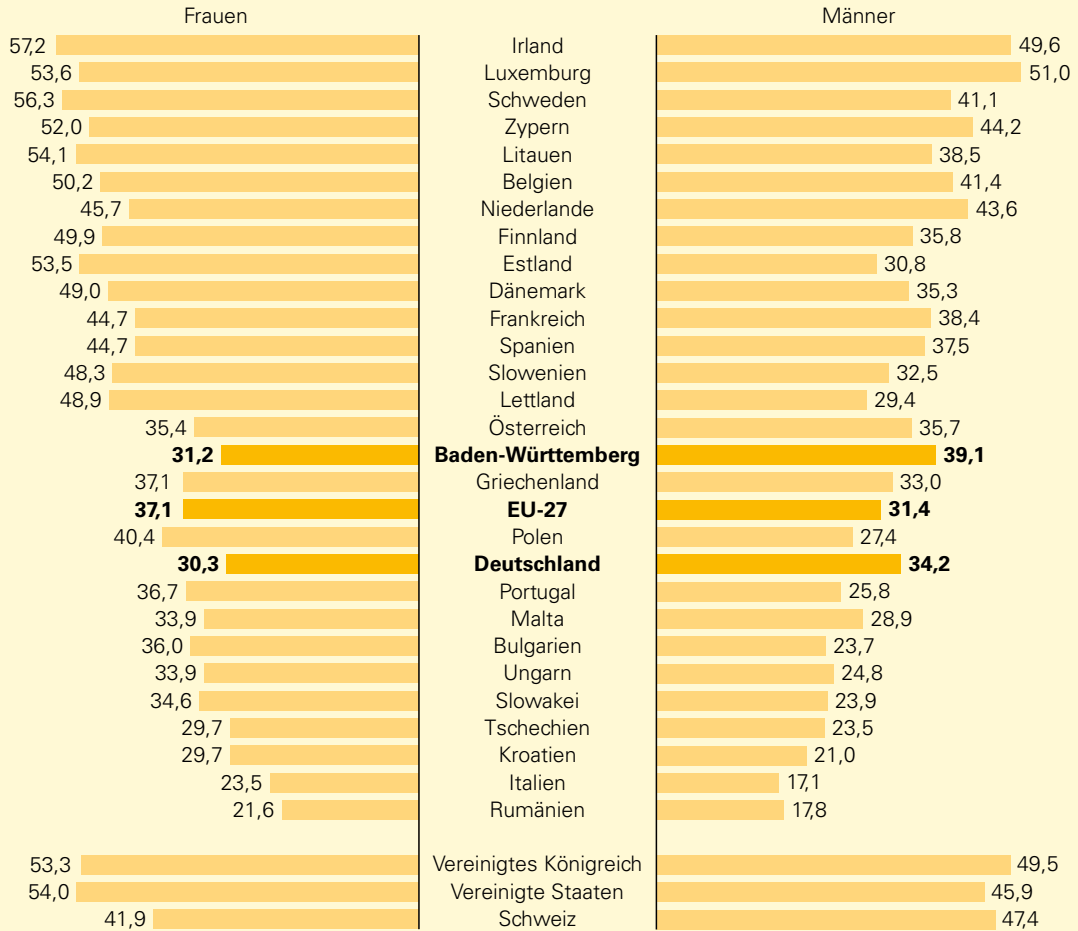
Mit 6,6 % lag die NEET-Rate in Baden-Württemberg bei den 18- bis unter 25-Jährigen im Jahr 2022 knapp 2 Prozentpunkte unter dem bundesweiten Durchschnitt von 8,5 % und war damit auch nur gut halb so groß wie der EU-Durchschnitt von 12,4 %. Im Vergleich mit den EU-Mitgliedstaaten belegte der Südwesten damit den zweiten Platz. Bessere Chancen für einen guten Einstieg ins Erwerbsleben hatten junge Menschen nur in den Niederlanden, wo die NEET-Rate lediglich 3,8 % betrug. Mit 22,3 % und 19,9 % waren die Aussichten auf einen guten Start ins Berufsleben innerhalb der EU in Rumänien und Italien am schlech-

testen. Nachdem die NEET-Anteile im Coronajahr 2020 in fast allen Mitgliedstaaten angestiegen waren, konnten im Jahr 2021 bereits 17 Länder wieder einen Rückgang gegenüber dem Vorjahr vorweisen. Daraufhin sanken diese 2022 in 21 Ländern erneut. Allerdings lagen die NEET-Raten 2022 in acht Ländern, unter anderem auch in Deutschland, immer noch über dem Vor-Corona-Niveau von 2019.

Im EU-Durchschnitt lag die NEET-Rate der jungen Männer um 0,3 Prozentpunkte unter der von jungen Frauen. Nicht nur in Baden-Württemberg, sondern auch in zwölf der 27 EU-Staaten, darunter Deutschland, waren die Chancen für junge Männer vorteilhafter. Andererseits waren in 15 Ländern die Perspektiven für junge Frauen günstiger. Besonders in Estland und Belgien lag die NEET-Rate der jungen Frauen unter jener der jungen Männer (-8,6 bzw. -3,0 Prozentpunkte).

Hochqualifizierte

Bevölkerung im Alter von 25 bis unter 65 Jahren mit einem Hochschulabschluss in %



Daten: 2022. – Die Reihung ist orientiert nach dem Anteil an den Hochqualifizierten insgesamt.
 Datenquelle: Eurostat.

Gut ein Drittel der EU-Bevölkerung mit akademischem Abschluss

Ein hoher Bildungsgrad in der Bevölkerung gilt als Schlüsselfaktor für wirtschaftliches Wachstum, Fortschritt und Innovation. Im Hinblick auf die zunehmende Globalisierung, Digitalisierung und geforderte Dekarbonisierung der Arbeits- und Lebenswelt ist es wichtig, einen weiterhin steigenden Bedarf an hochqualifizierten Fachkräften in der Gesellschaft zu decken.

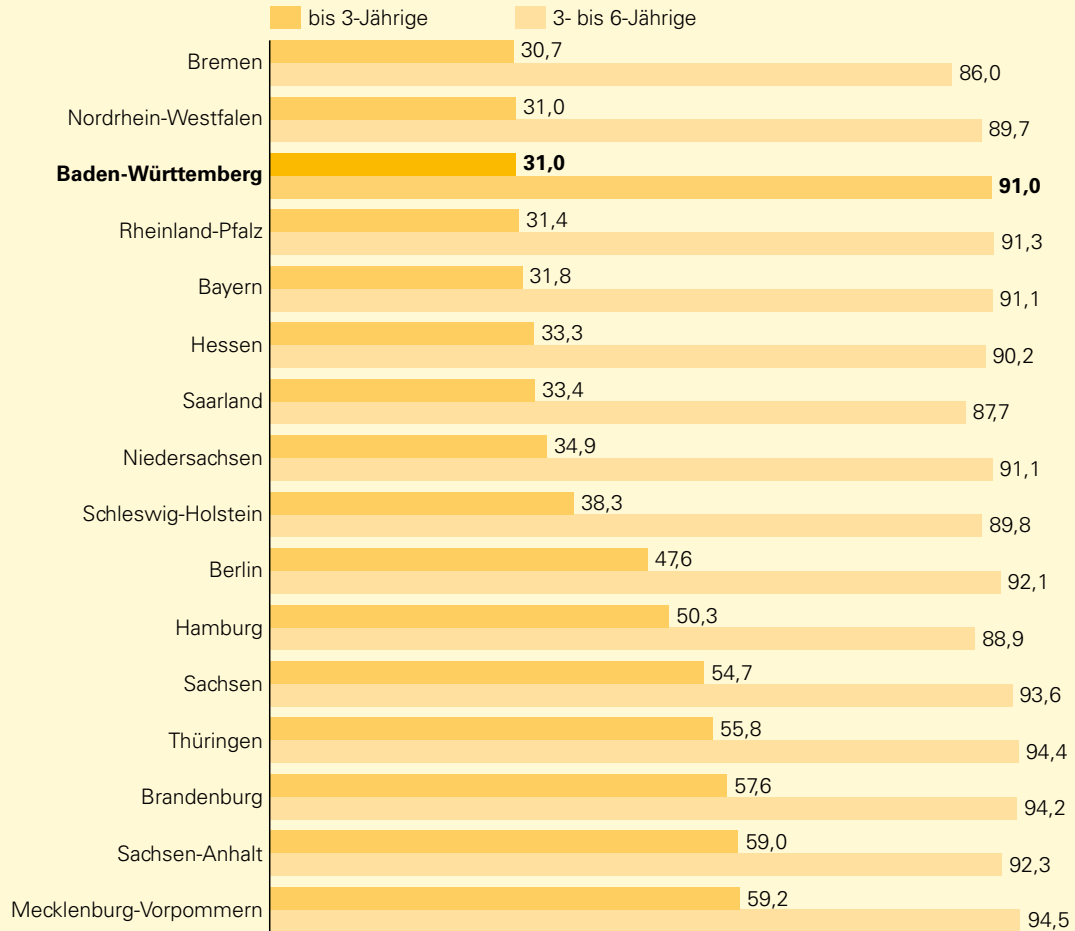
Der Anteil der Menschen mit tertiärem Bildungsabschluss ist in der Europäischen Union in allen Mitgliedstaaten insgesamt deutlich gestiegen. Hatte 2012 EU-weit gut ein Viertel der Bevölkerung (26,2 %) im Alter von 25 bis unter 65 Jahren einen hohen Bildungsabschluss, vergrößerte sich der Anteil bis 2022 bereits auf über ein Drittel (34,3 %). Baden-Württemberg lag dabei im Jahr 2022 mit einer Quote von 35,2 % nur geringfügig über dem Durchschnitt der EU, im bundesdeutschen Vergleich hinter Berlin

(48,7 %) und Hamburg (38,1 %) auf Platz 3. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die nicht als hochqualifiziert geltende berufliche (duale) Ausbildung in Deutschland eine wichtigere Rolle spielt als in vielen anderen EU-Staaten. Den EU-weit höchsten Anteil an Hochqualifizierten erreichte im Jahr 2022 Irland mit 53,5 %, gefolgt von Luxemburg mit 52,3 %. Die Schlusslichter bildeten Rumänien und Italien mit Anteilen von 19,7 % und 20,3 %.

Mit Ausnahme von Deutschland und Österreich konnten Frauen in allen Mitgliedstaaten ein höheres Bildungsniveau vorweisen als Männer. Im Durchschnitt der EU lag der Anteil der hochqualifizierten Frauen 2022 um 5,7 Prozentpunkte über dem der männlichen Bevölkerung. Dagegen übertraf die Quote der hochqualifizierten Männer die der Frauen in Deutschland um 3,9 und in Baden-Württemberg sogar um 7,9 Prozentpunkte.

Betreuungsquote

Anteil der betreuten Kinder an allen Kindern derselben Altersgruppe in %



Daten: 2022.

Datenquellen: Statistisches Bundesamt.

Die Betreuungsquote der Kleinkinder ist in Baden-Württemberg niedrig

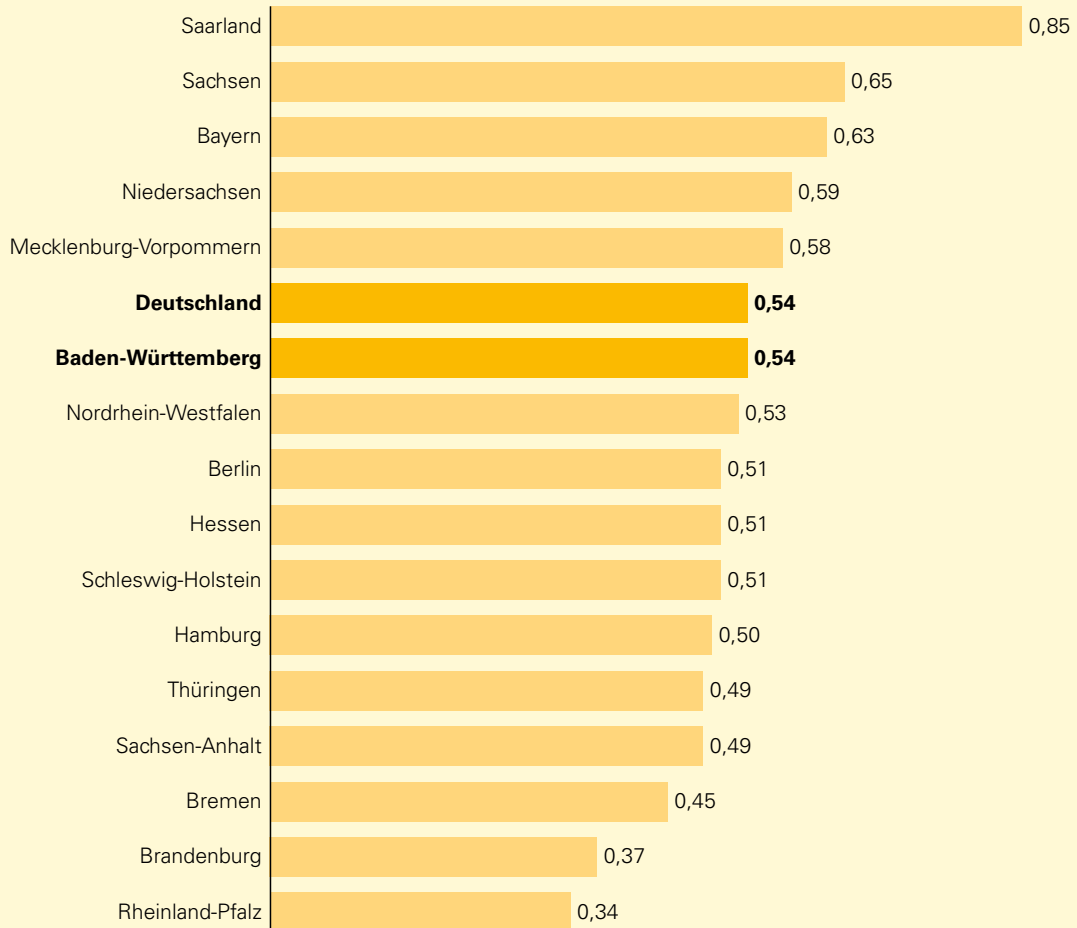
Der Bedarf an Betreuungsplätzen für Kinder unter 6 Jahren in Kindertagesbetreuung stieg in Deutschland in den letzten Jahren stetig an. Von 2009 bis 2019 erhöhte sich die Anzahl der betreuten Kinder insgesamt um etwa 238 000. Die Kindertagestätten in freier Trägerschaft hatten hierbei einen stärkeren Zuwachs als die Einrichtungen öffentlicher Träger. Das pädagogische Fachpersonal wurde in diesen 10 Jahren insgesamt ebenfalls um gut 250 000 Personen aufgestockt.

Die Kindertagesbetreuung ist für Familien eine Ergänzung und Unterstützung der Erziehung und Bildung ihrer Kinder. Außerdem können die Eltern der betreuten Kinder ihrer Berufstätigkeit nachgehen. Ein Betreuungsplatz in einer Kindertageseinrichtung ermöglicht somit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Der Anteil der betreuten Kinder in Kindertagesbetreuung an allen Kindern in einer Altersgruppe stellt die Betreuungsquote dar. Diese lag in Deutschland zum 1. März 2023 für die Gruppe der bis 3-jährigen Kinder bei lediglich 36,4 % und für die Gruppe der 3- bis 6-Jährigen bei knapp 91 %. Im Ländervergleich ist zu erkennen, dass Mecklenburg-Vorpommern mit einer Quote von gut 59 % bei den bis 3-jährigen Kindern bzw. knapp 95 % bei den 3- bis 6-jährigen an erster Stelle liegt, gefolgt von Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Thüringen. Baden-Württemberg lag mit einer Betreuungsquote von 31 % für die bis 3-jährigen und 91 % für die 3- bis 6-jährigen Kinder vor Nordrhein-Westfalen und Bremen, das mit einer Betreuungsquote von 30,7 % (bis 3-Jährige) bzw. 86 % (3- bis 6-Jährige) das Schlusslicht bildete.

Promotionsquote

Promotionen je Professor/-in



Daten: 2022.

Datenquellen: Statistisches Bundesamt.

2022 gut 0,5 Promotionen je Professorin bzw. Professor in Baden-Württemberg

Die Promotion ist der erste Schritt auf dem Weg zu einer universitären wissenschaftlichen Karriere und bildet den Nachweis einer herausgehobenen fachlichen Qualifikation, die oft in Führungspositionen oder auch in die außeruniversitäre Forschung führt. Die Promotionsquote misst dabei die Anzahl der jährlich betreuten bzw. abgeschlossenen Promotionen je Professor bzw. Professorin.

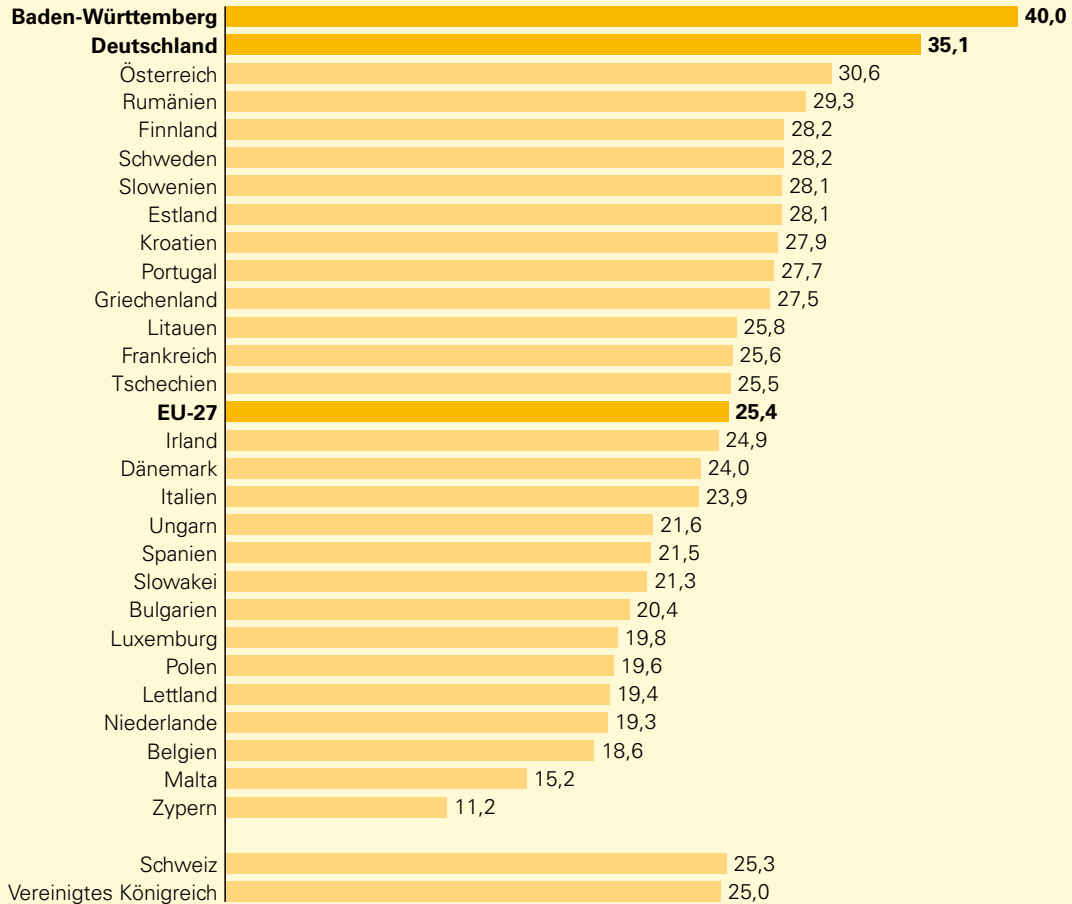
In Baden-Württemberg legten 2022 insgesamt 4 153 Promovierende ihre Prüfung erfolgreich ab. Bundesweit promovierten nur in Bayern (4 910) und Nordrhein-Westfalen (5 641) mehr Menschen als im Südwesten. Deutschlandweit erlangten 2022 rund 27 700 Promovierende ihren Dokortitel. Am beliebtesten waren dabei die Fächergruppen Humanmedizin/

Gesundheitswissenschaften sowie Mathematik und Naturwissenschaften. Die wenigsten Promotionen wies Bremen (323) auf.

Wird die jährliche Anzahl der Promotionen ins Verhältnis zur Anzahl der Professorinnen und Professoren gesetzt, wies das Saarland 2022 mit einem Wert in Höhe von 0,85 die bundesweit höchste Promotionsquote auf. Baden-Württemberg reihete sich mit 0,54 Promotionen je Professorin bzw. Professor auf Rang 6 unter den Bundesländern ein und befand sich damit genau auf dem bundesweiten Durchschnitt. An zweiter und dritter Stelle standen Sachsen (0,65) und Bayern (0,63), während Rheinland-Pfalz mit einer Promotionsquote von 0,34 das Schlusslicht bildete.

Absolventinnen und Absolventen im Tertiärbereich in MINT*)-Fächern

Anteil an den Absolvent/-innen im Tertiärbereich insgesamt in %



Daten: 2021. – *) Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik.

Datenquellen: Eurostat, Statistisches Bundesamt, OECD.

Baden-Württemberg belegt Spitzenplatz bei der MINT-Bildung

Im Jahr 2021 absolvierten rund 41 400 Personen in Baden-Württemberg ein Studium oder einen berufsorientierten Bildungsgang in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik, den sogenannten MINT-Fächern. Absolventinnen und Absolventen dieser Fächer sind in allen Branchen gefragt. Ihr Aufgabengebiet erstreckt sich von Entwicklung neuer Technologien und Innovationen bis hin zu Managementtätigkeiten. Aufgrund der Coronapandemie gingen im Jahr 2020 die Absolventenzahlen in allen Fächern zurück, erholten sich aber im Jahr 2021 weitestgehend. Der MINT-Bereich konnte jedoch sein Niveau von 2019 (44 900 Absolventinnen und Absolventen) noch nicht erreichen.

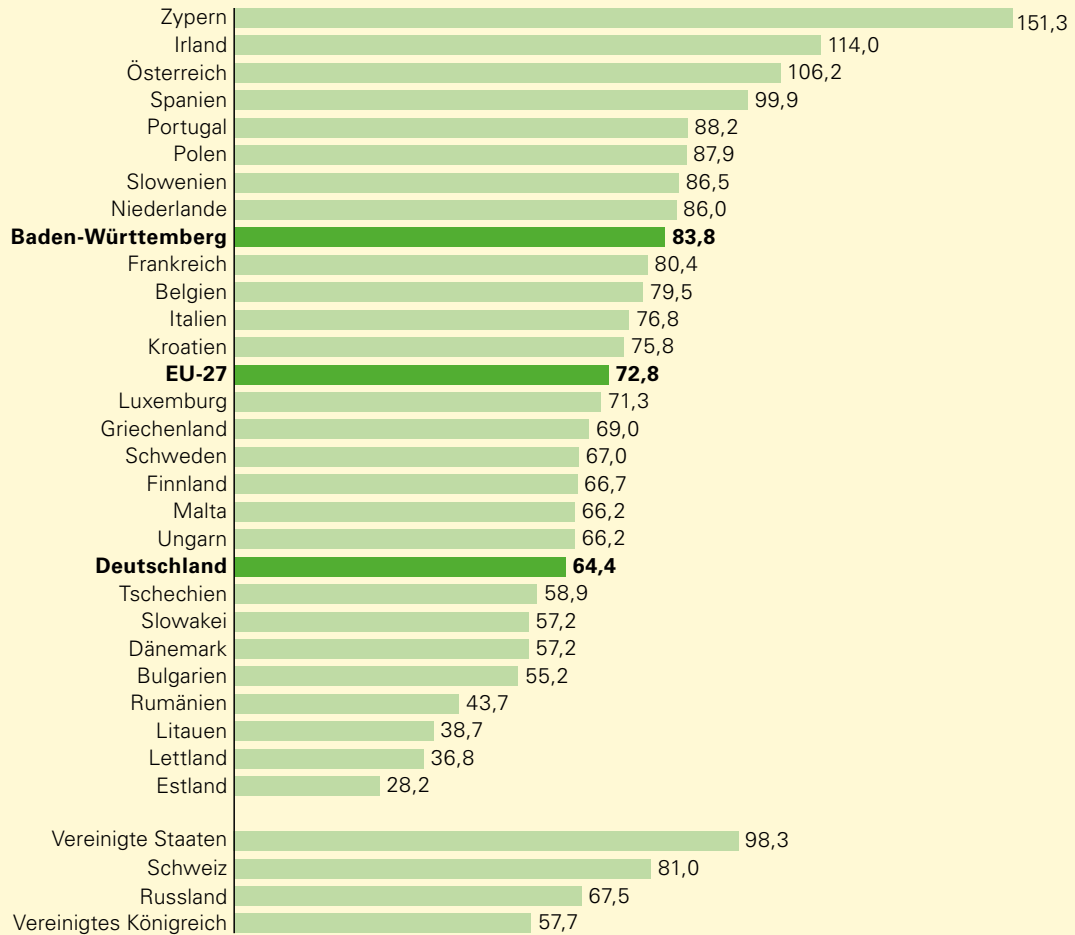
Dennoch belegten Baden-Württemberg und Deutschland im Vergleich mit den EU-Mitgliedstaaten an-

teilmäßig mit 40 % bzw. 35 % die Spitzenplätze bei MINT-Absolventen und Absolventinnen, gefolgt von Österreich und Rumänien. Schlusslicht waren Zypern und Malta mit 11 % bzw. 15 %. Bundesweit landete nur Bayern mit 40,1 % vor Baden-Württemberg.

Trotz der Anstrengungen der baden-württembergischen Landesinitiative „Frauen in MINT-Berufen“ bewegte sich der Anteil der Absolventinnen in MINT-Studiengängen immer noch auf vergleichsweise niedrigem Niveau und steigert sich nur langsam. Mit einem Anteil von 27 % (11 200 Absolventinnen) an den MINT-Fächern insgesamt, lag dieser bei den baden-württembergischen Absolventinnen damit deutlich hinter denen der Länder Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern (jeweils 33 %).

CO₂-Emissionen

1990=100



Daten: 2021.

Datenquellen: UNFCCC-Greenhouse Gas Inventory 2021, Länderarbeitskreis Energiebilanzen.

CO₂-Emissionen in Baden-Württemberg: 2021 fast 16 % weniger als 1990

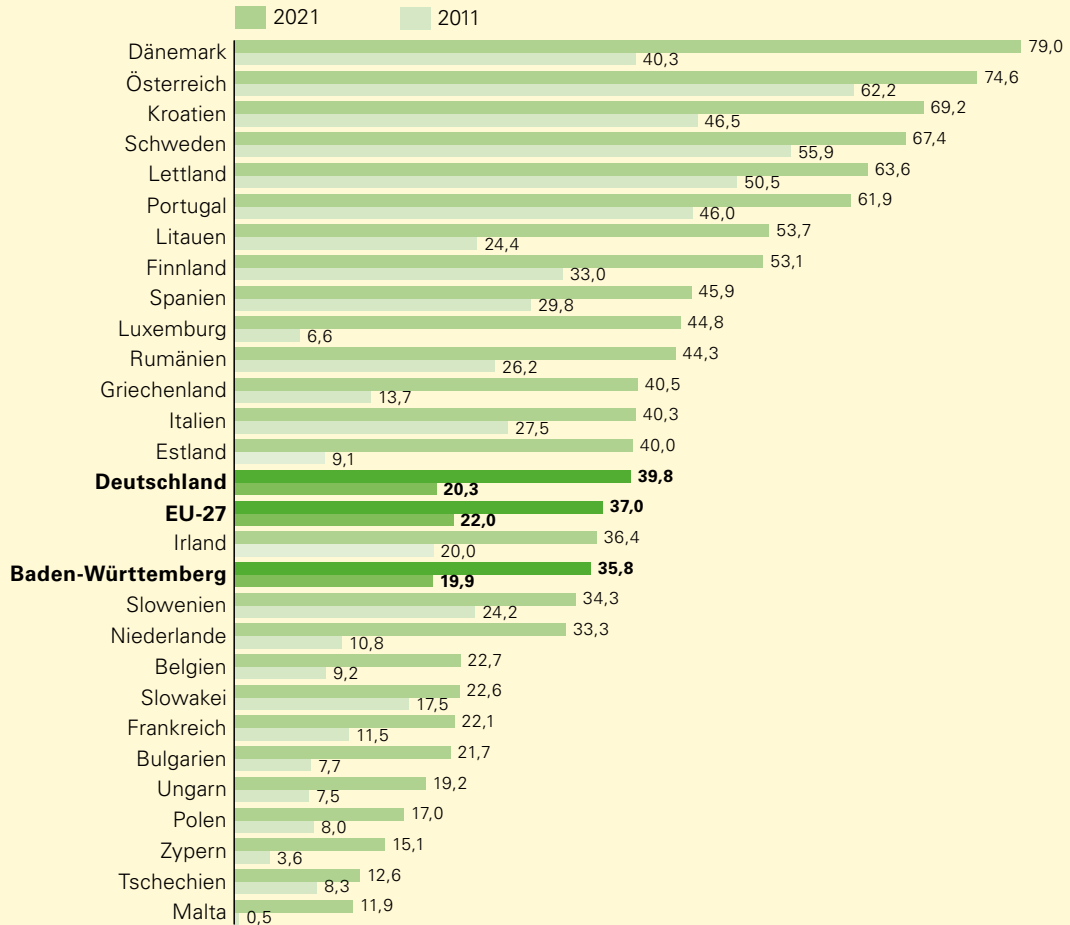
Nach einem deutlichen Rückgang im Vorjahr 2020 stiegen die CO₂-Emissionen der EU-27 wieder spürbar an. Die wirtschaftliche Erholung nach dem pandemiebedingten Konjunkturreinbruch führte maßgeblich zu dieser Entwicklung. 2021 verursachte die EU-27 insgesamt 2 821 Mill. t CO₂-Emissionen. Das waren knapp 6,6 % mehr als im Vorjahr. In Baden-Württemberg lagen die CO₂-Emissionen 2021 bei 64,8 Mill. t. Gegenüber dem Vorjahr stiegen die Emissionen um 5,4 %. Damit wurde der seit 2017 anhaltende Abwärtstrend bei den CO₂-Emissionen in Baden-Württemberg unterbrochen. Langfristig betrachtet haben die CO₂-Emissionen abgenommen, gegenüber dem Referenzjahr 1990 um 16,2 %. Deutschland, das Land mit dem höchsten Anteil (24 %) an den gesamten CO₂-Emissionen in der EU-27, verringerte seinen CO₂-Ausstoß gegenüber 1990 bereits um 35,6 %. EU-weit konnten

im Vergleich zu 1990 27,2 % der CO₂-Emissionen reduziert werden.

Bezogen auf das jeweilige Bruttoinlandprodukt (BIP) der Mitgliedstaaten, stoßen Bulgarien und Polen mit 595 t bzw. 574,4 t am meisten CO₂ pro Mill. EUR aus. Schweden verursacht mit 71,2 t am wenigsten Emissionen pro BIP-Einheit. Baden-Württemberg landet im Ranking mit 120,2 t pro Mill. EUR BIP im unteren Bereich und liegt deutlich unter dem Wert des Bundes von 187,6 t CO₂ pro Mill. EUR und dem EU-27-Durchschnitt von 193,5 t. Die höchsten CO₂-Emissionen je Einwohnerin oder Einwohner verursachte 2021 Luxemburg mit 13,3 t, gefolgt von Tschechien mit 9,2 t. Den niedrigsten Pro-Kopf-Wert erreicht Malta mit 3,1 t. Baden-Württemberg liegt mit 5,8 t im Mittelfeld. Die Pro-Kopf Menge für die EU-27 insgesamt liegt bei 6,3 t.

Anteil erneuerbarer Energieträger an der Bruttostromerzeugung

Anteil in %



Datenquellen: Eurostat, Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e.V., eigene Berechnungen.

Stromerzeugung aus erneuerbaren Energieträgern in der EU – Deutschland im Mittelfeld

Die Bedeutung erneuerbarer Energien hat in den vergangenen Jahren in der Europäischen Union immer weiter zugenommen. Im Jahr 2021 lag der Anteil regenerativer Energieträger an der Stromerzeugung im europäischen Durchschnitt bei 37 %, 2011 waren es noch 22 %. Nach dem europäischen Green-Deal soll Europa bis zum Jahr 2050 klimaneutral werden. Um dieses Ziel zu erreichen, spielt der zunehmende Einsatz erneuerbarer Energien in der EU eine wesentliche Rolle.

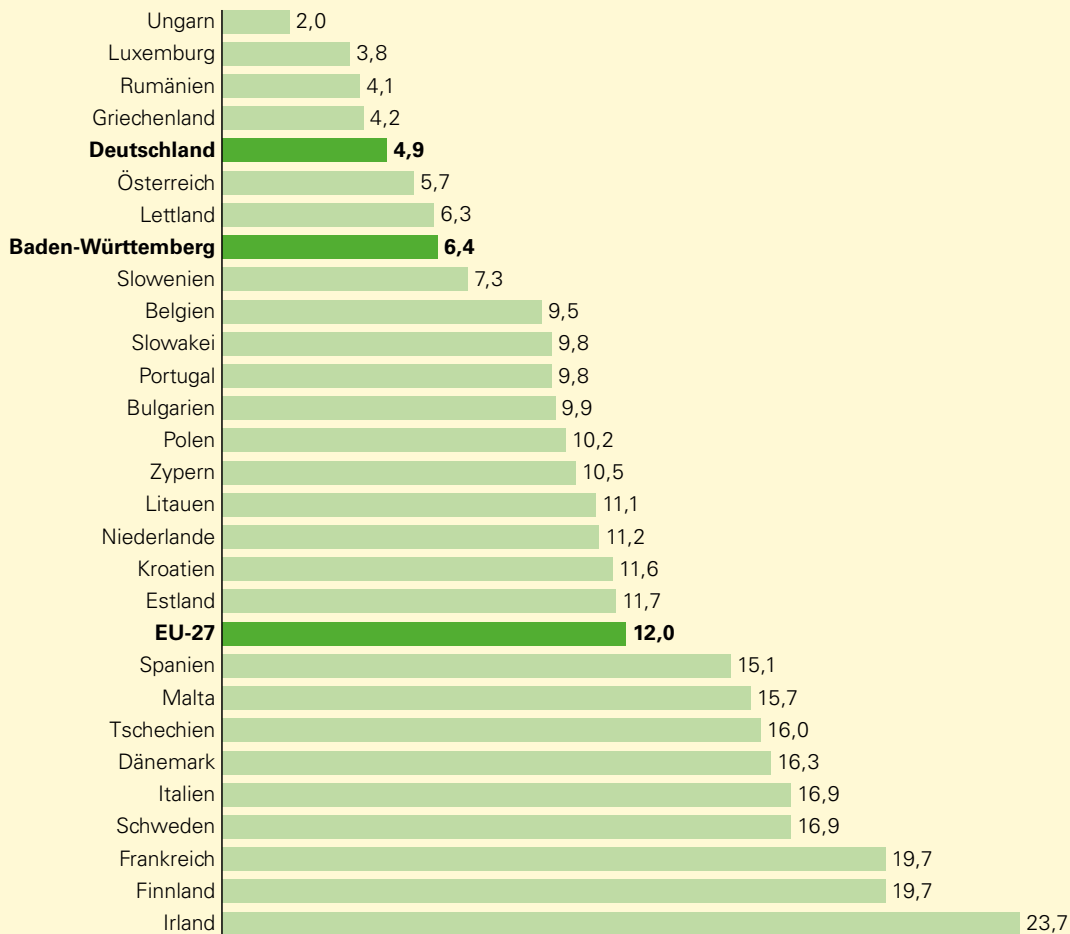
Innerhalb der Europäischen Union besteht ein beträchtlicher Unterschied bei der Nutzung erneuerbarer Energien. Ihr Beitrag an der Stromerzeugung ist jedoch in allen 27 Mitgliedstaaten in den letzten 10 Jahren gestiegen. Erheblich erhöht hat sich der Anteil in Dänemark von 40 % im Jahr 2011 auf 79 % im Jahr

2021. Damit war der Anteil in Dänemark 2021 unter den EU-Mitgliedstaaten am höchsten, gefolgt von Österreich (75 %), Kroatien (69 %) und Schweden (67 %). Im Jahr 2011 stand Dänemark im Ranking noch auf Platz 6. Schlusslichter bildeten 2021 Malta, Tschechien, Zypern, Polen und Ungarn, wo der Anteil erneuerbarer Energien jeweils unter 20 % lag.

In Deutschland verdoppelte sich der Anteil erneuerbarer Energieträger an der Stromerzeugung von 20 % im Jahr 2011 auf rund 40 % im Jahr 2021. Deutschland nahm damit im EU-Vergleich einen mittleren Rang ein. In Baden-Württemberg wuchs der Anteil in diesem Zeitraum von 20 % auf 36 %. Sowohl im Südwesten als auch in Deutschland und der EU-27 waren die erneuerbaren Energien im Jahr 2021 wichtigste Energieträger im jeweiligen Strommix.

Verschrottete Altfahrzeuge

je 1 000 Einwohner/-innen



Daten: 2020.

Datenquellen: Eurostat.

Autoliebe der Deutschen hält selten bis zur Schrottreife

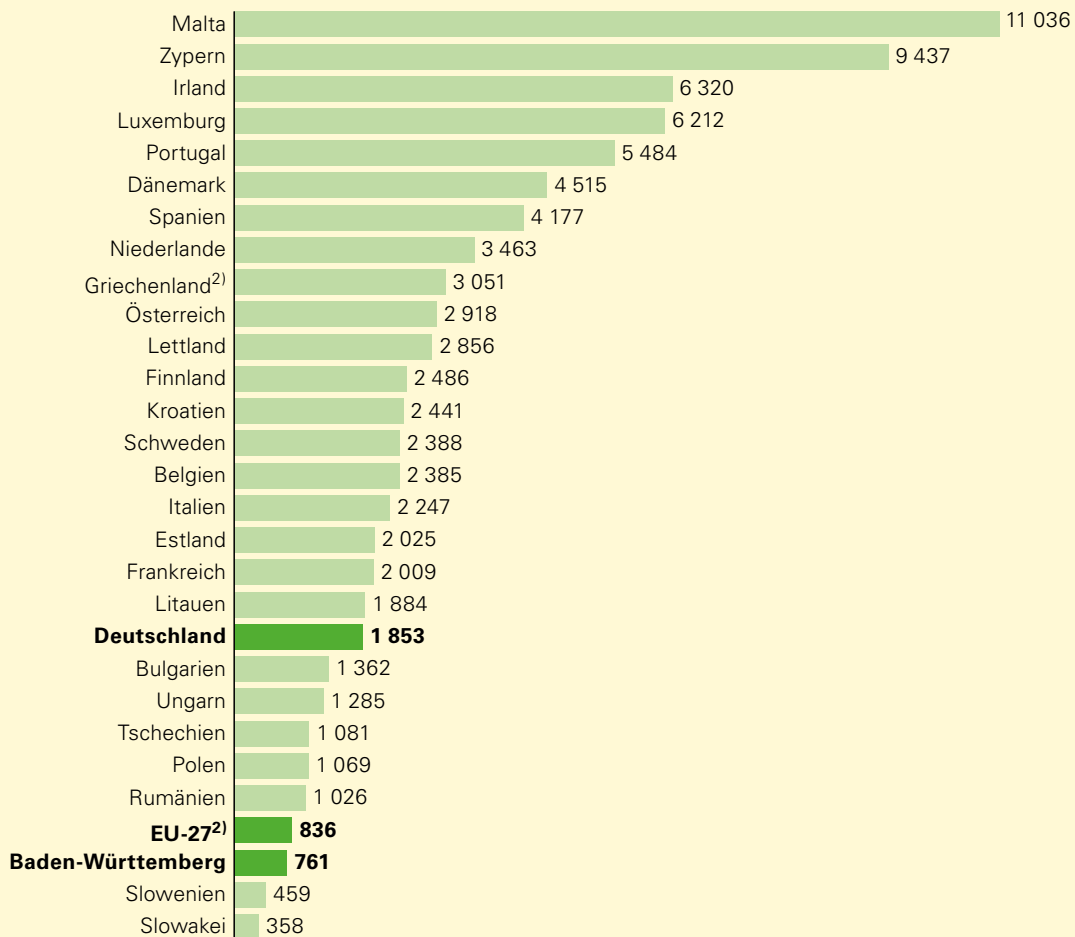
Mit einem Anteil von rund 86 %, gemessen an der Verkehrsleistung, ist der Pkw europaweit das mit Abstand am meisten genutzte Verkehrsmittel im motorisierten Personenverkehr (Busse: 8 %, Züge: 6 %, Bezugsjahr 2021). Eine repräsentative Befragung im Auftrag des Bundes ergab, dass in Baden-Württemberg sogar 90 % der Verkehrsleistung im Personenverkehr auf den motorisierten Individualverkehr entfielen und nur 10 % auf öffentliche Verkehrsmittel. Mit der hohen Verkehrsleistung der Pkw geht ein großer Fahrzeugbestand einher, hierzulande 6,8 Mill. Laufend scheiden Altfahrzeuge aus dem Bestand aus und werden verschrottet. Die Demontage des Altfahrzeugs in einem zertifizierten Fachbetrieb ist der erste Schritt zur umweltgerechten Entsorgung. Im Jahr 2020 haben die Demontagebetriebe in Baden-Württemberg rund 70 600 Altfahrzeuge zur

Verschrottung angenommen. Auf 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner (EW) kamen damit im Schnitt 6,4 Altfahrzeuge. Im europäischen Vergleich war dies nur ein geringer Wert. Spitzenreiter mit 23,7 Altfahrzeugen je 1 000 EW war Irland. Der EU-Durchschnitt lag bei 12,0 Altfahrzeugen je 1 000 EW.

Obwohl jährlich eine große Anzahl Fahrzeuge in Deutschland endgültig außer Betrieb gesetzt wird, haben nur wenige davon das Ende ihrer Nutzungsdauer erreicht und gehen in die Verschrottung. Das Umweltbundesamt geht davon aus, dass der größte Teil der Außerbetriebssetzungen fahrtüchtige Pkw umfasst, die als Gebrauchtfahrzeug exportiert und im Ausland – meist in anderen EU-Staaten – wieder zugelassen werden.

Personenbeförderung im Luftverkehr

Fluggäste¹⁾ pro 1 000 Einwohner/-innen



Daten: 2022. – 1) Doppelzählungen sind ausgeschlossen, da nur Abflugmeldungen berücksichtigt werden. – 2) 2020.

Datenquellen: Eurostat, Statistisches Bundesamt.

Fluggastzahlen in Deutschland im Vergleich zum Vorjahr mehr als verdoppelt

Im Jahr 2022 reisten in Deutschland 155 Mill. Passagierinnen und Passagiere mit dem Flugzeug. Im Vergleich zum Vorjahr waren dies mehr als doppelt so viele Flugreisende. Damit liegen die Zahlen zwar immer noch deutlich unter dem Vorkrisenniveau der Corona-Pandemie (227 Mill. im Jahr 2019), jedoch erholt sich die Luftfahrt in rasantem Tempo.

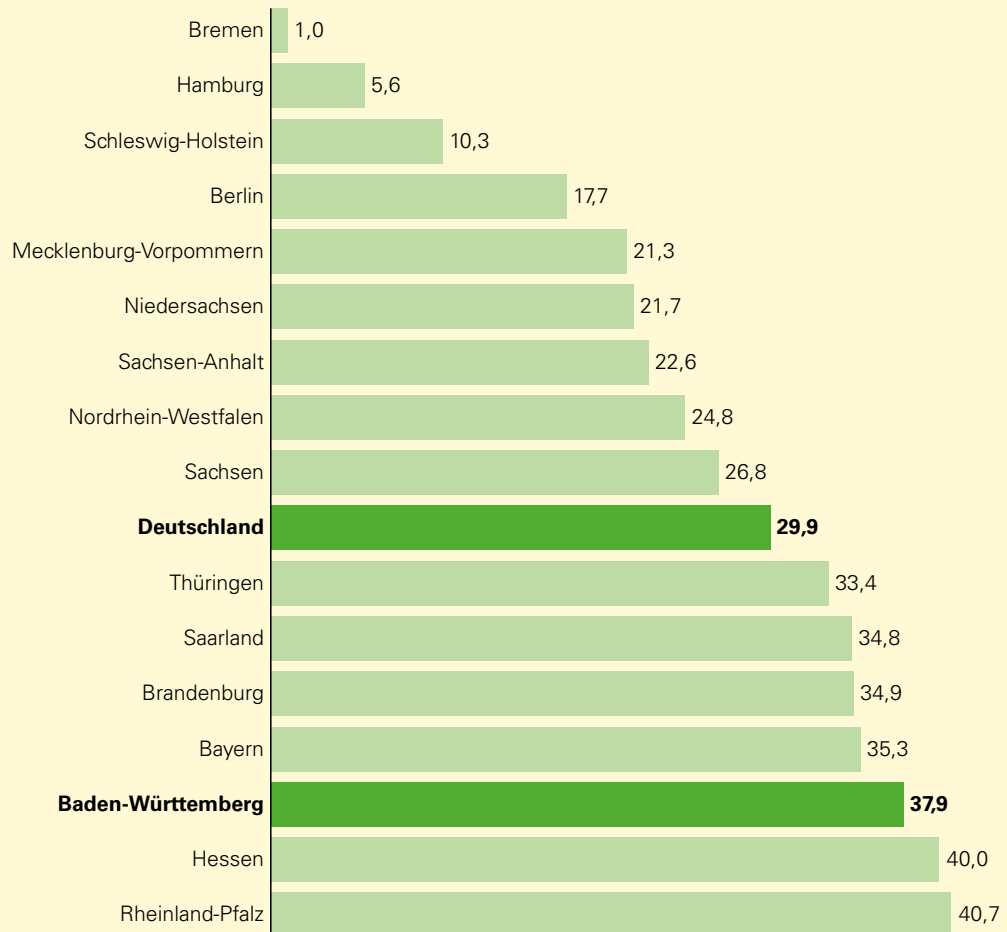
Von den 27 EU-Mitgliedstaaten zählte Spanien 2022 die meisten Flugreisenden. Mit knapp 200 Mill. Passagierinnen und Passagieren stand Spanien an der Spitze der EU-Länder, gefolgt von Deutschland (155 Mill.) und Frankreich (137 Mill.). Mit seinen 8,6 Mill. Fluggästen stand Baden-Württemberg auf Augenhöhe mit Zypern (8,6 Mill.) und Bulgarien (8,8 Mill.). Zu den vier größten Flughäfen in der EU zählt der Flughafen Frankfurt/Main. 2022 starteten bzw. landeten hier knapp 49 Mill. Passagierinnen und Passagiere. Noch größer waren

nur der Flughafen Adolfo Suarez Madrid-Barajas mit rund 50 Mill., der Flughafen Amsterdam/Schiphol mit 52 Mill. und der größte Flughafen in der EU Charles de Gaulle Airport in Paris mit 57 Mill. Fluggästen.

Bezieht man die Zahl der Fluggäste auf die Einwohnerzahl, ergibt sich ein anderes Bild. So waren 2022 die Fluggastzahlen der Urlaubsinseln Malta und Zypern besonders hoch. Mit über 11 000 bzw. 9 400 Fluggästen je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohnern standen sie an der Spitze des EU-Rankings. Deutschland lag mit 1 900 Fluggästen je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohnern im EU-Ranking zwischen Litauen (1 900) und Bulgarien (1 400) auf Rang 20 und Baden-Württemberg mit 761 Passagierinnen und Passagieren knapp unter dem Durchschnitt der EU-Mitgliedstaaten (836). Nur in Slowenien (459) und der Slowakei (358) gab es weniger Fluggäste bezogen auf die Bevölkerungszahl.

Waldfläche

Anteil der Waldfläche an der Bodenfläche in %



Daten: 2022.

Datenquellen: Statistisches Bundesamt, Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft.

Deutschland ist zu einem Drittel bewaldet

Wald stellt eine der wichtigsten Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen dar. Allgemein definiert, ist Wald eine Vegetation, die von Bäumen geprägt ist und dessen Fläche groß genug ist, um ein Waldklima entwickeln zu können. Wald bildet Sauerstoff, Trinkwasser, kühle und reine Luft und ist Lebensraum für viele Tier- und Pflanzenarten und liefert außerdem Holz, einen wertvollen und nachwachsenden Rohstoff.

In Deutschland waren im Jahr 2022 fast ein Drittel der gesamten Bodenfläche bewaldet (29,9 %), insgesamt über 10,6 Mill. Hektar Wald.

Die Waldfläche in den einzelnen Bundesländern ist dabei sehr unterschiedlich ausgeprägt. Während in

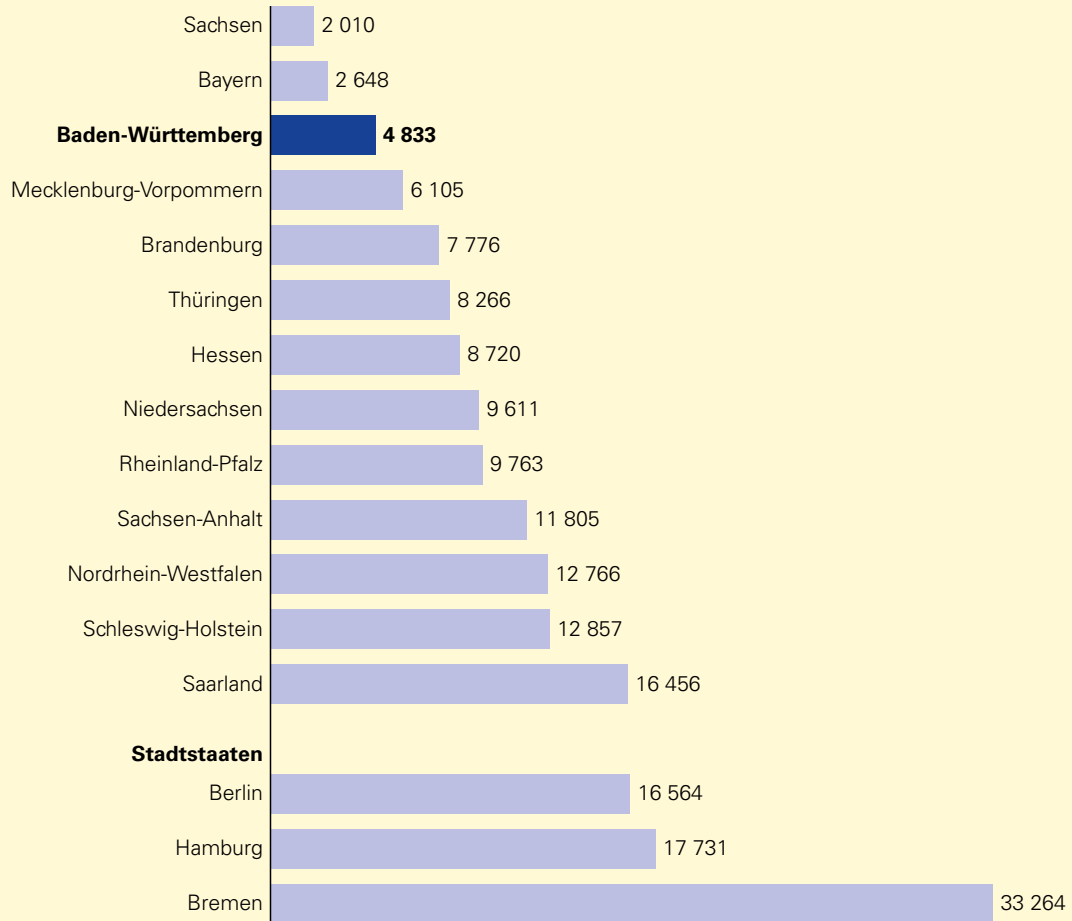
Rheinland-Pfalz gut 40 % der Bodenfläche bewaldet sind, wies Bremen 2022 nur 1 % Waldfläche auf.

Insgesamt ist die Waldfläche in den Bundesländern jedoch relativ gleichmäßig verteilt. Sieben der 16 Bundesländer waren 2022 zu gut einem Drittel bewaldet und fünf Bundesländer zu gut einem Viertel. Neben Bremen wiesen Hamburg (5,6 %) und Schleswig-Holstein (10,3 %) am wenigsten Wald auf. Im Stadtstaat Berlin sind 17,7 % bewaldet.

Der Waldbestand gilt in Deutschland als gesichert. In den Jahren von 2016 bis 2022 ist der Anteil der bundesweiten Waldfläche um 0,2 Prozentpunkte angestiegen. In Baden-Württemberg nahm die Waldfläche in diesem Zeitraum um 0,1 Prozentpunkte zu.

Schuldenstand*) nach Bundesländern

in EUR je Einwohner/-in



Daten: 31.12.2022. – *) Schulden des Gesamthaushaltes der Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände beim nicht-öffentlichen Bereich.
Datenquelle: Statistisches Bundesamt.

Baden-Württemberg 2022 mit drittniedrigster Pro-Kopf-Verschuldung

Deutschlands öffentliche Verschuldung erreichte 2022 mit insgesamt 2 368 Mrd. Euro erneut einen am Jahresende in der Schuldenstatistik gemessenen Rekordwert. So verzeichnete die Bundesrepublik aufgrund der Bewältigungskosten für Corona- und Energiekrise mit 2,0 % einen neuerlichen, aber nachlassenden Anstieg gegenüber dem Vorjahr (2021: + 6,8 %). Während der Bund seine Verbindlichkeiten um 4,6 % erhöhte, fiel der Anstieg auf kommunaler Ebene mit durchschnittlich 5,1 % noch höher aus. Seitens der Bundesländer stand hingegen ein Minus von 5,0 %. Insgesamt belief sich die Pro-Kopf-Verschuldung somit auf 28 164 Euro.

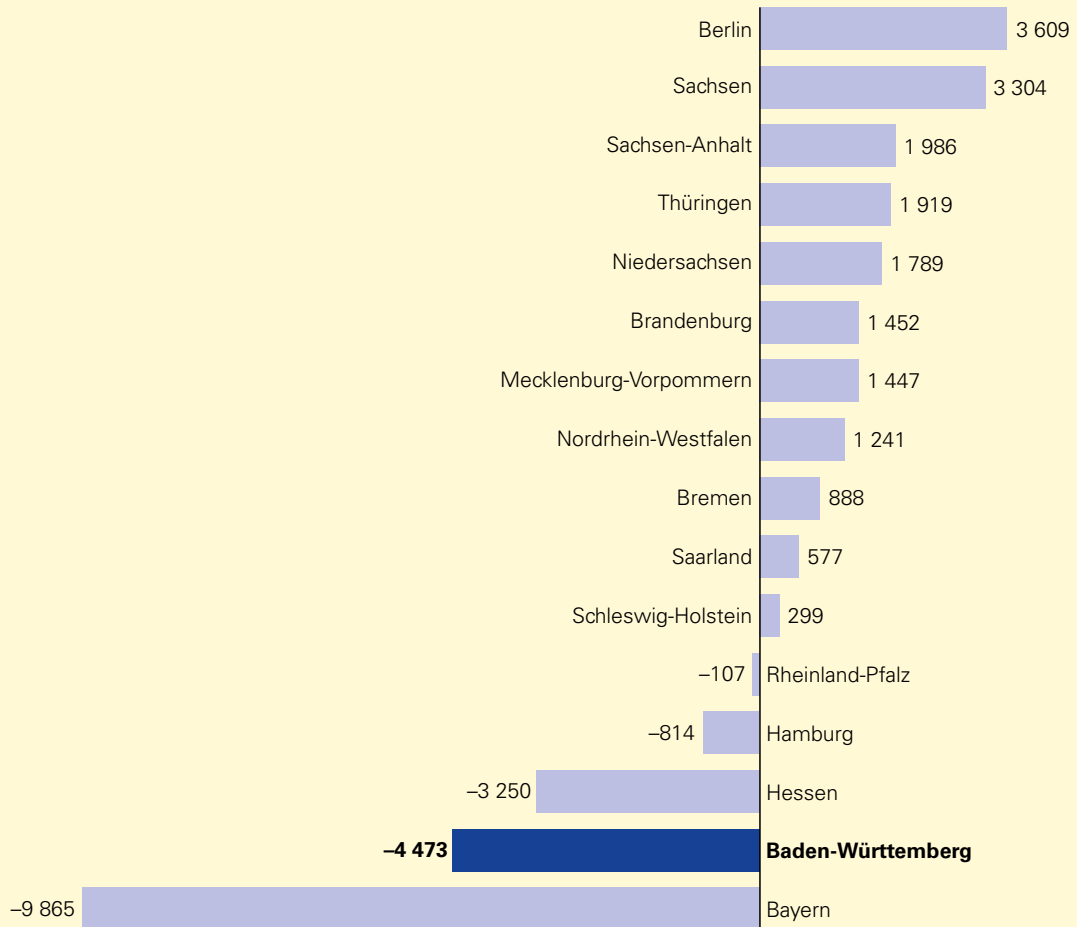
In Baden-Württemberg sank der Schuldenstand des Landes und der Gemeinden 2022 zusammen auf 54,3 Mrd. Euro und damit um rund 3 Mrd. bzw. 5,3 %. Isoliert betrachtet verlor der Schuldenzuwachs der

Südwest-Gemeinden mit 8,3 % zum Vorjahr etwas an Dynamik, der Landeshaushalt hingegen reduzierte seine Verbindlichkeiten mit einem gestiegenen Rückgang von 8,2 % weiter. Bezogen auf die Landes- und Kommunalhaushalte war Baden-Württemberg pro Kopf mit 4 833 Euro (-6,3 % zum Vorjahr) verschuldet, der drittniedrigste Wert nach Sachsen und Bayern.

Im Bundesländervergleich wies 2022 der Stadtstaat Bremen trotz eines starken Rückgangs von 38,2 % zum Vorjahr mit 33 264 Euro die höchste Pro-Kopf-Verschuldung auf. Unter den Flächenländern verzeichnete das Saarland mit 16 456 Euro die höchste Verschuldung je Einwohnerin bzw. Einwohner, die gegenüber 2021 um 7,2 % sank. Dahinter folgte Schleswig-Holstein, dessen Schulden pro Kopf gegenüber dem Vorjahr um 1,1 % auf 12 857 Euro fielen.

Finanzkraftausgleich

Zu- und Abschläge in Mill. EUR



Daten: 2022, vorläufige Werte.
Datenquelle: Bundesministerium der Finanzen.

Finanzkraftausgleich unter den Ländern

Ziel des Finanzkraftausgleichs ist es, wirtschaftliche Unterschiede der einzelnen Bundesländer zu nivellieren und es allen Bundesländern zu ermöglichen, ihre jeweiligen staatlichen Aufgaben zu erfüllen. Im horizontalen Umverteilungsmechanismus unter den Ländern, der in seiner jetzigen Form 2020 in Kraft trat, haben finanzschwache Länder Anspruch auf Zuschläge bei der Umsatzsteuerverteilung unter den Ländern, finanzstarke Länder müssen Abschläge hinnehmen. Die Umverteilung unter den Ländern wird vom Bund vorgenommen und in den Landeshaushalten werden diese Ausgleichszahlungen nicht mehr ausgewiesen.

Im Jahr 2022 betrug das Volumen der Finanzumverteilung zwischen den Ländern 18,5 Mrd. Euro. Abschläge bei der Umsatzsteuerverteilung waren von den Ländern Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Hamburg und von Rheinland-Pfalz zu entrichten. Das bis 2020 tra-

ditionelle Nehmerland Rheinland-Pfalz konnte durch den Innovationserfolg mit dem COVID-19-Impfstoff eines namhaften Unternehmens erhebliche fiskalische Mehreinnahmen verbuchen und wechselte ab dem Finanzausgleich 2021 auf die Geberseite. Der höchste Abschlag fiel weiterhin im Freistaat Bayern an, er betrug 9,9 Mrd. Euro. Bayern trägt damit mehr als die Hälfte am Finanzkraftausgleich (53 %). Wie im vorangegangenen Jahr erhielten elf Bundesländer jeweils Zuschläge aus dieser Umverteilung. Berlin profitiert seit Jahren in besonderem Maße von den Ausgleichszahlungen. Im Jahr 2022 flossen 3,6 Mrd. Euro bzw. 19 % des gesamten finanziellen Ausgleichsvolumens in die Bundeshauptstadt. Unterstützung von jeweils über 1 Mrd. Euro erhielten neben Berlin auch Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Niedersachsen, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und neu in dieser Gruppe ist 2022 auch Nordrhein-Westfalen.

ARBEITNEHMERINNEN UND ARBEITNEHMER

Als Arbeitnehmerin und Arbeitnehmer zählt, wer zeitlich überwiegend als Arbeiterin bzw. Arbeiter, Angestellte bzw. Angestellter, Beamtin bzw. Beamter, RichterIn bzw. Richter, Berufssoldatin bzw. Berufssoldat, Soldatin bzw. Soldat auf Zeit, Wehr- oder Zivildienstleistende bzw. Wehr- oder Zivildienstleistender/Person im Bundesfreiwilligendienst, Auszubildende bzw. Auszubildender, Praktikantin bzw. Praktikant oder Volontärin bzw. Volontär in einem Arbeits- bzw. Dienstverhältnis steht. Eingeschlossen sind auch Heimarbeiterinnen und Heimarbeiter sowie marginal Beschäftigte.

AUSBILDUNGSMARKTSTATISTIK

Die Ausbildungsmarktstatistik berichtet über Bewerberinnen und Bewerber, die einen anerkannten Ausbildungsberuf nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) wünschen, und über Berufsausbildungsstel-

len für nach dem BBiG anerkannte Ausbildungsberufe. Das Berichtsjahr ist der Zeitraum vom 1. Oktober bis zum 30. September des folgenden Jahres.

Unversorgte Bewerberinnen und Bewerber sind Ausbildungsuchende, für die weder die Einmündung in eine Berufsausbildung, noch ein weiterer Schulbesuch, eine Teilnahme an einer Fördermaßnahme oder eine Alternative zur Ausbildung bekannt ist und für die Vermittlungsbemühungen weiter laufen.

BRUTTOLÖHNE UND -GEHÄLTER

Die Bruttolöhne und -gehälter enthalten die von den im Inland ansässigen Wirtschaftseinheiten (Betrieben) geleisteten Löhne und Gehälter der beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor Abzug derer Lohnsteuer und Sozialbeiträge sowie Sachleistungen, die den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern unentgeltlich oder verbilligt zur Verfügung gestellt werden.

ERNEUERBARE ENERGIEN

Erneuerbare Energieträger sind natürliche Energievorkommen, die auf permanent vorhandene oder auf sich in überschaubaren Zeiträumen von wenigen Generationen regenerierende Energieströme zurückzuführen sind. Dazu gehören zum Beispiel Wasserkraft, Windenergie, Solarenergie, Biomasse

in Form von Gasen und nachwachsenden Rohstoffen, Abfall biologischen Ursprungs, Geothermie und Umgebungswärme.

ERWERBSLOSE, ERWERBSLOSENQUOTE

Erwerbslos ist, wer nicht erwerbstätig ist, jedoch aktiv nach einer Erwerbstätigkeit sucht und eine solche im Erfolgsfall kurzfristig aufnehmen könnte. Die Erwerbslosenquote errechnet sich als Anteil der Erwerbslosen an allen Erwerbspersonen (Summe aus Erwerbstätigen und Erwerbslosen).

Die Erwerbslosenzahlen nach dem ILO-Erwerbsstatuskonzept (International Labour Organization – ILO), die auf Ergebnissen der EU-Arbeitskräfteerhebung beruhen, unterscheiden sich im Detail von den Arbeitslosenzahlen der Bundesagentur für Arbeit. So werden die Begriffsmerkmale unterschiedlich definiert und mit verschiedenen Methoden erhoben. Während die Arbeitslosenzahlen aus den Geschäftsdaten der Arbeitsagenturen und Jobcentern gewonnen werden, basieren die Erwerbslosenzahlen auf Stichprobenbefragungen der Bevölkerung. Ein weiterer Unterschied ist unter anderem die Altersabgrenzung. In der Arbeitsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit gelten Personen als arbeitslos, die nicht jünger als 15 Jahre sind und das Alter der flexiblen Altersgrenze noch nicht abgeschlossen haben. Die ILO-Erwerbssta-

tistik hingegen schränkt das mögliche Alter von Erwerbslosen auf 15 bis zu 74 Jahren ein.

EU-ARBEITSKRÄFTEERHEBUNG

Die Arbeitskräfteerhebung der Europäischen Union (AKE) wird in den 27 Mitgliedstaaten der EU gemäß Verordnung des Rates (EEG) Nr. 577/98 vom 9. März 1998 durchgeführt.

Die AKE ist eine umfassende Haushaltsstichprobenerhebung, die vierteljährliche Ergebnisse zur Beteiligung der Personen ab 15 Jahren am Arbeitsmarkt sowie zu Personen, die nicht zu den Arbeitskräften zählen, liefert.

HILFE BEI SUIZID-GEDANKEN

Wenn es Ihnen nicht gut geht oder Sie daran denken, sich das Leben zu nehmen, versuchen Sie, mit anderen Menschen darüber zu sprechen. Das können Freunde oder Verwandte sein, es gibt aber auch Hilfsangebote.

Die Telefonseelsorge ist anonym, kostenlos und rund um die Uhr unter 0800/111 0 111 und 0800/111 0 222 erreichbar. Es gibt auch die Möglichkeit einer E-Mail-Beratung oder eines Hilfe-Chats. Weitere Informationen finden Sie bei der Telefonseelsorge (www.telefonseelsorge.de)

Datengrundlage der Todesursachenstatistik sind die Todesbescheinigungen, die bei jedem Sterbefall im Rahmen der Leichenschau ausgestellt werden. Die Erfassung der Angaben der Todesbescheinigung und die Bestimmung der Todesursache erfolgt nach den Regeln der Internationalen Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme, 10. Revision (ICD-10). Dies ist Voraussetzung für die internationale Vergleichbarkeit der Daten.

HOCHQUALIFIZIERTE

Der Bildungsstand basiert auf der international vergleichbaren Klassifikation für das Bildungswesen „International Standard Classification of Education“ (ISCED). Der höchste erreichte Bildungsstand wird danach aus den Merkmalen allgemeiner Schulabschluss und beruflicher Bildungsabschluss kombiniert. Grundsätzlich wird zwischen folgenden drei Kategorien für den Bildungsstand unterschieden: „hoch“, „mittel“ und „niedrig“. Personen mit einem hohen Bildungsstand verfügen über einen akademischen Abschluss oder einen Meister-/Techniker- oder Fachschulabschluss. Berufsqualifizierende Abschlüsse und/oder das Abitur beziehungsweise die Fachhochschulreife gehören zur Kategorie „mittlerer Bildungsstand“. Personen mit ausschließlich einem Abschluss an einer Haupt-/Realschule oder Polytechnischen Oberschule und ohne beruflichen Abschluss beziehungsweise Personen ohne Bildungsabschluss fallen in die Kategorie „niedriger Bildungsstand“.

Die Zuordnung nach ISCED 2011 unterteilt nach Primär-, Sekundär-, und Tertiärbereichen. Der Primärbereich umfasst in Deutschland Grund- und Gesamtschulen, der Sekundärbereich die allgemein- und berufsbildenden Abschlüsse und der Tertiärbereich die Studiengänge an Hochschulen und Berufsakademien sowie Bildungsgänge an Fachschulen und Fachakademien.

NEET-RATE

Die Abkürzung NEET steht für „Neither in Education nor Employment or Training“ und bezeichnet junge Erwachsene, die weder in Aus- oder Weiterbildung noch erwerbstätig sind. Die NEET-Rate ist definiert als der Anteil junger Menschen in einer bestimmten Altersklasse, der sich weder in Aus- oder Weiterbildung befindet noch einer Erwerbstätigkeit nachgeht, an der altersgleichen Bevölkerung.

Die NEET-Rate ist nicht gleichzusetzen mit der Jugenderwerbslosenquote, da neben den Erwerbslosen auch Personen ohne Beschäftigung enthalten sind, die nicht aktiv nach Arbeit suchen oder nicht kurzfristig für die Aufnahme einer Tätigkeit zur Verfügung stehen und damit nicht als erwerbslos gezählt werden. Während sich die Erwerbslosenquote aus der Zahl der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) ergibt, bezieht sich die NEET-Rate auf die gesamte Bevölkerung (Erwerbspersonen und Nichterwerbspersonen).

ÖFFENTLICHE VERSCHULDUNG

Der Schuldenstand des öffentlichen Gesamthaushalts auf Landesebene umfasst die Schulden der Kernhaushalte des Landes und der Gemeinden/Gemeindeverbände sowie deren Extrahaushalte beim nicht-öffentlichen Bereich. Die „Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich“ umfassen Wertpapiersschulden, Kredite und Kassenkredite. Zu den „Extrahaushalten“ zählen alle öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen, die nach dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen zum Sektor „Staat“ gehören. Hauptmerkmale für eine Zuordnung zum Sektor „Staat“ sind die öffentliche Kontrolle und die Nichtmarktproduktion.

POLIZEILICHE KRIMINALITÄTSSTATISTIK (PKS) UND KRIMINALPOLIZEILICHER MELDEDIENST POLITISCH MOTIVIERTER KRIMINALITÄT (KPMD-PMK)

Die jährlich präsentierte Statistik gibt einen Überblick zur Kriminalität. Aber die Aussagekraft der PKS bleibt begrenzt, weil der Polizei lediglich ein Teil der tatsächlich begangenen Straftaten bekannt wird, nämlich das „Hellfeld“. Der Umfang des nicht bekannten Teils („Dunkelfeld“) hängt von der Art des Deliktes ab und kann sich unter dem Einfluss variabler Faktoren wie der Anzeigebereitschaft der Bevölkerung oder der Intensität der Polizeiarbeit ändern. Die PKS stellt also kein getreues Spiegelbild

der Kriminalität dar, sondern sie nähert sich nur je nach Deliktsart mehr oder weniger stark an die Verbrechenswirklichkeit an.

Die PKS ist eine sogenannte Ausgangsstatistik. Das bedeutet, dass in ihr die der Polizei bekannt gewordenen und durch sie endbearbeiteten Straftaten, einschließlich der mit Strafe bedrohten Versuche und der vom Zoll bearbeiteten Rauschgiftdelikte, abgebildet werden und eine statistische Erfassung erst bei Abgabe an die Staatsanwaltschaft erfolgt. Nicht enthalten sind zum Beispiel Staatsschutzdelikte und Verkehrsdelikte.

Straftaten, die aus einer politischen Motivation heraus begangen werden, werden im „Kriminalpolizeilichen Meldedienst Politisch Motivierte Kriminalität“ (KPMD-PMK) erfasst. Anders als bei der PKS, werden politisch motivierte Straftaten grundsätzlich bereits am Beginn des Verfahrens zugeordnet (Eingangsstatistik).

PRIVATE KONSUMAUSGABEN

In den privaten Konsumausgaben sind die Konsumausgaben der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck zusammengefasst. Als Konsumausgaben der privaten Haushalte werden die Waren- und Dienstleistungskäufe der inländischen privaten Haushalte für Konsumzwecke bezeichnet. Neben den tatsächlichen Käufen, zu

denen unter anderem Entgelte für häusliche Dienste gehören, sind auch bestimmte unterstellte Käufe enthalten, wie zum Beispiel der Eigenkonsum der Unternehmerinnen und Unternehmer, der Wert der Nutzung von Eigentümerwohnungen sowie Naturalentgelte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die Konsumausgaben der privaten Organisationen

ohne Erwerbszweck bestehen aus deren Eigenverbrauch. Dazu zählen der Wert der von diesen Organisationen produzierten Güter (ohne selbstgestellte Anlagen und Verkäufe) sowie Ausgaben für Güter, die ohne jegliche Umwandlung als soziale Sachleistungen den privaten Haushalten für ihren Konsum zur Verfügung gestellt werden.

Abkürzungen

Millionen	Mill.
Milliarden	Mrd.
Prozent	%
Quadratkilometer	km ²
Tonnen	t
Euro	EUR
Kilometer	km

Quellenverzeichnis/Linkliste

Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e.V.

<https://ag-energiebilanzen.de/>

Arbeitsgruppe „Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder“.

<https://www.statistikportal.de/de/ggrdl>

Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (AK VGRdL)

www.statistikportal.de/de/vgrdl

Bundesagentur für Arbeit

statistik.arbeitsagentur.de/DE/Navigation/Statistiken/Statistiken-Nav.html

Bundesministerium der Finanzen

www.bundesfinanzministerium.de/Web/DE/Service/Publikationen/publikationen.html

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft

www.bmel.de/publikationen

Bureau of Economic Analysis (BEA)

www.bea.gov/data

Central Intelligence Agency (CIA)/World Factbook

<https://www.cia.gov/the-world-factbook/>

EUROSTAT

ec.europa.eu/eurostat/de/data/database

Länderarbeitskreis Energiebilanzen

www.lak-energiebilanzen.de/co2-bilanzen/

OECD

data.oecd.org

Polizeiliche Kriminalstatistik (PK)

<https://www.bka.de>

Statistisches Bundesamt

www.destatis.de/DE/Home/_inhalt.html

UNFCCC-Greenhouse Gas Inventory 2019

unfccc.int/process/transparency-and-reporting/greenhouse-gas-data/ghg-data-unfccc

Weltbank

databank.worldbank.org/home.aspx



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

So erreichen Sie uns

Statistisches Landesamt
Baden-Württemberg
Böblinger Straße 68
70199 Stuttgart

Telefon 0711/641-0 Zentrale
Telefax 0711/641-24 40
poststelle@stala.bwl.de

www.statistik-bw.de

Zentraler Auskunftsdienst

Ihre Anlaufstelle für alle aktuellen und historischen Statistiken für Baden-Württemberg, seine Regionen, Landkreise und Gemeinden
Telefon 0711/641-28 33, Telefax - 29 73
auskunftsdienst@stala.bwl.de

Bibliothek

Allgemein zugängliche Präsenzbibliothek für aktuelle und historische baden-württembergische und deutsche Statistik sowie für baden-württembergische Landeskunde
Telefon 0711/641-21 33, Telefax - 29 73
bibliothek@stala.bwl.de

Pressestelle

Etwa 400 Pressemitteilungen jährlich zu allen aktuellen Themen
Telefon 0711/641-24 51, Telefax - 29 40
pressestelle@stala.bwl.de

Vertrieb

Bestellung von Veröffentlichungen
Telefon 0711/641-28 66, Telefax 641-13 40 62
vertrieb@stala.bwl.de

Kontaktzeiten

Montag bis Donnerstag 9.00 – 15.30 Uhr,
Freitag 9.00 – 12.00 Uhr

statistik-bw.de